



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

"Die österreichische Migrationspolitik am Beispiel der
bosnischen MigrantInnen in Linz."

Verfasserin

Patricia Brock

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag. phil)

Wien, April 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Dieter Segert

Eidesstattliche Erklärung

„Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.“

Patricia Brock

Wien, 11. April 2011

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	6
1. Methodik.....	9
I. Theorie.....	10
2. Abklären der relevanten Begriffe.....	10
2.1 Migration.....	10
2.1.1 MigrantInnen.....	11
2.1.2 Menschen mit Migrationshintergrund.....	12
2.2 AusländerInnen.....	12
2.3 Flüchtlinge.....	12
2.3.1 De- facto Flüchtling.....	13
2.3.2 Displaced People.....	13
2.4 AsylwerberInnen.....	13
2.5 GastarbeiterInnen/ ArbeitsmigrantInnen.....	14
2.6 Illegaler Aufenthalt.....	14
3. Migrationstheorien.....	15
3.1 Neoklassische Theorie.....	15
3.2 Segmentierte Arbeitsmarkt Theorie.....	16
3.3 Neue Ökonomie der Arbeitsmigration.....	17
3.4 Migrationssystem Theorie.....	18
3.5 Migrations Netzwerk Theorie.....	18
II. Migration.....	19
4. Veränderung der internationalen Migration.....	19
4.1 Kolonialismus (vor 1850).....	19
4.2 Unregulierte Migration (1850-1914).....	20
4.2.1 Voraussetzungen für Massenmigration nach Fassmann.....	21
4.3 Rückgang der internationalen Migration (1914- 1945).....	21
4.4 Migration nach dem 2. Weltkrieg.....	22
4.5 Migration ab den 80er Jahren	23
4.5.1 Europäische Migrationsangst.....	23
4.5.2 Die „Festung Europa“	24
5. Migration in Österreich.....	25
5.1 Migration bis zum 2. Weltkrieg.....	25
5.2 Migration durch Flucht nach 1945.....	27
5.3 Aufnahme von Flüchtlingen ab den 50er Jahren.....	28
5.3.1 In den 50ern.....	29
5.3.2 In den 60ern.....	30
5.3.3 In den 70ern	31
5.3.4 In den 80ern.....	31
5.3.5 In den 90ern.....	32
5.4 Arbeitsmigration ab den 60ern.....	34
5.4.1 In den 60ern	34
5.4.2 In den 70ern	36
5.4.3 In den 80ern	37
5.4.4 In den 90ern	38
5.4.5 Das Rotationsprinzip.....	38
5.4.6 Motivation um als GastarbeiterInnen zu migrieren.....	39
5.4.7 Arbeitslosigkeit unter GastarbeiterInnen.....	40
5.5 Veränderung innerhalb der Bevölkerung durch Migration.....	41

5.5.1 Veränderungen nach Geschlechtern.....	41
5.5.2 Bevölkerungswachstum.....	42
5.5.3 Multikulturelle Vielfalt.....	43
5.5.4 Veränderung des Bildungsniveaus.....	44
5.5.5 Veränderung des Anteils der ausländischen Bevölkerung.....	45
5.6 Heutige Migrationsströme in Österreich.....	45
5.6.1 Selbstbild Österreichs.....	46
5.6.2 Anteil der MigrantInnen.....	46
5.6.3 Regionale Verteilung.....	47
6. Rechtliche Lage für MigrantInnen in Österreich.....	48
6.1 Arbeitsrechte.....	48
6.1.1 Inländerarbeitsschutzgesetz.....	48
6.1.2 Ausländerbeschäftigungsgesetz.....	49
6.2 Aufenthaltsrechte.....	50
6.2.1 Das Fremdenengesetz.....	51
6.2.2 Besonderheit: BosnierInnenengesetz.....	54
6.3 Einreiserechte.....	54
6.3.1 Asylgesetze.....	55
6.4 Erlangen der Staatsbürgerschaft.....	56
6.4.1 Möglichkeiten die Staatsbürgerschaft zu bekommen.....	56
6.4.2 Änderungen in der Einbürgerungspraxis.....	57
6.4.3 Einbürgerungstest.....	60
III. Integration.....	61
7. Integration in Österreich.....	61
7.1 Merkmale für Integration.....	63
7.1.1 Kontakt mit ÖsterreicherInnen.....	63
7.1.2 Eigene Einschätzung des Integrationsstatus.....	64
7.2 Möglichkeiten der Integration in Österreich.....	65
7.2.1 Ökonomische Integration.....	66
7.2.2 Gesellschaftliche Integration.....	67
7.2.3 Integration durch Bildung.....	68
7.2.4 Politische Integration.....	72
7.2.5 Religiöse Integration.....	73
8. Fremdenfeindlichkeit in Österreich.....	75
8.1 Die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu den MigrantInnen.....	77
8.2 Vorurteile die zu Fremdenfeindlichkeit führen.....	78
8.2.1 MigrantInnen als soziale Belastung.....	78
8.2.2 MigrantInnen erhöhen die Kriminalität.....	79
8.2.3 MigrantInnen wollen nicht arbeiten.....	79
IV. Praktischer Teil.....	81
9. Empirische Studie.....	81
9.1 Vorstellung der ExpertInnen.....	81
9.1.1 Beiräte des Migrations- und Integrationsbeirates (MIB).....	81
9.1.2 Integrationsbeauftragter der Stadt Linz.....	83
9.1.3 Migrare- Zentrum für MigrantInnen in OÖ.....	83
9.1.4 Land Oberösterreich.....	84
9.2 Vorstellung der bosnischen MigrantInnen.....	84
9.3 Migrationspolitik in Linz.....	85
9.3.1 Linz als Zielstadt.....	85
9.3.2 Der Umgang der Stadt Linz mit MigrantInnen.....	88

9.3.3 Veränderung der Migrationspolitik in Linz.....	89
9.4 Maßnahmen um in Linz Integration zu fördern.....	90
9.5 Probleme durch Migration	97
9.5.1 Wohnsituation für MigrantInnen.....	98
9.5.2 Fremdenfeindlichkeit.....	101
9.6 Die Rolle der MigrantInnenvereine.....	104
9.7 Bosnische MigrantInnen.....	108
9.7.1 Ethnische Probleme.....	109
10. Maßnahmen für die Zukunft.....	111
10.1 Was müssten ÖsterreicherInnen verändern.....	115
11. Zusammenfassung.....	116
Literaturverzeichnis.....	119
Abbildungsverzeichnis.....	126
Interviews.....	126
Anhang.....	127
Abkürzungsverzeichnis.....	127
Leitfaden der ExpertInnen- Interviews.....	128
Leitfaden der MigrantInnen- Interviews.....	129
Abstract.....	130
Curriculum Vitae.....	131

Einleitung

Migration ist ein sehr polarisierendes Thema, das von vielen Vorurteilen behaftet ist. Ungeachtet dessen, aus welchen Motiven Menschen migrieren, müssen wir uns damit abfinden, dass Migration existiert, vor allem in einer Zeit in der Globalisierung und die Öffnung der Grenzen immer präsenter wird. Kann man überhaupt von einer Grenzöffnung sprechen, wenn diese hauptsächlich für Unternehmen gilt, aber gleichzeitig Menschen den Zugang nach Österreich verweigert wird?

Diese Arbeit soll sowohl die österreichische Migrations- als auch Integrationspolitik beschreiben, da Migration ohne Integration, wie auch die österreichische Vergangenheit gezeigt hat, langfristig zu Problemen führt. Aus diesem Grund ist die Arbeit neben dem theoretischen Teil in diese zwei Hauptteile gesplittet und endet mit einem praktischem Teil, der aus Leitfadeninterviews mit ExpertInnen sowie mit bosnischen MigrantInnen besteht.

Migration und Integration wurde in letzter Zeit in Österreich durch einige aktuelle Fälle von Abschiebungen wieder stärker sowohl in den Medien als auch innerhalb der Bevölkerung diskutiert. Da es Diskussionen dieser Art vermutlich so lange geben wird, so lange es Migration gibt, bin ich der Ansicht, dass dieses Thema aktuell ist und dies auch noch bleiben wird. Obwohl keiner der aktuellen Fälle von Menschen aus Bosnien- Herzegowina handelt, habe ich dieses Beispiel gewählt, da bosnische MigrantInnen in Österreich und in Linz die größte Gruppe an MigrantInnen stellen.

Die aktuelle Zahl an AusländerInnen, die derzeit in Österreich leben, beträgt 826.013¹ (Stand 1.1. 2007). Davon sind 86.427² (Stand 1. 1. 2007) aus Bosnien- Herzegowina. Für Oberösterreich beträgt der Anteil der bosnischen MigrantInnen 18% (18.700 Personen)³. Die Zahl der BosnierInnen, die in Linz leben beträgt 4.123 Personen (Stand vom 1.1.2010)⁴. Die österreichischen PolitikerInnen haben bis in die 80er Jahre trotz Anstieg der Migrationszahlen die Möglichkeiten auf Integration weitgehend ignoriert und damit Probleme geschaffen, die bis heute erhalten sind.

Die zentrale Fragestellung, die in dieser Arbeit behandelt werden soll, ist jene nach den

1 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 169.

2 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 169.

3 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 180.

4 Vgl. http://www.linz.at/zahlen/040_BEVOELKERUNG/070_Auslaender/index.asp?style=print, 20.12.2010, 14:30.

Möglichkeiten als MigrantIn nach Österreich zu migrieren und sich in Österreich zu integrieren.

Um dies abzuklären habe ich in dieser Arbeit historische und heutige Migrationsbewegungen nach Österreich, sowie gewisse essentielle Bereiche der rechtlichen Lage in Österreich abgehandelt.

Die Arbeit beginnt mit einer Abklärung der relevanten Migrationsbegriffe, da diese in Österreich oft widersprüchlich verwendet werden und eine Begriffsdefinition für Klarheit und besseres Verständnis sorgt. Danach werden einige wichtige Migrations- und Integrationstheorien dargestellt, da auch eine theoretische Grundlage bei diesem Thema wichtig ist und verschiedene Ansichten und Aspekte dadurch aufgezeigt werden. In dieser Arbeit soll zwar die österreichische Migrationspolitik betrachtet werden, doch dazu sind auch internationale bzw. EU- weite Trends und Veränderungen zu berücksichtigen, die sich auf die österreichische Vorgehensweise ausgewirkt haben. Aus diesem Grund beginnt der Teil II „Migration“ mit einem Abriss über die internationale Migrationspolitik und deren Phasen, da diese einen Einfluss auf die österreichische Migrationspolitik ausgeübt haben. Im Anschluss wird die österreichischen Migrationspolitik ausführlich behandelt. Obwohl der Fokus dieser Arbeit auf Linz liegt, muss die Situation in Österreich ebenso betrachtet werden, da sich Gesetze beispielsweise im Fremdenrecht, auf ganz Österreich und nicht nur auf Linz beziehen.

Der Teil der österreichischen Migrationspolitik ist in zwei Aspekte gesplittet. Einerseits die historische Darstellung, wie die verschiedenen Migrationsphasen und ihre Auslöser und andererseits die rechtliche Lage und die Veränderung einiger essentieller Gesetze für MigrantInnen.

Teil III „Integration“ behandelt einerseits die österreichische Integrationspolitik und andererseits die verschiedenen Arten von Integration. Schwierig hierbei ist, dass es keine festgelegten Regelungen gibt ab wann MigrantInnen als integriert gelten. Ein weiterer Aspekt ist weiters die Sicht der österreichischen Bevölkerung auf MigrantInnen, beziehungsweise Fremdenfeindlichkeit. Außerdem wird die spezielle Situation der bosnischen MigrantInnen in Österreich betrachtet.

Da es den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde konnte ich nicht auf alle Migrationsaspekte wie Armut, Gesundheit, Pension der MigrantInnen eingehen, sondern

habe mir Aspekte ausgesucht, die ich besonders interessant finde. Beispielsweise die Bildung von MigrantInnen, die auch langfristige Auswirkungen hat und deshalb auch noch die kommenden Jahrzehnte prägt, ebenso wie die Wohnsituation, die im schlechtesten Fall zur Ghettoisierung und damit zur Exklusion der MigrantInnen führen kann.

Im vierten Teil wird die Situation in Oberösterreich und Linz genauer betrachtet. Bei meiner thematischen Einschränkung auf das Beispiel der bosnischen MigrantInnen in Linz hat sich eine Problematik. Bosnische MigrantInnen werden in vielen Tabellen, Grafiken und Studien nicht einzeln ausgewiesen, sondern gemeinsam mit kroatischen und serbischen MigrantInnen erwähnt. Aus diesem Grund hat sich auch die Literatursuche als schwierig erwiesen. Für diesen Teil der Arbeit wurden Leitfadeninterviews mit 7 bosnischen MigrantInnen durchgeführt, die in Linz leben beziehungsweise Erfahrung mit der Migrationspolitik in Linz gemacht haben.

Problematisch war ausreichend Literatur über die Lage der bosnischen MigrantInnen in Linz zu finden. Da, wie bereits erwähnt, nicht immer bosnischen MigrantInnen von den ex-jugoslawischen MigrantInnen getrennt ausgezeichnet werden, war es noch schwieriger ihre Situation speziell in Linz zu beschreiben. Aus diesem Grund wurde die fehlende Literatur durch 8 Leitfadeninterviews mit ExpertInnen ergänzt, die sich in Linz mit Migration und Integration beschäftigen.

1. Methodik

Der theoretische Teil sowie die historische Abhandlung basiert auf Literaturrecherche die vorwiegend deskriptiv durchgeführt wurde. Heinz Fassmann, der Herausgeber des 2. Österreichischen Migrations- und Integrationsberichtes 2001- 2006 war hierbei ein wichtiger Anhaltspunkt und eine sehr gute Informationsquelle.

Univ. Prof. Dr. Ulram und das GfK haben eine Integrationsstudie veröffentlicht, die die Einstellung der MigrantInnen zu ihrer Integration in Österreich, beziehungsweise die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu den MigrantInnen zeigt. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden hier verwendet, da sie empirisch sehr genau durchgeführt wurde, ein großes Sample aufweist und die Fragestellung sehr gut das Interesse dieser Arbeit abdeckt⁵.

Neben der Arbeit mit Literatur wird auch eine qualitative empirische Studie durchgeführt. mit Leitfadeninterviews soll die Einstellung der bosnischen MigrantInnen aus Linz zu ihren Erfahrungen mit Migration und speziell zum Leben als MigrantIn in Österreich beziehungsweise Linz dargestellt werden. Im praktischen Teil wurde eine quantitative Methode verwendet, da im Bereich der qualitativen Erhebungen viele Umfragen, Meinungsstudien etc. in der Literatur sowie im Internet zu finden sind und diese Sample aufweisen, das im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht annähernd durchgeführt werden können. Aus diesem Grund wird für quantitative Beurteilungen auf einige dieser schon bestehenden Studien zurückgegriffen.

Die Befragung der ExpertInnen zur Migrations- und Integrationspolitik und deren Maßnahmen in Linz erfolgte mit Leitfadeninterviews, da durch diese Interviews gezielte Fragen gestellt werden können und die Antworten miteinander besser verglichen werden können. Anschließend wurden sie transkribiert und die verschiedenen Aussagen miteinander verglichen. Durch diese Interviews soll die Einstellungen und Sichtweisen von den ExpertInnen jenen der Zielgruppe (in diesem Fall bosnische MigrantInnen) gegenüberstellen. Ziel ist es Überschneidungen und Unterschiede zu erkennen.

5 Vgl. Ulram 2009, 9.

I. Theorie

2. Abklären der relevanten Begriffe

Um in der folgenden Arbeit Missverständnisse und Unklarheiten zu vermeiden, sollen an dieser Stelle essentielle Begriffe, deren Verständnis für dieses Thema notwendig ist, abgeklärt werden.

Einige dieser Begriffe werden in der Alltagssprache oft synonym verwendet, bezeichnen aber unterschiedliche Rechte und verschiedene Migrationsmotive und sind für MigrantInnen daher von unterschiedlicher Bedeutung⁶.

2.1 Migration

Gustav Lebhart und Stephan Marik- Lebeck beschreiben Migration als *„die dauerhafte oder vorübergehende Verlegung des Wohnsitzes von Personen“*⁷.

Unter dem Begriff Migration werden verschiedene Migrationsarten vereint, die jedoch teilweise stark voneinander abweichen. Migration kann nach dem Migrationsziel in interregionale oder internationale Migration aufgeteilt werden, wobei bei Ersterer keine Einreiseregulungen zu beachten sind, da die Landesgrenzen nicht überschritten werden. Zu einer weiteren Unterscheidung kommt es in Bezug auf die Dauer der Migration. Unter dauerhafter Migration versteht man einen Aufenthalt der länger als ein Jahr dauert, während der Aufenthalt bei kurzzeitiger Migration zwischen drei und 12 Monaten ist. Jeder Verbleib in einem anderen Land der kürzer als drei Monate dauert wird als vorübergehender Aufenthalt bezeichnet⁸. Als Motive für Migration gelten soziale, ökonomische oder humanitäre Gründe, beziehungsweise eine Mischung all dieser Faktoren. Die Entscheidung das Heimatland zu verlassen kann einerseits freiwillig gefällt werden oder andererseits durch Flucht und Vertreibung erzwungen werden. Ein weiterer Unterschied besteht zwischen regulärer beziehungsweise dokumentierter Migration und irregulärer, die ohne staatliche Kontrolle passiert⁹. Beim Umfang der Migration kann man von Einzel-, Gruppen-, und Massenmigration sprechen¹⁰.

6 Vgl. IOM 2004, 6.

7 Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 145.

8 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 145.

9 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 16- 17.

10 Vgl. Polgar 2002, 19- 20.

2.1.1 MigrantInnen

Als MigrantInnen versteht man Personen, die freiwillig oder unfreiwillig ihre Heimat verlassen um in einem anderen Teil des Landes oder in einem anderen Land zu leben. Ihr Aufenthalt, im Falle einer internationalen Migration, kann sowohl legal als auch illegal sein. Bei dem Begriff „MigrantIn“ erkennt man keine Unterscheidung nach dem Status, der Dauer oder des Zweckes des Aufenthaltes und er ist daher ein Sammelbegriff, der alle möglichen Varianten von MigrantInnen beinhalten, wie unter anderem ArbeitsmigrantInnen, AsylwerberInnen, AustauschstudentInnen und Menschen die ohne Genehmigung nach Österreich gereist sind¹¹.

Studierende MigrantInnen gelten im Allgemeinen als temporäre MigrantInnen. Auf Grund der Tatsache, dass viele dieser StudentInnen aus Ländern der „2. oder 3. Welt“ kommen, ist die Rückkehr in das Heimatland wegen der schlechteren Lebensbedingungen oder der niedrigen Löhne oft nicht attraktiv und sie bleiben auch nach dem Studium in ihrem „Gastland“¹².

Eine weitere Gruppe bilden die Familienangehörigen, die im Zuge der Familienzusammenführung migrieren. Dies betrifft vor allem EhepartnerInnen und minderjährige Kinder, die nach einiger Zeit in das Zielland ihres Partners/ ihrer Partnerin beziehungsweise in das der Eltern folgen und dadurch aus einer temporären eine permanente Migration machen.

Eliten stellen ebenfalls eine eigene Gruppe von MigrantInnen dar. Zu ihnen gehören unter anderem hochqualifizierte Fachkräfte, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und SpitzensportlerInnen. Für diese Gruppe ist Migration wegen ihres höheren Ansehens meistens unproblematischer. Trotz der, im Vergleich zu anderen MigrantInnen Gruppen, geringeren Bereitschaft zur Assimilation, sind sie weniger mit Fremdenfeindlichkeit konfrontiert¹³.

Die Gesamtheit der MigrantInnen wird auch nach Generationen unterteilt. Demnach bezeichnet die erste Generation jene MigrantInnen, die als Jugendliche oder Erwachsene nach Österreich gekommen sind, während die eineinhalbte Generation für eine Migration vor dem Schulbeginn steht und die zweite Generation in Österreich geborene Kinder beschreibt, von denen mindestens ein Elternteil nach Österreich migriert ist¹⁴.

11 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 31- 32.

12 Vgl. Polgar 2002, 27.

13 Vgl. Polgar 2002, 26.

14 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 31- 32.

2.1.2 Menschen mit Migrationshintergrund

Bei Menschen mit Migrationshintergrund werden hauptsächlich MigrantInnen der ersten bis zur zweiten Generation gemeint. Mit diesem Begriff soll unter anderem auf bestehende Diskriminierung im Alltag trotz rechtlicher Gleichstellung mit ÖsterreicherInnen hingewiesen werden¹⁵.

Eine weitere Unterteilung der Menschen mit Migrationshintergrund gibt es auch nach der Stärke und dem Einfluss des Migrationshintergrundes. Als primärer Migrationshintergrund wird die Situation bezeichnet, wenn eine Person erst kürzlich in ein Land migriert ist und in der Sozialisation noch stark vom Herkunftsland geprägt ist. Zur Gruppe mit sekundärem Migrationshintergrund gehören Menschen die im Inland geboren wurden, aber dessen Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Diese Menschen wurden im Inland sozialisiert und der Einfluss ihres Migrationshintergrundes ist somit nicht so stark. Im Vergleich dazu werden Menschen, die schon seit längerer Zeit im Inland leben und auch dessen Staatsbürgerschaft besitzen, in die Gruppe mit tertiären Migrationshintergrund eingegliedert, da durch deren Eingliederung in die inländische Gesellschaft ihr Migrationshintergrund eher nebensächlich ist¹⁶.

2.2 AusländerInnen

AusländerIn ist die juristische Bezeichnung all jener Menschen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben¹⁷. Vor allem in der Alltagssprache wird der Begriff MigrantIn und der Begriff AusländerIn oft synonym verwendet. AusländerInnen, die beispielsweise in Österreich leben, müssen im Gegensatz zu MigrantInnen nicht selbst nach Österreich migriert sein. Sie können auch die Kinder von ausländischen Eltern sein, die bereits in Österreich geboren wurden, müssen also nie migriert sein¹⁸.

2.3 Flüchtlinge

Als Flüchtlinge werden Menschen bezeichnet, die ihre gewohnte Umgebung wegen Krieg, Verfolgung oder aus ähnlichen Gründen verlassen und in einen anderen Teil des Landes oder ins Ausland ziehen. Jene Flüchtlinge, die bei ihrer Flucht das Land nicht verlassen

¹⁵ Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 31.

¹⁶ Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 171.

¹⁷ Vgl. Kainz 2005, 16.

¹⁸ Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 165.

werden Binnenflüchtlinge genannt. Zu politischen Flüchtlingen zählen Menschen die vor politischer, rassistischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung fliehen¹⁹. Laut Asylrecht bezeichnet der Begriff Flüchtling Menschen, die nach der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention verfolgt werden. Die Faktoren dieser Definition sind die Furcht wegen Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder auf Grund der politischen Gesinnung verfolgt zu werden. Außerdem muss sich die Person außerhalb des Heimatlandes befinden und keinen Schutz vom Herkunftsland bekommen²⁰.

2.3.1 De- facto Flüchtling

Als de-facto Flüchtlinge werden Bürgerkriegsflüchtlinge bezeichnet, die die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention nicht erfüllen. Sie bekommen aber aus humanitären Gründen ein zeitweiliges Aufenthaltsrecht in Österreich²¹.

2.3.2 Displaced People

Unter Displaced People versteht man einerseits Vertriebene und Kriegsflüchtlinge, andererseits auch Menschen die nach dem 2. Weltkrieg aus Konzentrationslagern und Zwangsarbeit befreit wurden. Ebenfalls beinhaltet dieser Begriff jüdische Flüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und die Angehörigen der Verbündeten der deutschen Armee²².

2.4 AsylwerberInnen

EinE AsylwerberIn ist jemand, der/ die einen Antrag auf Asyl gestellt hat, der aber noch nicht entschieden wurde. AsylwerberInnen haben laut AsylG97 meistens eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung, bis das Verfahren entschieden ist²³. Sinn des Asylverfahrens ist es abzuklären, ob die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention zutreffen. Im Fall einer Verfolgung im Heimatland nach diesen Bestimmungen wird der Asylantrag positiv beantwortet, was zu einer dauerhaften Einreise- und Aufenthaltserlaubnis für die antragstellende Person führt²⁴. Sobald das Asylverfahren positiv abgeschlossen wurde,

19 Vgl. Rieger 2004, 240.

20 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 46.

21 Vgl. Bauer 2008, 7.

22 Vgl. Bauer 2008, 4.

23 Vgl. <http://www.zebra.or.at/lexikon.php?show=a#asylwerber>, 15.11.2010, 15:50.

24 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 47.

wird die Bezeichnung AsylwerberIn zu AsylberechtigteR. Im Fall einer Ablehnung des Asylverfahrens, kann es auf Grund von unmenschlicher Behandlung, Folter oder Tod im Heimatland zu einem Schutz in Österreich kommen. Diese Menschen werden dann als subsidiär Schutzberechtigte bezeichnet. Kinder und Jugendliche die ohne Bezugsperson nach Österreich kommen und einen Antrag auf Asyl stellen, werden „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ genannt²⁵. Auswahlkriterien für ein Zielland sind die räumliche Nähe zum Herkunftsland, Aufnahmemöglichkeiten des Ziellandes, die Möglichkeiten der Rückkehr sowie die Existenz von Verwandten im Zielland. Der Großteil der AsylwerberInnen migriert in ein Nachbarland. Nur ungefähr 5% können in ein Industrieland migrieren, da einerseits die Asylverfahren immer strenger werden und andererseits die Reise dorthin wesentlich kostenintensiver ist²⁶.

2.5 GastarbeiterInnen/ ArbeitsmigrantInnen

Unter GastarbeiterInnen versteht man Menschen, die wegen der Möglichkeit auf Arbeit zeitlich begrenzt migrieren und das Ziel haben, anschließend wieder in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Wegen der im Laufe der Jahre gereiften Erkenntnis, dass diese Rückkehr in das Herkunftsland in der Realität nicht zwangsläufig eintritt, wurde der Begriff ArbeitsmigrantInnen eingeführt²⁷. Arbeitsmigration betrifft hauptsächlich traditionelle Einwanderungsländer sowie Industrie- und Ölförderländer. Herkunftsländer sind meist Staaten die als politisch und/ oder ökonomisch unsicher gelten²⁸.

2.6 Illegaler Aufenthalt

Bezeichnet die Situation, wenn die Einreise ohne Genehmigung, zum Beispiel durch Schlepperbanden passiert oder den legalen Aufenthalt (mit einem Touristenvisum) überschreiten und dadurch der Aufenthaltsstatus illegal wird. Falls dies von den Behörden entdeckt wird, kommt es zu Abschiebung, Ausweisung oder zu Aufenthaltsverbot²⁹.

25 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 31.

26 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 17

27 Vgl. Kainz 2005, 15.

28 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 17.

29 Vgl. Friedl 2005, 10.

3. Migrationstheorien

Stephen Castles und Mark Miller stellen Migration als einen langfristigen Prozess dar, der das gesamte Leben der MigrantInnen und deren Nachfolgen beeinflusst. Zwar sind nach dem Stand des Jahres 2000 97% der Weltbevölkerung keine internationalen MigrantInnen, doch betrifft Migration auch die Gesellschaften in den Herkunfts- sowie in den Zielländern³⁰.

In diesem Kapitel sollen einige wichtige Migrationstheorien, die auch mit der österreichischen Migration in Zusammenhang stehen dargestellt werden, um einen theoretischen Einblick in dieses Thema zu ermöglichen. Die ersten 3 Theorien (Kapitel 3.1- 3.3) beschreiben eine wirtschaftliche, beziehungsweise neoklassische Sichtweise auf Migration. Die letzten beiden stellen einen neueren Ansatz in Reaktion auf die bereits bewährten Theorien dar. Einer der Gründe für das Aufkommen neuer Migrationstheorien ist die Kritik an den älteren Theorien, die sich bei genauerer Betrachtung als nicht ausreichend erwiesen haben³¹.

3.1 Neoklassische Theorie

Die neoklassische Theorie ist sowohl für die Wirtschaft, als auch für die Migrationstheorien ein wichtiges Modell. Sie nimmt an, dass der Grund für Migration der Wunsch nach der Verbesserung der eigenen Lebenssituation ist. Da sich die wirtschaftliche Lage verschiedener Länder oder Regionen zum Teil stark unterscheidet, wird der Drang nach Migration in ein Land mit besseren ökonomischen Voraussetzungen geweckt. Eine ihrer bekanntesten Annahmen ist die „pull- push Theorie“³². Diese Theorie erklärt Migration mit Hilfe von Pull- Faktoren, die in den Zielländern bestehen und Push- Faktoren, die in den Herkunftsländern vorherrschen. Durch Pull- Faktoren wirkt das Zielland für potenzielle MigrantInnen attraktiver, während Push- Faktoren das Herkunftsland schlechter erscheinen lassen³³. Pull- Faktoren beeinflussen vor allem freiwillige selbstbestimmte Migration, da sich diese an den Bedingungen im Zielland orientiert. Im Gegensatz dazu

³⁰ Vgl. Castles/ Miller 2009, 20- 21.

³¹ Vgl. Castles/ Miller 2009, 27.

³² Vgl. Castles/ Miller 2009, 21- 22.

³³ Vgl. Kainz 2005, 19.

sind Push- Faktoren ausschlaggebend für erzwungene Migration, die wegen der Situation im Herkunftsland erfolgt³⁴.

Ein hohes Lohnniveau oder bessere Lebensbedingungen sind unter anderem Pull-Faktoren, die MigrantInnen dazu veranlassen in ein bestimmtes Zielland zu migrieren. Fehlende Berufschancen, niedrige Löhne oder dichte Besiedelung gelten als Push-Faktoren und verstärken den Drang aus dem Herkunftsland fortzugehen. Durch diese Theorie wird MigrantInnen unterstellt, die Entscheidung zu migrieren rein durch rationale Überlegungen und auf Grund von ökonomischen Faktoren zu treffen. Um die ökonomischen Vorteile einer Migration einschätzen zu können, müssten MigrantInnen über die wirtschaftliche Lage des Ziellandes sehr umfassend informiert sein³⁵.

Der wichtigste Kritikpunkt an der neoklassischen Theorie ist, dass Migration nach diesem Modell in der Praxis nicht vorkommt. Migrationsstudien zeigen, dass nicht immer jene Menschen das Land verlassen, denen es wirtschaftlich am schlechtesten geht, sondern eher Menschen mit mittlerem sozialen Status aus Ländern die einen wirtschaftlichen und sozialen Wandel durchmachen. Ein weiterer Schwachpunkt dieser Theorie ist, dass sie nicht erklären kann, warum MigrantInnen einer bestimmten Volksgruppe in ein bestimmtes Land migrieren und nicht in ein Anderes. Die neoklassische Theorie kann weder aktuelle Entwicklungen erklären, noch zukünftige vorhersagen und gilt daher als unzulänglich³⁶.

3.2 Segmentierte Arbeitsmarkt Theorie

Bei der Theorie des segmentierten Arbeitsmarktes geht man davon aus, dass der Arbeitsmarkt in ein primäres und ein sekundäres Segment geteilt ist und die Berufe des primären Segmentes finanziell und vom Ansehen her besser gestellt sind, als jene des sekundären Segmentes³⁷.

Dieser Ansatz erklärt die internationale Migration durch die Nachfrage der wirtschaftlich entwickelten Ländern nach gut, aber auch schlecht ausgebildeten Arbeitskräften. Dabei entsteht eine Teilung in einen ersten und einen zweiten Arbeitermarkt, der verschiedene Gruppen von MigrantInnen anzieht. Die erste Gruppe besteht Großteils aus MigrantInnen

34 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 17.

35 Vgl. Castles/ Miller 2009, 21- 22.

36 Vgl. Castles/ Miller 2009, 23.

37 Vgl. Polgar 2002, 29- 30.

mit legalem Status, männlich und ethnisch der Mehrheit der Bevölkerung angehörend. Wohingegen jene ArbeiterInnen der zweiten Gruppe weniger Ausbildung haben, ihr Aufenthaltsstatus nicht immer legal ist und ethnisch einer Minderheit angehören³⁸. Durch die Tatsache, dass viele einheimische ArbeitnehmerInnen im sekundären Segment auf Grund von schlechterer Bezahlung, höherer Instabilität etc. nicht arbeiten wollen, besteht in diesem Segment ein Mangel an Arbeitskräften. Aus diesem Grund werden MigrantInnen gebraucht, um diese Nachfrage auszugleichen. MigrantInnen akzeptieren die schlechten Arbeitsbedingungen eher, da sie davon ausgehen, dass dies nur eine vorübergehende Situation ist. Dieser Ansatz steht im Gegensatz zur neoklassischen Theorie³⁹.

3.3 Neue Ökonomie der Arbeitsmigration

Die Theorie der „neuen Ökonomie der Arbeitsmigration“ beschreibt unter anderem die Wanderung zwischen Land und Stadt in der 3. Welt⁴⁰. Diese Theorie, die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelt wurde, nennt nicht das Individuum, sondern Familien, Haushalte oder Gemeinschaften als Entscheidungsträger für Migration⁴¹. Sie besagt, dass die Situation der Familie, des Haushalts oder der Gemeinschaft verbessert werden soll, indem man auf ein Familienmitglied verzichtet und dieses ins Ausland schickt. Zwar muss dadurch auf eine Arbeitskraft verzichtet werden, doch im Ausgleich dazu überweist das im Ausland lebende Familienmitglied Geld an die restliche Familie. Diese Zahlungen stellen in einigen Ländern eine „Versicherung“ gegen Ernteaussfälle oder Preisverfall dar⁴². Auch wenn ein Familienmitglied zwar nicht ins Ausland, doch vom Land in die Stadt geschickt wird, bekommt die Familie Zahlungen mit denen sie ihre finanzielle Situation verbessern kann⁴³. Diese Theorie ähnelt dem neoklassischen Ansatz, da in beiden Theorien davon ausgegangen wird, dass sich Migration durch das Angebot reguliert und dass Menschen migrieren, um Arbeit zu finden⁴⁴.

38 Vgl. Castles/ Miller 2009, 23- 24.

39 Vgl. Polgar 2002, 29- 30.

40 Vgl. Friedl 2005, 16.

41 Vgl. Castles/ Miller 2009, 24.

42 Vgl. Polgar 2002. 31.

43 Vgl. Friedl 2005, 16-17.

44 Vgl. Castles/ Miller 2009, 25.

3.4 Migrationssystem Theorie

Diese Theorie basiert auf der Idee, dass zwei oder mehrere Staaten MigrantInnen untereinander austauschen, wobei ein Land an mehreren Migrationssystemen teilnehmen kann. Es besteht die Annahme, dass Migrationsbewegung durch die Verbindung zweier Länder miteinander verstärkt wird. Solche Verbindungen können Kolonie- Erfahrung, politischer Einfluss, Handel, Investitionen oder kulturelle Wurzeln sein⁴⁵. Das Prinzip dieser Theorie ist, dass Migrationsbewegungen das Resultat von der Interaktion zwischen Mikro- und Makroebene darstellen, wobei sich die Makroebene auf institutionelle Faktoren bezieht, während sich die Mikroebene auf Netzwerke, Bräuche und Glauben der MigrantInnen beruft⁴⁶.

3.5 Migrations Netzwerk Theorie

Das Interesse dieser Theorie gilt nicht den Gründen für die Migration selbst, sondern der Motivation den Aufenthalt zu verlängern, anstatt in das Heimatland zurückzukehren. Gründe um das Heimatland zu verlassen sind oft wirtschaftliche, jene Gründe um in diesem Zielland zu bleiben sind soziale⁴⁷.

Bei der Migrations Netzwerktheorie spielen die Familien und die Gemeinschaft eine entscheidende Rolle und beeinflussen die Migration. Die Familie kann einzelne Mitglieder in ein anderes Land schicken, um dort zu arbeiten, damit sich das Familieneinkommen verbessert. Bestehende Netzwerke, die für die Migration genutzt werden, vereinfachen den Anschluss an die Gemeinschaften im Zielland und machen Migration sicherer und einfacher⁴⁸. Außerdem helfen die im Zielland vorhandenen Netzwerke den MigrantInnen sich zu integrieren, beziehungsweise können bestehende Netzwerke potenzielle MigrantInnen von der Migration überzeugen⁴⁹.

45 Vgl. Castles/ Miller 2009, 27.

46 Vgl. Castles/ Miller 2009, 28.

47 Vgl. Friedl 2005, 19.

48 Vgl. Castles/ Miller 2009, 27- 28.

49 Vgl. Friedl 2005, 20.

II. Migration

4. Veränderung der internationalen Migration

Obwohl Migration ein sehr altes Phänomen ist, gibt es heute mehr MigrantInnen als je zuvor. Ende des 20. Jahrhunderts lebten in etwa 100 Millionen Menschen nicht in ihrem Geburtsland⁵⁰. Erst im 18. Jahrhundert begann die Massenmigration. Seit dem 19. Jahrhundert wurde internationale Migration vor allem durch wirtschaftliche Faktoren und den Menschenrechten geprägt und verändert⁵¹. Das Ausmaß der internationalen Migration erstreckt sich heute auf über 175 Millionen Menschen, die nicht in dem Land ihrer Geburt leben. 10% der Bevölkerung der wohlhabenden Länder sind migriert oder besitzen nicht die Staatsbürgerschaft des Landes in dem sie leben. Global betrachtet leben allerdings nur 3% nicht in ihren Geburtsländern⁵². Als Grund für den Anstieg der Migration im Laufe der Zeit werden Faktoren wie die zunehmende Vereinfachung des Migrierens durch Verbesserungen im Transportwesen, bei der Kommunikation und bei der Information genannt. Ein weiterer Faktor der den Anstieg der Migration vorantreibt ist die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Macht zwischen verschiedenen Ländern oder zwischen verschiedenen Regionen innerhalb eines Landes⁵³. Ziel dieses Kapitels ist es, kurz die unterschiedlichen Phasen der internationalen Migration darzustellen, um dadurch Parallelen in der Entwicklung mit der österreichischen Migration zu erkennen.

4.1 Kolonialismus (vor 1850)

Als die europäischen Staaten Kolonien erobern konnten, förderte dies die Migration von Europa nach Afrika, Asien und später dann auch nach Amerika und Ozeanien. Migration war ein Weg der Armut in Europa zu entkommen. Doch im Gegensatz zu jenen, die migrierten, um sich ein besseres Leben zu ermöglichen, wurden AfrikanerInnen von europäischen Handelsschiffen entführt und als SklavInnen nach Amerika verkauft. Von dieser erzwungenen Migration waren bis in das Jahr 1850 ca. 15 Millionen Menschen

50 Vgl. Polgar 2002, 16.

51 Vgl. Schindlmayr 2003, 110- 111.

52 Vgl. Strasser 2009, 19.

53 Vgl. Polgar 2002, 16.

betroffen. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Sklaverei in den Kolonien abgeschafft⁵⁴. Als die Ausreise durch neue Gesetze vereinfacht wurde, wurden auch andere, nicht erzwungene, Migrationsformen häufiger. Die liberaleren Gesetze für das Verlassen des Heimatlandes waren von der Ansicht begleitet, dass die freie Migration zu einer Wanderung von Arbeitskräften führen würde, die einen positiven Effekt auf die Wirtschaft hätte. Für Kraler ist diese „Long Distance Migration“ charakteristisch für die Migration in dieser Zeit und bezeichnet damit die Migration von EuropäerInnen nach Amerika oder Asien⁵⁵.

4.2 Unregulierte Migration (1850-1914)

Zwischen 1850 und 1914 kann man von einer Zeit der unregulierten Massenmigration sprechen, die vor allem von Europa nach Amerika und Ozeanien erfolgte. Durch die Industrialisierung, einer Verbesserung in Transport- und Kommunikationswesen und einem Anstieg der ruralen Bevölkerung in den meisten Teilen von Europa wurde diese Phase vorangetrieben⁵⁶.

Die westeuropäischen Länder konnten durch die Ausbeutung ihrer Kolonien ihre eigene Lage verbessern und dadurch die industrielle Revolution ermöglichen. Der Höhepunkt dieser Zeit war auch gleichzeitig jene Phase, in der viele EuropäerInnen in die USA auswanderten, um den Traum der unbegrenzten Möglichkeiten zu leben. Bis zum Jahr 1880 gab es für die Migration in die USA keine Regelung. JedeR, der/ die sich den Transport dorthin leisten konnte, durfte einreisen. Aus diesem Grund war die USA in dieser Zeit auch das wichtigste Einreiseland, in das zwischen 1820 und 1987 ca. 54 Millionen Menschen migrierten⁵⁷.

Für die USA hatten die Migrationsströme, die im 19. Jahrhundert zum Großteil aus Europa kamen, einen sehr positiven Einfluss auf ihre ökonomische Situation. Eine der wirtschaftlichen Auswirkungen war die Annäherung des Lohnniveaus von Herkunfts- und Zielland⁵⁸.

⁵⁴ Vgl. Castles/ Miller 2009, 80- 82.

⁵⁵ Vgl. Kraler 2007, 14- 16.

⁵⁶ Vgl. Schindlmayr 2003, 112.

⁵⁷ Vgl. Castles/ Miller 2009, 83- 84.

⁵⁸ Vgl. Kraler 2007, 16.

4.2.1 Voraussetzungen für Massenmigration nach Fassmann

Heinz Fassmann erklärt den Anstieg der Massenmigration durch vier Faktoren. Als ersten Punkt nennt er die rechtlichen Bedingungen, die eine Ausreise erlauben. In den meisten europäischen Staaten ermöglichten die Gesetze erst ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Ausreise, zuvor wurde versucht die Anzahl der Bevölkerung durch ein Ausreiseverbot hoch zu halten. Doch das Recht auf Ausreise verlor ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts an Wert, da es nicht mehr automatisch auch das Recht auf Einreise bedeutete.

Als zweiter Faktor nennt Fassmann regionalökonomische Disparitäten. Dabei geht es um wirtschaftliche und strukturelle Veränderungen, die wie die bereits erwähnte „Pull- Push Theorie“ wirken⁵⁹.

Die dritte Voraussetzung für den Anstieg der Massenmigration war das Entstehen beziehungsweise die Existenz einer „Migration Industry“. Erst wenn es Verkehrsmittel gibt, die die Massen in ihre Zielländer transportieren können, kann es zu einer Massenmigration kommen. Dabei spielte das Dampfschiff eine wichtige Rolle, da dadurch der Transport schneller und vor allem preiswerter wurde. Doch dies wirkte sich nicht nur positiv auf die MigrantInnen aus, sondern auch die Transportunternehmen konnten davon profitieren und sich durch die Migrationswellen wirtschaftlich etablieren.

Die letzte Bedingung, die von Fassmann erwähnt wird, ist die gesellschaftliche Akzeptanz der MigrantInnen. Auswanderung wurde als Möglichkeit zur selbstständigen Verbesserung der eigenen Situation betrachtet, die auch mit euphorischen Vorstellungen an das „freie“ Leben in Amerika“ gekoppelt war⁶⁰.

4.3 Rückgang der internationalen Migration (1914- 1945)

Als der 1. Weltkrieg begann, kehrten viele MigrantInnen in ihre Heimatländer zurück um unter anderem dem Militär zu dienen. Als Resultat kam es zu einem Mangel an Arbeitskräften durch die Heimkehr der arbeitenden MigrantInnen. Deshalb wurden ArbeiterInnen aus den Kolonien rekrutiert. Die Arbeitsmigration reduzierte sich in der Phase von 1918 bis 1945 deutlich, was einerseits durch wirtschaftliche Stagnation und andererseits wegen der zwischenstaatlichen Probleme vor und während des 2. Weltkrieges

⁵⁹ Vgl. Fassmann 2007, 33- 34.

⁶⁰ Vgl. Fassmann 2007, 36- 37.

passierte⁶¹.

Wegen Sicherheitsbedenken sowie Hass und Rassismus gegenüber MigrantInnen ging aber nicht nur die Arbeitsmigration sondern allgemein jede Art von Migration nach dem 1. Weltkrieg zurück. Ein weiterer Grund für den Rückgang der internationalen Migration war auch die restriktivere Migrationspolitik der USA⁶². Ab den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Einreise in die USA ungefähr 40 Jahre lang für EuropäerInnen, mit Ausnahme jener aus dem Nordwesten Europas, erschwert und eingeschränkt, da ihr Wille zur Assimilation nicht erkennbar war. Statt ihnen wurden ArbeiterInnen aus dem Süden der USA mit afrikanischen Wurzeln rekrutiert um den wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt erst möglich zu machen. Diese Phase zwischen 1914 und den 50er Jahren wird auch die „Great Migration“ genannt⁶³. Die Maßnahmen, die die USA vor den Einreisenden „schützen“ sollten, war der „First Quota Act“, der 1921 eingeführt wurde und durch seine zahlenmäßige Beschränkung nur mehr 350.000 MigrantInnen jährlich in die USA einwandern ließ. Drei Jahre später folgte ein weiterer „Quota Act“, der die Anzahl der EinwanderInnen um weitere 200.000 pro Jahr minimieren sollte⁶⁴.

4.4 Migration nach dem 2. Weltkrieg

Die internationale Migration ab 1945 kann nach Castles und Miller in zwei Phasen unterteilt werden. Die erste, die zwischen 1945 und 1973 für einen erneuten Anstieg der internationalen Migration sorgte und jene ab 1973, die als Phase der kurzzeitigen Migration bezeichnet wird. Ab dem Ende des 2. Weltkriegs ist die Anzahl der internationalen MigrantInnen wieder gestiegen, da ArbeitsmigrantInnen von wenig entwickelten Ländern in die schnell wachsenden Industriestaaten in Westeuropa, Nordamerika und Ozeanien gelockt wurden⁶⁵. Die Migrationsströme in Europa nach dem 2. Weltkrieg sind die Folge von unfreiwilligen MigrantInnen, beispielsweise Vertriebene, Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen. In den 60er Jahren begann eine Phase des aktiven Anwerbens von MigrantInnen. Diese wurden als billigere ArbeiterInnen in Europa dringend benötigt. Die Erwartung der Anwerberländer war es, flexible MigrantInnen zu

61 Vgl. Castles/ Miller 2009, 90- 91.

62 Vgl. Schindlmayr 2003, 114.

63 Vgl. Castles/ Miller 2009, 91.

64 Vgl. Fassmann 2007, 42.

65 Vgl. Castles/ Miller 2009, 96.

finden, die während der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und der damit einhergehenden höheren Nachfrage an Arbeitskräften, in die westeuropäischen Länder kommen und bei schlechterer wirtschaftlicher Lage wieder in ihre Herkunftsländer zurück gehen. Auch die Bezeichnung „GastarbeiterIn“ sollte die temporäre Begrenzung deutlich machen⁶⁶. Durch die Ölkrise 1973 und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Probleme, kam es jedoch zu einer Umstrukturierung der Weltwirtschaft. Als Resultat wurden neuere Technologien entwickelt, für die besser ausgebildete Arbeitskräfte benötigt wurden. Aus diesem Grund wurden ArbeitsmigrantInnen nicht mehr im selben Ausmaß wie bisher angeworben. Auch die Regelungen für Einwanderung wurden wegen der wirtschaftlichen Situation international verschärft. Das Resultat der restriktiveren Migrationsmöglichkeiten seitens der Aufnahmeländer war der Anstieg von Asylsuchenden oder MigrantInnen die versuchten illegal zu migrieren⁶⁷.

4.5 Migration ab den 80er Jahren

Klaus J. Bade beschreibt die Veränderung der europäischen Migration in vier Punkten. Ab den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts entstand die Idee, dass eine restriktive Einwanderungspolitik jenen MigrantInnen, die bereits im Land leben die Integration erleichtert und die Einstellung der einheimischen Bevölkerung nicht durch zusätzliche Migrationsströme negativ beeinflusst. Als zweite Veränderung sieht Bade die Einstellung gegenüber MigrantInnen, da MigrantInnen die innerhalb Europas migrierten positiver bewertet wurden, als MigrantInnen aus nicht europäischen Ländern. Als dritten Punkt erwähnt Bade das Auseinanderklaffen der dramatisierten öffentlichen Darstellung und die Realität des Vorgehens von Einbürgerungen. Als weitere Veränderung nennt Bade die verzerrte Darstellung der Einwanderungsbevölkerung, die fälschlicherweise als AsylantInnen oder Bevölkerung der Dritten Welt bezeichnet wird, was aber nicht der Realität entspricht⁶⁸.

4.5.1 Europäische Migrationsangst

Wie Bade darstellt, existiert in Europa eine Angst vor einem Anstieg der Süd- Nord Migration. Diese Angst richtet sich vor allem auf MigrantInnen der „Dritten Welt“, die durch

66 Vgl. Fassmann 2007, 44- 46.

67 Vgl. Schindlmayr 2003, 115- 116.

68 Vgl. Bade 2000, 9- 10.

Migration versuchen den Umweltzerstörungen, der schlechten wirtschaftlichen Situation, humanitären Problemen sowie Kriegen in ihren Heimatländern zu entkommen. Im Gegensatz zur Süd- Nord- Migration sind die wirtschaftlich besser gestellten Länder jedoch von der Ost- West Migration betroffen. Diese ging zwar in Zeiten des Kalten Krieges zurück, war aber nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime wieder präsent. In dieser Situation wurde versucht die westeuropäischen Länder zu mehr finanzieller Hilfe für die osteuropäischen Länder zu bewegen, um damit die befürchteten Migrationsströme abzuschwächen. Doch auch diese Prognose trat im vorhergesagten Ausmaß nie ein⁶⁹.

4.5.2 Die „Festung Europa“

Was in Deutschland als strengere Migrationspolitik begann, breitete sich auch auf die anderen europäischen Staaten aus und führte zu einer restriktiven europäischen Migrationspolitik. Laut Bade existieren vier Einreisemöglichkeiten in die „Festung Europas“. Der Familiennachzug gilt als wichtiger Grund dafür, dass die Zahl der Einwanderungen trotz restriktiver Politik nicht sinkt. Zweitens eine Einreise von EinwohnerInnen aus Ländern die in einer bevorzugten Beziehung mit den Zielländern stehen, beispielsweise aus früheren Kolonien. Drittens ArbeitsmigrantInnen, die je nach Bedarf aus dem Spektrum von ExpertInnen bis ArbeiterInnen für den Niedriglohnbereich angeworben werden. Außerdem die Aufnahme von AsylantInnen und Flüchtlingen, die Bereitschaft dafür sinkt jedoch immer mehr⁷⁰. Als Konsequenz diese restriktive Migrationspolitik und der schwierigen Möglichkeiten legal nach Europa einzureisen werden illegale Wege genutzt, wie die legale Einreise, die erst durch Arbeiten ohne Erlaubnis, Überschreitung des Visums oder Untertauchen um einer Ausweisung oder anderen rechtlichen Schritten zu entgehen, illegal wird. Weiters gibt es auch die illegale Einreise, der ein ebenfalls illegaler Aufenthalt folgt. Viele Branchen wie beispielsweise das Baugewerbe, Reinigungsdienste oder Pflegeberufe profitieren von MigrantInnen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben und dadurch zu wesentlich geringeren Löhnen arbeiten⁷¹. Als dritte Möglichkeit gibt es Schlepperbanden, die von der „Festung Europas“ finanziell stark profitieren sowie die Einreise durch Menschen- und Frauenhandel⁷².

69 Vgl. Bade 2000, 10- 15.

70 Vgl. Bade 2000, 16- 19.

71 Vgl. Bade 2000 20-21.

72 Vgl. Bade 2000, 22- 23.

5. Migration in Österreich

Die Migrationsströme nach Österreich, der Umgang der österreichischen Politik mit MigrantInnen und die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Migration haben im Laufe der Jahre unterschiedliche Phasen durchgemacht.

Problematisch für MigrantInnen in Österreich ist vor allem die Tatsache, dass sich Österreich selbst lange Zeit nicht als Einwanderungsland gesehen hat. Diese Einschätzung hielt sich trotz der Tatsache, dass ca. 16% der österreichischen Bevölkerung außerhalb Österreichs geboren wurde⁷³. Das zeigt sich auch daran, dass Österreich die Notwendigkeit einer Integrationspolitik jahrelang ausgeblendet hat und davon ausging, die in Österreich lebenden MigrantInnen jederzeit wieder in die Heimatländer zurückschicken zu können. Dies ist jedoch nicht so einfach möglich und die verabsäumte Migrations- und Integrationsmaßnahmen haben Auswirkungen auf die heutige Situation der MigrantInnen in Österreich.

In diesem Kapitel wird die Veränderung der Migrationsbewegung nach Österreich seit dem 20. Jahrhundert dargestellt, indem zuerst die Flüchtlingsströme nach Österreich während des 20. Jahrhunderts beschreiben werden und anschließend die Situation der ArbeitsmigrantInnen in Österreich in diesen Jahren. Abschließend wird die Auswirkung der Migration auf die Entwicklung und Veränderung der österreichischen Gesellschaft betrachtet.

5.1 Migration bis zum 2. Weltkrieg

Vor dem 19. Jahrhundert gab es drei große Migrationsbewegungen im deutschsprachigen Raum der Habsburger Monarchie: Zwangsaussiedlung von ProtestantInnen wegen ihrer Religion, Zwangsauswanderung wegen Übervölkerung und Zuwanderung von Eliten. Die Zuwanderungen kamen vom Osten, abgewandert wurde Richtung Westen⁷⁴.

In Österreich musste Auswanderung bis in das Jahr 1867, als das Staatsgrundgesetz in Kraft trat, genehmigt werden. Für Binnenwanderung hingegen gab es keine Regelung⁷⁵. In den Jahren zwischen 1870 und 1910 stieg die Auswanderung aus Österreich- Ungarn an.

⁷³ Vgl. Kainz 2005, 24- 25.

⁷⁴ Vgl. Kainz 2005, 25.

⁷⁵ Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 727.

Ungefähr 3,5 Millionen Menschen verließen das Land, davon 3 Millionen um in die USA zu migrieren⁷⁶. Diese MigrantInnen waren hauptsächlich jung, männlich und jenen Völkern der Monarchie zugehörig, die politisch benachteiligt waren⁷⁷.

Auch in Österreich waren, wie bereits im vorigen Kapitel erwähnt, die Auswirkungen der internationalen Vereinfachung der Migration, wie die Industrialisierung, Lockerungen der Voraussetzungen, um sich in einem anderen Land niederzulassen und die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel, zu bemerken. Aus diesem Grund konnten mehr Menschen als früher ihre Heimatländer verlassen und in anderen Ländern leben. Die Auswirkung auf die österreichische Bevölkerung konnte man beispielsweise an Wien erkennen, wo ein massiver Anstieg der Bevölkerung von 700.000 Menschen im Jahr 1880 auf 2.000.000 im Jahr 1910 die Folge war. Der Umgang mit den MigrantInnen war strikt. Von Seiten Österreichs war die Erwartung an die MigrantInnen eine vollkommene Assimilation⁷⁸.

Zu einer einschneidenden Änderung kam es nach dem 1. Weltkrieg in der neu gegründeten 1. Republik in Österreich. Bisherige BürgerInnen der österreichisch-ungarischen Monarchie wurden durch die neue Länderaufteilung zu AusländerInnen und konnten nur in Österreich leben, falls sie sich von der Bevölkerung ihrer Heimat in Rasse und Sprache unterschieden und in diesen Punkten zur österreichischen Bevölkerung passten⁷⁹. Doch der Anreiz in Österreich zu leben war in dieser Zeit wegen Arbeitslosigkeit, der Verschuldung und der Skepsis über die Existenzfähigkeit dieses neuen und kleinen Staates sehr gering⁸⁰.

Die MigrantInnen, die nach dem 1. Weltkrieg nach Österreich kamen um zu arbeiten, wurden mit der steigenden Arbeitslosigkeit zu einem Problem. Aus diesem Grund wurde 1925 das InländerInnenarbeitsschutzgesetz beschlossen und dadurch wurden für ausländische Arbeitskräfte Arbeitsbewilligungen notwendig⁸¹. Zu einer Ausreisewelle kam es in der Zwischenkriegszeit, als die jüdische Bevölkerung auf Grund der politischen Situation Österreich verließen⁸².

76 Vgl. Fassmann 2007, 41.

77 Vgl. Kainz 2005, 27.

78 Vgl. Kainz 2005, 25.

79 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 727.

80 Vgl. Kainz 2005, 27.

81 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 727.

82 Vgl. Kainz 2005, 27.

5.2 Migration durch Flucht nach 1945

Nach dem 2. Weltkrieg lebten rund 3,7 Millionen AusländerInnen in Österreich, davon 1.650.000 ZivilistInnen. Ungefähr 25% der Zivilbevölkerung bestand aus AusländerInnen, von denen rund 1 Million nicht Deutsch sprach. Die AusländerInnen die nach dem Krieg in Österreich lebten, setzten sich aus ZwangsarbeiterInnen, Vertriebenen und Überlebende aus den Konzentrationslagern zusammen⁸³. Je nach AutorIn variieren diese Zahlen jedoch.

Die MigrantInnen, die direkt nach 1945 in Österreich lebten, konnte man in fremd- und deutschsprachige MigrantInnen aufteilen. Während die erste Gruppe aus von den Nazis Zwangsrekrutierten bestand, war die zweite von europäischen Staaten vertriebene deutsche Bevölkerungsgruppen. Die erstere Gruppe blieb freiwillig nur kurze Zeit in Österreich, während die zweite Gruppe auf Wunsch der österreichischen Regierung wieder auswandern sollte⁸⁴.

Die sogenannten Displaced People verließen Österreich zum größten Teil nach Ende des Krieges. Jene Menschen aus Osteuropa hatten auf Grund von Transportschwierigkeiten Probleme mit ihrer Rückkehr. Als sie schließlich von Stalins Terrorregime erfuhren, versuchten sie in die westalliierte Zonen zu gelangen und in Österreich zu bleiben. Es kam in den folgenden Jahren zu weiteren Zuwanderungen von Flüchtlingen, die bei einer Anzahl von 250.000 ihren Spitzenwert erreichten. Schlussendlich blieben aber nur 65.000 von ihnen dauerhaft in Österreich⁸⁵.

Direkt nach dem Krieg bestand die österreichische Regierung darauf, dass die Flüchtlinge Österreich wieder verlassen sollten. Diese Ablehnung betraf alle Flüchtlinge unabhängig ihrer Herkunft, somit auch Reichsdeutsche sowie alle anderen deutschsprachigen Flüchtlinge. Ein Grund für die Ablehnung der in Österreich lebenden Volksdeutschen war das finanzielle Problem, da die 600.000 Volksdeutschen, die im August 1946 in Österreich lebten ebenso wie die ÖsterreicherInnen Hilfsgüter benötigten, die nur begrenzt zur Verfügung standen. Ein zweiter Grund war, dass durch die Aufnahme von Flüchtlingen, das Bild von Österreich als erstem Opfer von Hitler- Deutschland, im Ausland nicht glaubwürdig vermittelt werden konnte. Doch mit der Zeit lockerte sich die offizielle

83 Vgl. Weigl 2009, 23- 24.

84 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 727- 728.

85 Vgl. Weigl 2009, 25.

Einstellung der Regierung in Bezug auf Flüchtlinge⁸⁶.

Abgesehen von der Positionierung der österreichischen Regierung gegenüber den Flüchtlingen, die sich nach dem Krieg in Österreich aufhielten, war auch für die österreichische Bevölkerung die Akzeptanz der „Fremden“ im eigenen Land nicht einfach. Jene Menschen, die in Lagern untergebracht waren bekamen höhere Lebensmittelzuteilungen als die ÖsterreicherInnen. Auch am Arbeitsmarkt war die Situation problematisch, da die ÖsterreicherInnen zuerst kritisierten, dass die Flüchtlinge und Displaced People nicht arbeiten mussten oder es verweigerten, um nicht für ihre früheren AusbeuterInnen zu arbeiten. Als sie dann später doch arbeiteten, war dies für viele ÖsterreicherInnen ein Problem, da sie eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze fürchteten⁸⁷.

Im März 1947 machte das österreichische Innenministerium ihre Einstellung gegenüber den MigrantInnen, die sich zu dieser Zeit in Österreich aufhielten deutlich, indem verkündet wurde, dass es weder die Möglichkeit noch den Willen gibt jene über 500.000 Displaced People in Österreich zu behalten. Doch MigrantInnen, deren Berufe in Österreich benötigt wurden, durften bleiben, könnten aber bei Bedarf innerhalb Österreichs umgesiedelt werden⁸⁸. Zwei Jahre später hatten Vertriebene die Möglichkeit, nach einem vierjährigen Aufenthalt in Österreich die Staatsbürgerschaft zu beantragen. Doch trotzdem wurde auf die Verpflichtung von Integration verzichtet⁸⁹.

5.3 Aufnahme von Flüchtlingen ab den 50er Jahren

Die in Österreich aufgenommenen MigrantInnen stellten, auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage nach dem Krieg und dem damit verbundenem Mangel an Lebensmitteln, eine Belastung dar. Erst als zu Zeiten des Wiederaufbaus in Österreich viele Arbeitskräfte benötigt wurden und gleichzeitig ÖsterreicherInnen in die Nachbarländer abwanderten, verbesserte sich die Lage für MigrantInnen. Trotzdem sah sich Österreich damals eher als Transit- denn als Aufnahmeland⁹⁰. Obwohl Österreich nach dem 2. Weltkrieg relativ an der Bevölkerung gemessen europaweit die meisten

86 Vgl. Weigl 2009, 58- 59.

87 Vgl. Friedl 2005, 27- 28.

88 Vgl. Kraler 2007, 24.

89 Vgl. Weigl 2009, 59.

90 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 727- 728.

Flüchtlinge aufnahm, verleugnet es weiterhin ein Einwanderungsland zu sein, sondern stellt sich als Transitland dar⁹¹.

1952 kam es zu einer arbeitsrechtlichen Gleichstellung und zwei Jahre später gab es die Möglichkeit auf Einbürgerung für Flüchtlinge⁹². Die Bereitschaft Österreichs, Flüchtlinge aufzunehmen, ist ab den 60er Jahren angestiegen und war auch noch während der 70er Jahre sehr hoch. Mitte der 80er Jahre änderte sich diese Bereitschaft und es wurden nur mehr 40- 50% der Anträge positiv beantwortet. 1990 betrug die Anerkennungsquote nur mehr 7%, diese stieg in den kommenden vier Jahren allerdings auf 20% an. Für die Prüfung und die Bewertung der Asylanträge ist seit den 90er Jahren das Bundesasylamt zuständig⁹³.

Insgesamt wurden zwischen 1945 und 1995 zwei Millionen Flüchtlinge in Österreich aufgenommen. Von jenen 650.000, die in Österreich geblieben sind, hatten 300.000 eine andere Muttersprache als die Deutsche⁹⁴. Zwischen 1997 und 2002 kam es zu einem weiteren Anstieg der Asylanträge, die sich in dieser Zeit beinahe versechsfachten. 2003 ging die Zahl der Anträge zwar um fast 7.000 zurück, jedoch stieg der Prozentsatz der Anerkennungen an. Wurden 1997 8,1% der Asylanträge anerkannt, waren es 2003 28,4%⁹⁵. 2007 lag die Rate der Anerkennung bei Asylbescheiden bei 41,2% und sank bis 2008 auf 35%. Dies kann auch durch die stark gesunkene Anerkennungsrate der russischen Staatsbürger, vor allem Tschetschenen, begründet werden⁹⁶.

5.3.1 In den 50ern

Ab Mitte der 50er Jahre erreichten mehrere Flüchtlingswellen Österreich. Die erste kam 1956/57, als auf Grund der politischen Situation in Ungarn ungefähr 180.000 UngarInnen ihr Heimatland verließen um nach Österreich zu flüchten⁹⁷. Für die meisten von ihnen war Österreich nur ein Transitland, das sie auch schnell wieder verließen, um in andere westliche Staaten zu migrieren. Immerhin bekamen aber 20.000 dieser ungarischen

91 Vgl. Weigl 2009, 32- 34.

92 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 727- 728.

93 Vgl. Friedl 2005, 51.

94 Vgl. Weigl 2009, 32- 34.

95 Vgl. Bauer 2008, 8.

96 Vgl. <http://www.unhcr.at/statistiken/einzelansicht/article/11/asyl-in-oesterreich-immer-mehr-antraege-von-irakern.html>, 10.2.2011, 16:30.

97 Vgl. Kainz 2005, 29.

Flüchtlinge Asyl in Österreich⁹⁸. Die jugoslawischen MigrantInnen, die in den 50er Jahren nach Österreich kommen wollten, wurden nicht wie die ungarischen MigrantInnen als Flüchtlinge anerkannt und verließen Österreich wieder um nach Deutschland oder Übersee zu migrieren⁹⁹.

5.3.2 In den 60ern

42.185 Menschen hatten während der 60er Jahre in Österreich Asyl beantragt, von denen 21.400 aus den ex-jugoslawischen Ländern stammten. Gegen Ende der 60er Jahre kamen auch noch Asylanträge von Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei dazu, die wegen des Einmarsches der Truppen des Warschauer Pakts in der Nacht von 20. auf den 21. August 1968, nach Österreich flüchteten¹⁰⁰.

162.000 BürgerInnen verließen 1968/69 die damalige Tschechoslowakei. Die Asylanfrage jener 12.000 Menschen die nach Österreich kommen wollten, war zwar komplizierter als 10 Jahre zuvor im Fall der ungarischen Flüchtlinge, trotzdem wurden die Motive, die einen Asylantrag rechtfertigen sollten, nicht überprüft. Dies kann aber durch den Arbeitskräftemangel in dieser Zeit in Österreich erklärt werden¹⁰¹. Der Grund für die etwas strengere Vorgehensweise im Vergleich zu den ungarischen Flüchtlingen lag zum Teil daran, dass die österreichische Wirtschaft sowie Österreichs Stellung in der Staatengemeinschaft wieder gefestigt war. Zum zweiten lag es auch am Verhalten der UNO, das bei den tschechoslowakischen Flüchtlingen anders war, als bei den ungarischen, die als Konventionsflüchtlinge anerkannt wurden. Für die tschechoslowakischen Flüchtlinge wurde seitens der UNO nur für jene Geld zur Verfügung gestellt, die um politisches Asyl ansuchten. Dies wirkte sich negativ auf die Aufnahmebereitschaft von Österreich aus. Doch da die meisten dieser Flüchtlinge nicht auf Dauer in Österreich bleiben wollten, beantragten viele von ihnen gar kein Asyl, da sie wegen der günstigen wirtschaftlichen Situation in Österreich auch ohne positives Asylverfahren Arbeit finden konnten¹⁰².

98 Vgl. IOM 2004, 13.

99 Vgl. Weigl 2009, 33.

100 Vgl. Friedl 2005, 30- 31.

101 Vgl. Kainz 2005, 29.

102 Vgl. Friedl 2005, 32.

5.3.3 In den 70ern

Ab den 70er Jahren nahm Österreich, nach Anfrage von internationalen Organisationen wie UN- Flüchtlingshochkommissar oder der heutigen IOM (International Organization for Migration) freiwillig Flüchtlinge aus Übersee auf¹⁰³.

Diese Flüchtlinge konnte man in fünf Gruppen teilen. Die ersten waren Flüchtlinge aus Uganda, die asiatische Herkunft hatten. Diese wurden von Ida Amin, dem damaligen Diktator, zur Ausreise gezwungen. Österreich nahm 1.533 dieser Flüchtlinge auf. 1.414 von ihnen blieben aber nicht lange in Österreich, sondern emigrierten weiter. Da diese Gruppe einige Schwierigkeiten mit der Anpassung in Bezug auf Sprache und Kultur hatte, blieben nicht einmal 10% von ihnen in Österreich.

Die zweite Gruppe waren einerseits ChilenInnen und andererseits in Chile lebende ArgentinierInnen, die als AnhängerInnen von Allende nach dem Putsch 1973 das Land verlassen mussten. Österreich nahm 1974 200 ChilenInnen und 1977 250 ArgentinierInnen auf und gab ihnen Asyl. Doch sie hatten das Bestreben wieder in ihr Heimatland zurückzukehren, sobald dies politisch möglich war.

Es folgte 1973/74 eine vorübergehende Aufnahme von 200 ChinesInnen aus Kuba in Österreich, die auf Grund der rechtlichen Lage nicht direkt von Kuba in die USA einreisen durften. Als weitere Gruppe wurden 1974 103 KurdInnen in Österreich aufgenommen, als diese in den Konflikt zwischen Irak und Iran gelangten und von den IrakerInnen schließlich deportiert wurden. Die letzte Gruppe von Flüchtlingen die in den 70er Jahren in Österreich aufgenommen wurden, kam aus Indochina. 200 VietnamesInnen wurden 1975 wegen der politischen Situation in ihrem Heimatland in Österreich aufgenommen. Dieses Kontingent wurde bis zu Beginn der 80er Jahren auf 2.000 erhöht¹⁰⁴.

5.3.4 In den 80ern

Durch innenpolitische Probleme und der darauf folgenden Verhängung des Kriegsrechtes in Polen, kamen in den Jahren 1981 und 1982 120.000- 150.000 PolInnen nach Österreich. Um diesen Flüchtlingsstrom abzuwehren wurde von Seiten der Politik und der Medien die negative Einstellung gegenüber der polnischen Flüchtlinge kommuniziert. Weiters wurde auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die schwierige Situation am

¹⁰³ Vgl. Leibetseder 2006, 8.

¹⁰⁴ Vgl. Friedl 2005, 39- 42.

Arbeitsmarkt hingewiesen, um Flüchtlingsströme abzuschrecken. Zusätzlich kam es auch zu einer Verschärfung des Asylverfahrens, bei dem ab den 80er Jahren sowohl inhaltliche als auch formale Richtlinien eingehalten werden mussten, um einen negativen Asylbescheid zu umgehen. Außerdem wurde, im Gegensatz zu früher, der Aufenthalt in Österreich ohne positiven Asylbescheid immer schwieriger¹⁰⁵. Als ca. 33.000 PolInnen einen Asylantrag in Österreich stellten, wurden die Motive, die einen positiven Asylbescheid ermöglichen zwar geprüft, hatten aber keine strengen Bedingungen. Diese Migrationswelle fiel mit einer Phase zusammen, in der auf Grund wirtschaftlicher Situation versucht wurde ausländische Arbeitskräfte abzubauen¹⁰⁶. Da sich allerdings die Situation in anderen (typischen) Einwanderungsländern für MigrantInnen ebenso schwierig entwickelte emigrierten die polnischen Flüchtlinge nicht weiter in andere Länder, sondern blieben in Österreich. Gegen Ende der 80er Jahre kam es noch zu einem weiteren Anstieg der Flüchtlinge aus Ungarn (1987), Polen (1988), Rumänien, Türkei und der Tschechoslowakei (1989)¹⁰⁷.

5.3.5 In den 90ern

Während der sechs Monate zwischen September 1991 und einschließlich Februar 1992 nahm Österreich 13.000 kroatische Flüchtlinge auf. Diese blieben allerdings nicht in Österreich, sondern kehrten wieder in ihr Heimatland zurück. Im Gegensatz dazu war es für die bosnischen Flüchtlinge nicht zumutbar sie in ihr Heimatland zurückzuschicken. Die Rückkehr wurde mit der Dauer des Krieges immer unrealistischer¹⁰⁸.

Österreich war das Land, das in Relation zur Bevölkerung die meisten Flüchtlinge aus Bosnien aufnahm¹⁰⁹. In Folge des Bosnienkrieges nahm Österreich ab 1992 zwischen 80- und 90.000 bosnische Flüchtlinge auf. Wegen der hohen Anzahl an bosnischen Kriegsflüchtlingen wurden die Regelungen des Arbeitsmarktes zu Gunsten der MigrantInnen gelockert¹¹⁰. Für jene bosnischen Flüchtlinge, die Österreich nicht sofort wieder verlassen wollten, wurden 35.000 Beschäftigungsbewilligungen vergeben. Diese

¹⁰⁵ Vgl. Friedl 2005, 45- 47.

¹⁰⁶ Vgl. Kainz 2005, 29.

¹⁰⁷ Vgl. Friedl 2005, 45- 47.

¹⁰⁸ Vgl. Kainz 2005, 46.

¹⁰⁹ Vgl. Weigl 2009, 34.

¹¹⁰ Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 733.

ermöglichten ihnen zu arbeiten und erleichterte somit eine Integration in Österreich¹¹¹. 84.000 dieser bosnischen Flüchtlinge bekamen in Österreich staatliche Unterstützung. 11.000 BosnierInnen verließen Österreich nach dem Bosnienkrieg und kehrten in ihr Heimatland zurück. 12.000 verließen Österreich ebenfalls, kehrten allerdings nicht nach Bosnien zurück, sondern migrierten in andere Länder. Ungefähr 65.000 der bosnischen Flüchtlinge blieben auch nach Kriegsende in Österreich¹¹²

Ende der 90er Jahre bis 2003 kam eine erneute Flucht- und Asylwelle aus dem Kosovo. Das Ergebnis waren 6.000 AsylantInnen und 11.000 Flüchtlinge die sich 1999 in Österreich aufhielten¹¹³. Weitere Flüchtlingswellen kamen während der 90er Jahre aus der Türkei, aus Rumänien, dem Iran und dem Irak. Zu Beginn der 90er Jahre kamen auch Flüchtlinge aus Albanien, Bulgarien und Nigeria, während sie gegen Ende des Jahrzehnts eher aus Afghanistan und Indien nach Österreich migrierten¹¹⁴.

Die Bereitschaft in den 90er Jahren Flüchtlinge aufzunehmen ging im Vergleich zu den 80er Jahren erneut zurück. Der Leitsatz, der die neue Einstellung der ÖsterreicherInnen gegenüber den MigrantInnen zeigte war „Das Boot ist voll“. Durch das Asylgesetz, das 1991 zustande kam, sollten weitere MigrantInnen vor der Einreise nach Österreich abgeschreckt werden¹¹⁵. Ein Versuch die Zahl der MigrantInnen zu minimieren war auch die 1992/93 eingeführte Quotenregelung für MigrantInnen. Die Auswirkung auf das Wanderungssaldo erkennt man durch den Rückgang zwischen 1994 und 2000 auf jährlich 10.000 Personen in Summe. Doch langfristige Minimierung der Zuwanderungszahl konnte dadurch nicht erreicht werden, da es ab 2001 wieder zu einem Anstieg kam. Dieser wird durch die Migration von Menschen aus EWR Staaten und Drittstaaten begründet¹¹⁶. Durch eine restriktivere Politik im Umgang mit MigrantInnen sollten unbegründete Asylanträge reduziert werden und auch die Erteilung des vorläufigen Aufenthaltsrechts verringert werden. Als Resultat sollen weitere AsylwerberInnen davon abgehalten werden einen Asylantrag in Österreich zu stellen. Trotzdem wurden 1998 und 1999 von 13.000 gestellten Asylanträgen 2.953 Anträge von Flüchtlingen aus ex- jugoslawischen Ländern bestätigt. Zwischen 1994 und 1998 wurden pro Jahr im Durchschnitt nur 700 Asylanträge

111 Vgl. Weigl 2009, 68.

112 Vgl. Weigl 2009, 32- 33.

113 Vgl. Weigl 2009, 32- 34.

114 Vgl. Friedl 2005, 52.

115 Vgl. Friedl 2005, 50.

116 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 146.

positiv beantwortet, obwohl die Zahl der gestellten Anträge, wegen der politischen Situation im Kosovo 10 Mal so hoch war¹¹⁷.

Auch die allgemeine Zahl der Asylanträge (nicht nur von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien) stieg zwischen 1997 und 2002 an, mit Ausnahme des Jahres 2000. Waren es 1997 nur 6.719 Asylanträge, stieg die Zahl bis 2002 auf 39.354 Anträge. Erst im Jahr 2003 fielen die gestellten Anträge wieder auf 32.364. Gleichzeitig stieg auch die Quote der Anerkennung von 8,1% (1997) auf 28,4% (2003). 1999 war die Anerkennung auf der Rekordhöhe von 50,7% auf Grund der politischen Situation im Kosovo¹¹⁸.

5.4 Arbeitsmigration ab den 60ern

Im Gegensatz zu Deutschland hatte Österreich wesentlich später einen Bedarf an ArbeitsmigrantInnen, da die ersten Jahre nach Kriegsende von Arbeitslosigkeit geprägt waren. Erst in den 60er Jahren, als wegen der ansteigenden Zahl an Geburten weniger Frauen als Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten und es parallel zu einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften kam, änderte sich die Situation¹¹⁹. Andere Gründe, die in dieser Zeit die Veränderung ebenfalls vorantrieben und den Rückgang der österreichischen Arbeitskräfte begünstigten, waren einige sozialpolitische Maßnahmen, wie unter anderem das Senken der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, ein Mindesturlaub von 3 Wochen, Verlängerung der Pflichtschulzeit auf 9 Jahre, Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung. Doch gleichzeitig mit dem Rückgang des Arbeitskräfteangebotes stieg zwischen 1960 und 1974 durch den Wirtschaftswachstum die Nachfrage nach unselbständig Beschäftigten um 16,4%. Durch den daraus entstehenden Mangel an Arbeitskräften war das weitere Wirtschaftswachstum gefährdet, aus diesem Grund mussten ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt werden. Dies geschah allerdings gegen den Willen der Gewerkschaften, deren Ziel es war, die Löhne der österreichischen Arbeitskräfte durch die erhöhte Nachfrage steigern zu können¹²⁰.

5.4.1 In den 60ern

Vor den 1960er Jahren war der Mangel an Arbeitskräften nur in der Kriegswirtschaft

117 Vgl. Bauer 2008, 7.

118 Vgl. IOM 2004, 15.

119 Vgl. Fassmann/ Münz/ Seifert 1999, 96- 97.

120 Vgl. Kainz 2005, 31.

bekannt. In der Zwischenkriegszeit gab es auf Grund der Massenarbeitslosigkeit keinen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften¹²¹. Außerdem blieben nach dem Krieg ungefähr 320.000 Volks- und Sudetendeutsche in Österreich, die ein Arbeitskräfteangebot darstellten¹²².

Da die Arbeitskräfte in Österreich knapp waren, forderten die UnternehmerInnen eine Verbesserung der Situation. Als es 1961 zum Raab- Olah- Abkommen kam, gab es für 47.000 MigrantInnen die Möglichkeit Arbeitsplätze in Österreich zu bekommen, ohne dass zuvor nachgewiesen werden musste, dass es keine passenden InländerInnen für diese Berufe gibt. Sie durften zwar zu denselben Voraussetzungen in Bezug auf Einkommen und Arbeitsbedingungen arbeiten, waren aber als erstes von Kündigungen betroffen und ihre Arbeitsstelle war auf ein Jahr befristet. Diese Maßnahmen sollten die inländischen Arbeitskräfte schützen¹²³.

In Folge verhandelte Österreich bilaterale Verträge mit Spanien (1962), Türkei (1964) und Jugoslawien (1966), um durch ArbeitsmigrantInnen ihre Nachfrage abzudecken. Da die österreichischen UnternehmerInnen aber nicht bereit waren, den ArbeitsmigrantInnen dieselben Löhne zu zahlen, wie andere westeuropäische Staaten, musste die Anwerbung von Arbeitskräften auf Länder verlegt werden, deren Lohnniveau niedriger war. Daher kamen ArbeiterInnen aus Serbien, Bosnien- Herzegowina und Mazedonien nach Österreich. Mitte der 60er Jahre lebten in Österreich noch relativ wenige unselbstständig beschäftigte MigrantInnen. Aus diesem Grund kam es bei der Wirtschaftskrise 1966/1967 kaum zu Veränderungen für ausländische Arbeitskräfte in Österreich¹²⁴. Die MigrantInnen, die von den 60er bis in die 80er Jahre nach Österreich kamen, wurden über die vorhandenen Arbeitsplätze gesteuert. Als „fremd“ galt jedeR, der/ die keine österreichische Staatsbürgerschaft besaß. Um eine Staatsbürgerschaft zu erlangen, war ein Arbeitsplatz notwendig. Im AusländerInnenbeschäftigungsgesetz von 1975 waren acht Jahre ununterbrochene Beschäftigung notwendig, um sich frei am österreichischen Arbeitsmarkt bewegen zu dürfen und damit der Aufenthalt nicht mehr an einen bestimmten Arbeitsplatz geknüpft war¹²⁵. Trotz dieser Regelungen kamen während der 60er und Anfang der 70er Jahre 265.000 ArbeitsmigrantInnen nach Österreich. Laut IOM waren im Jahr 1973 78,5%

121 Vgl. Weigl 2009, 36.

122 Vgl. Friedl 2005, 28.

123 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 729.

124 Vgl. Fassmann/ Münz/ Seifert 1999, 96- 97.

125 Vgl. Strasser 2009, 98.

aller GastarbeiterInnen in Österreich aus Jugoslawien und nur 11,8% aus der Türkei¹²⁶.

5.4.2 In den 70ern

Zu Beginn der 70er bis in das Jahr 1973 gab es in Österreich einen hohen Bedarf an ArbeitsmigrantInnen. Die ausländischen Arbeitskräfte betrugen im Verhältnis zu den österreichischen 8,7%. In Österreich wurde 1974 die Anwerbung von GastarbeiterInnen gestoppt. Dies passierte schon zwei Jahre zuvor in der Schweiz und ein Jahr davor in Deutschland¹²⁷. Gudrun Biffl beschreibt die Situation in Österreich damit, dass es in den 70er Jahren noch ArbeitsmigrantInnen waren, die nach Österreich kamen. Diese wurden aber durch die Möglichkeit der Familienzusammenführung in den 80er Jahren zur dauerhaften EinwandererInnen¹²⁸.

Als sich ab 1974 die Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt auswirkte, kamen auch viele ÖsterreicherInnen, die in der Schweiz oder in Deutschland arbeiteten wieder nach Österreich zurück und erhöhten dadurch die Konkurrenz am österreichischen Arbeitsmarkt. Als politische Maßnahme wurde die Anwerbung von GastarbeiterInnen beendet¹²⁹.

In der Zeit der wirtschaftlichen Krise Mitte der 70er Jahre wurde die Zahl der ArbeitsmigrantInnen um 55.000 verringert¹³⁰. Der erste Schritt war jener, die Anwerbung von GastarbeiterInnen zu stoppen. Einen weiteren Rückgang von MigrantInnen bewirkte das 1975 in Kraft getretene Ausländerbeschäftigungsgesetz. Inhalt dieses Gesetzes war es einerseits für ÖsterreicherInnen einen Vorteil am österreichischen Arbeitsmarkt zu schaffen und außerdem gewisse Sozialleistungen für MigrantInnen zu kürzen um diese zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen. Dadurch konnten innerhalb von zehn Jahren die Zahl der MigrantInnen um 88.000 verringert werden¹³¹. Eine weitere Folge dieses Gesetzes war, dass die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften nur zugelassen wurde, wenn dies für den Arbeitsmarkt oder für die Allgemeinheit die bessere Entscheidung wäre. Problematisch war, dass die Tatsache der Existenz von MigrantInnen in Österreich rechtlich nichts änderte. Es wurde ihnen durch neue Gesetze nicht etwa

¹²⁶ Vgl. IOM 2004, 14.

¹²⁷ Vgl. Friedl 2005, 43.

¹²⁸ Vgl. Friedl 2005, 49.

¹²⁹ Vgl. Leibetseder 2006, 8.

¹³⁰ Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 730- 731.

¹³¹ Vgl. Friedl 2005, 43- 44.

leichter gemacht in Österreich zu arbeiten. Eine Folge davon war, dass die MigrantInnen von ihren ArbeitgeberInnen abhängig waren, da ihr Aufenthalt an eine bestimmte Beschäftigung geknüpft war¹³². Eine weitere Auswirkung war auch, dass sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zwischen 1974 und 1984 um 40% verringerten. Doch gegen die Erwartungen veränderte sich der Anteil der MigrantInnen in der österreichischen Bevölkerung nicht. Grund dafür war der Familiennachzug¹³³.

Ende der 70er Jahre kam es zu einer Änderung in der Einwanderungspraxis der ArbeitsmigrantInnen. Sowohl UnternehmerInnen als auch GastarbeiterInnen versuchten die offiziellen Anwerberstellen zu umgehen. Letztere reisten als TouristInnen nach Österreich ein, mussten deshalb mit negativen Konsequenzen rechnen. Schlussendlich bekamen diejenigen, die zahlenmäßig in das Kontingent passten eine Beschäftigungsbewilligung. Auf Grund der mangelnden Konsequenzen wurde diese Art der Einreise populärer. Zu Beginn der 70er Jahre kamen ungefähr 56% der MigrantInnen, die aus der Türkei stammten, durch ihre Familien nach Österreich anstatt offiziell angeworben zu werden. Die Lage spitzte sich so zu, dass von den türkischen und jugoslawischen MigrantInnen, die 1983 nach Österreich kamen, nur 34% bzw. 9% durch Anwerbung kamen¹³⁴.

5.4.3 In den 80ern

Zu Beginn der 80er Jahre kam es noch einmal zu einer Reduktion um 33.000. Doch der Versuch die Anzahl der MigrantInnen zu minimieren schlug fehl. Um den Migrationsstrom in den Griff zu bekommen, verloren MigrantInnen die Möglichkeit nach einem Aufenthalt in ihrem Herkunftsland wieder Arbeit in Österreich zu bekommen. Aus diesem Grund blieben viele in Österreich und holten ihre Familie nach, anstatt sie in ihren Herkunftsland zu besuchen¹³⁵. Doch auf Grund der speziellen (unsicheren) Stellung der GastarbeiterInnen in Österreich, konnten hier im westeuropäischen Vergleich die Anzahl der Gastarbeiterinnen am effektivsten minimierten werden¹³⁶.

Bis Ende der 80er Jahre wurde die Migrationspolitik an jene der 60er Jahre angelehnt, das

¹³² Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 731.

¹³³ Vgl. IOM 2004, 14.

¹³⁴ Vgl. Weigl 2009, 38- 39.

¹³⁵ Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 730- 731.

¹³⁶ Vgl. Strasser 2009, 97.

bedeutete ein Mangel an Integrationspolitik und an der Steuerung der MigrantInnen¹³⁷. Ab dem Ende der 80er Jahre wurden wieder mehr ArbeitsmigrantInnen in Österreich gebraucht. Grund dafür war die positive wirtschaftliche Lage, die einen hohen ArbeitsmigrantInnenanteil erlaubte¹³⁸.

5.4.4 In den 90ern

Zwischen 1989 und 1990 wurde die Zahl der ArbeitsmigrantInnen um 30% erhöht. Mitte der 90er Jahre lebten 300.300 ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Auch Ende der 90er Jahre war diese Zahl nicht wesentlich geringer (298.600). Während der Anteil an ausländischen Arbeitskräften 1989 bei 5,9% lag, stieg diese bis 1993 auf 9,1%¹³⁹. Doch zwischen 1989 und 1993 erhöhte sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund auf 690.000 und verdoppelte sich damit. Gründe dafür waren politische, wie der Fall des Eisernen Vorhangs und die politische Situation in Jugoslawien und ökonomische, die ein größeres Angebot an ausländischen Arbeitskräften verlangten¹⁴⁰. 1991 kam es dann zu einer Beschränkung der neuen MigrantInnen. Das Aufenthaltsgesetz, das 1993 in Kraft trat, hatte eine enorme Auswirkung auf den Rückgang der Anzahl der MigrantInnen¹⁴¹. Der Rückgang an ausländischen Arbeitskräften kam aber auch von den strengeren Zugangsbeschränkungen. Ein Teil der potentiellen MigrantInnen wurde dadurch abgeschreckt, der andere Teil kam trotzdem und arbeitete „illegal“ in Österreich¹⁴².

5.4.5 Das Rotationsprinzip

Die Bewilligung GastarbeiterInnen in Österreich arbeiten zu lassen war stark an die wirtschaftliche Lage geknüpft. So lange es ausreichend Arbeitsplätze in Österreich gab, waren GastarbeiterInnen herzlich willkommen, sobald sich die Lage aber verschlechterte mussten sie auch wieder ausreisen, um die Arbeitsplätze der ÖsterreicherInnen nicht zu gefährden. Der politische Diskurs änderte sich auch entsprechend der wirtschaftlichen Lage. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs wurden GastarbeiterInnen als „BegründerInnen des österreichischen Wohlstands“ gepriesen, in Zeiten, in denen die

137 Vgl. Leibetseder 2006, 8.

138 Vgl. Friedl 2005, 53.

139 Vgl. Friedl 2005, 53.

140 Vgl. IOM 2004, 14.

141 Vgl. Leibetseder 2006, 8.

142 Vgl. Friedl 2005, 48.

Arbeitsplätze knapper wurden, sprach man über GastarbeiterInnen als „Gefahr der Überschwemmung“ oder als „Gefahr der öffentlichen Sicherheit“¹⁴³.

Ziel an der Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen war es, einerseits den Mangel an Arbeitskräften durch arbeitswillige MigrantInnen auszugleichen, andererseits aber durch die einjährige Befristung des Aufenthalts, dem sogenannten Rotationsprinzip, zu verhindern, dass die MigrantInnen in Österreich eingebürgert wurden. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in Österreich so stark, dass das Erhalten der Arbeitsbewilligungen wesentlich unkomplizierter war. Gleichzeitig sank auch die Bereitschaft der UnternehmerInnen ihre bereits angelernten und eingearbeiteten Arbeitskräfte nach einem Jahr durch „neue“ zu ersetzen. Den MigrantInnen half die Möglichkeit zur Verlängerung ihres Aufenthalts, ihre finanziellen Anliegen, die ein häufiger Grund für ihre Migration war, zu erfüllen. Doch ein wichtiger Schritt war die Möglichkeit die Familie der arbeitenden MigrantInnen nach Österreich zu holen. Dies war der Weg von ihrem Gastarbeiterstatus zu einer dauerhafteren Ansiedlung¹⁴⁴. Dieses, eigentlich in der Praxis nur kurzzeitig verwirklichte, Rotationsprinzip für GastarbeiterInnen verhinderte das Aufkommen einer Integrationspolitik bis in die 80er Jahre, da die GastarbeiterInnen nicht eingebürgert wurden und daher von Seiten der PolitikerInnen keine Notwendigkeit gesehen wurde Integrationsmaßnahmen zu betreiben¹⁴⁵.

5.4.6 Motivation um als GastarbeiterInnen zu migrieren

Gemäß der zu Beginn der Arbeit erwähnten „pull- push“ Faktoren, war im Jahr 1983 für 43% der türkischen und jugoslawischen GastarbeiterInnen die höheren Einnahmen der Hauptgrund für die Migration. Weitere 33% verließen auf Grund von schlechten Berufschancen ihr Heimatland. Zwischen 1965 und 1968 migrierten nur 9% der jugoslawischen EinwanderInnen aus ihrem Heimatland auf Grund der schlechten Berufschancen. 1980- 1983 waren es bereits 44%. In einer Wiener Umfrage 1983 gaben 17,8% der befragten jugoslawischen GastarbeiterInnen als Motiv Familiennachzug an. Das Motiv Familiennachzug wurde bis zu den 80er Jahren so wichtig, dass es mehr Menschen betraf als die wirtschaftlich motivierte Migration. Eine Wiener Umfrage in den

¹⁴³ Vgl. Strasser 2009, 96- 97.

¹⁴⁴ Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 730.

¹⁴⁵ Vgl. Strasser 2009, 97.

90er Jahren fand heraus, dass ein Drittel der Motive ökonomische waren, bei mehr als 50% waren ökonomische Verbesserungen zwar nicht das Hauptmotiv, spielten aber trotzdem eine relevante Rolle und für jeden zehnten war die Familie oder die Flucht das wichtigste Motiv nach Österreich zu kommen¹⁴⁶.

In Bezug auf den Familiennachzug waren die Möglichkeiten bis Anfang der 70er Jahre beschränkt. Nachdem die in den 70er Jahren meist männlichen Gastarbeiter nach Österreich kamen, dauerte es ungefähr 3 Jahre, bis ihre Ehefrauen nachkamen. Ab 1973 stieg der Familiennachzug an. Während im Jahr 1974 42% der in Wien lebenden jugoslawischen GastarbeiterInnen ohne EhepartnerIn in Österreich lebten, waren es 1981 nur mehr 22%. 1983 lebten bereits 80% der jugoslawischen Ehefrauen bei ihren Männern in Österreich, doch mehr als die Hälfte der Kinder war im Heimatland geblieben. Jedoch stieg auch der Nachzug der Kinder während der 80er Jahre an. Dass die Familie eine relevante Rolle bei der Entscheidung eines Ziellandes spielt, zeigte sich auch Ende der 80er und Anfang der 90er. 56% der AusländerInnen die nach Wien migrierten, hatten dort schon Verwandte¹⁴⁷.

Der Grund, ausgerechnet nach Österreich zu migrieren, war für MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien vor allem die kulturelle Nähe¹⁴⁸.

5.4.7 Arbeitslosigkeit unter GastarbeiterInnen

Laut Weigl werden GastarbeiterInnen in Österreich nach Branchen angeworben und waren aus diesem Grund bis zu Beginn der 70er Jahre häufig im Bereich der Lederproduktion- und Verarbeitung, Textilindustrie und im Bauwesen zu finden. Diese Konzentration auf niedrige Lohnbranchen hat sich bis in die 90er Jahre weiterhin verstärkt. Nach Andreas Weigl sind GastarbeiterInnen eher bereit Arbeitsstellen mit schlechteren Arbeitsbedingungen anzunehmen, da sie selbst ihren Aufenthalt als befristet ansehen. Aus demselben Grund haben sie auch weniger Motivation mit dem verdienten Geld ihre Lebenssituation in Österreich zu verbessern, sondern investieren es eher in ihrer Heimat¹⁴⁹. Diese Tatsache erklärt auch die hohe Beschäftigung von ArbeitsmigrantInnen während der Wirtschaftskrise, da ArbeitsmigrantInnen auch Berufe mit schlechter

146 Vgl. Weigl 2009, 42- 43.

147 Vgl. Weigl 2009, 43-44.

148 Vgl. Weigl 2009, 89.

149 Vgl. Weigl 2009, 66-67.

Bezahlung und schlechten Bedingungen annahmen und ÖsterreicherInnen diese „AusländerInnenarbeitsplätze“ auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten nicht übernehmen wollten¹⁵⁰.

In den 60er Jahren lebten keine arbeitslosen MigrantInnen in Österreich, da ihr Aufenthaltsrecht an eine Arbeit gebunden und arbeitslose MigrantInnen daher das Land verlassen mussten. Als es 1973 zur ersten Ölkrise kam, konnte ein Anstieg der Arbeitslosigkeit unter der in- und ausländischen Bevölkerung durch Gegenmaßnahmen des Staates (Investitionen und staatliche Betriebe) zum Großteil abgefedert werden. Damals lag die Arbeitslosenquote unter den ArbeitsmigrantInnen zwischen 2-3%. Zu Beginn der 80er Jahre stieg aber die Zahl der arbeitslosen MigrantInnen auf 6% an. Zu einem enormen Anstieg an arbeitslosen MigrantInnen kam es aber erst durch eine Migrationswelle aus den östlichen Nachbarländern, durch das Öffnen der Grenzen sowie durch Flüchtlingsströme aus Bosnien- Herzegowina. Betrachtet man aber die europäische Situation der Arbeitslosigkeit, fällt auf, dass sich in Österreich der Prozentsatz der ausländischen Arbeitslosen nicht wesentlich von jenem der inländischen Arbeitslosen unterscheidet. Im Jahr 1997 lag die Anzahl der ausländischen Arbeitslosen beim 1,2-fachen der inländischen Arbeitslosen. In dem Text von Fassmann, Münz und Seifert wird dazu angegeben, dass dies untypisch sei, da die ausländischen Arbeitskräfte niedriger qualifiziert wären. Als Begründung dafür wird genannt, dass man als ausländische Arbeitskraft in Österreich bei längerer Arbeitslosigkeit wesentlich schneller das Land verlassen muss als in anderen europäischen Ländern¹⁵¹.

5.5 Veränderung innerhalb der Bevölkerung durch Migration

MigrantInnen beeinflussen die Gesellschaften in den Zielländern und umgekehrt. Das Einwirken von MigrantInnen auf die österreichische Bevölkerung soll hier an Hand einiger beispielhaften Aspekte gezeigt werden.

5.5.1 Veränderungen nach Geschlechtern

Migration wirkt sich auf die demographische Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung aus. Zu Beginn der Migrationswellen fiel ein Anstieg des Männeranteils auf, da sie die ersten waren, die als Arbeiter nach Österreich kamen. Erst als sie ihre Familien

150 Vgl. Friedl 2005, 44.

151 Vgl. Fassmann/ Münz/ Seifert 1999, 100- 103.

nachholten veränderte sich dies wieder¹⁵². Die Situation hat sich auch abgesehen vom Familiennachzug reguliert, da früher die meisten ausländischen Arbeitskräfte in „frauenuntypischen“ Berufen gesucht wurden (z. B.: schwere körperlicher Arbeit). Doch im Laufe der Zeit wurden auch Arbeitskräfte für den Dienstleistungsbereich benötigt, der unter anderem aufgrund der schlechten Bezahlung von Männern nicht angestrebt wird¹⁵³.

Lebhart und Marik- Lebeck geben an, dass zwar mehr Männer als Frauen nach Österreich migrieren, aber dafür auch mehr Männer als Frauen wieder von Österreich emigrieren. Schlussendlich bleiben also mehr ausländische Frauen als Männer in Österreich. Besonders von jenen zehn Staaten, die erst bei der EU- Erweiterung 2004 Mitglieder der Union wurden ist der Unterschied deutlich zu erkennen. Von diesen ZuwanderInnen waren ungefähr 60% weiblich¹⁵⁴.

5.5.2 Bevölkerungswachstum

Ein weiterer wichtiger demographischer Effekt der Migration auf die österreichische Bevölkerung ist die Auswirkung auf das Bevölkerungswachstum. Die österreichische Bevölkerungsentwicklung durch Geburten und Sterbefällen ist rückläufig. Durch die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung wächst aber die Bevölkerung in Österreich zwischen 2002 und 2005 trotz der negativen natürlichen Bevölkerungsbilanz (Geburten und Sterbefälle). Durch Wanderung ergibt sich zwischen 2002 und 2005 im Durchschnitt pro Jahr ein Plus von 42.400 Personen. Doch die Berechnung des Durchschnitts ist nur theoretisch, da die Zahlen pro Jahr stark schwanken. Diese 42.400 Personen entsprechen einem Anstieg der österreichische Wohnbevölkerung durch Migration um 0,5%¹⁵⁵. In der selben Zeit hatte Österreich ein Geburtenplus von 2.400 Personen. Dabei muss aber beachtet werden, dass die Geburten der österreichischen Bevölkerung um 5.100 zurückgingen und jene der ausländischen Bevölkerung um 7.500 angestiegen sind. Auch das Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung von 42.400 MigrantInnen pro Jahr zwischen 2002 und 2005 konnte den Bevölkerungsrückgang der ÖsterreicherInnen ausgleichen¹⁵⁶. Dass in diesen Jahren, trotz des Rückgangs der Geburten der ÖsterreicherInnen, die Zahl der InländerInnen steigen konnte, liegt an den

152 Vgl. Fassmann/ Münz/ Seifert 1999, 99.

153 Vgl. Fassmann/ Münz/ Seifert 1999, 100- 103.

154 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 156.

155 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 147.

156 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 175.

Einbürgerungen. Diese lagen 2004 bei 5,4% und 2005 bei 4,4%¹⁵⁷.

5.5.3 Multikulturelle Vielfalt

Betrachtet man die Herkunftsländer der MigrantInnen, die nach Österreich kommen, erkennt man, dass der Großteil der Zuwanderungen nach Österreich aus den EU- Ländern erfolgt. Dabei sind Deutsche die größte Gruppe. Sie stellen ca. 78% der Zugewanderten aus EU-14 Staaten dar. Gefolgt von PolInnen. Dabei muss aber erwähnt werden, dass sich die Migration von PolInnen nach Österreich durch den Beitritt Polens zur EU stark erhöht hat¹⁵⁸.

Im Jahr 2002 kam die größte Gruppe von MigrantInnen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens nach Österreich. Davon die meisten (über 5.000) aus Serbien und Montenegro gefolgt von Bosnien und Herzegowina mit ca. 2.000 Menschen. Bis in das Jahr 2005 blieben MigrantInnen aus ex- jugoslawischen Ländern die größte Einwanderungsgruppe in Österreich. Die zweitgrößte Gruppe an MigrantInnen kam 2002 aus der Türkei. Die EU- 14 Staaten belegten Platz 3 mit einem, bereits erwähnten, eindeutigen Fokus von Deutschland. 2003 kamen mehr MigrantInnen aus den EU- 14 Staaten und dem übrigen Europa (Bulgarien, Rumänien, Russische Föderation und Ukraine) als aus der Türkei nach Österreich. Im folgenden Jahr überholten die MigrantInnen des übrigen Europas zahlenmäßig jene der EU- 14 Staaten. Erst im Jahr 2005 verändert sich dieses Verhältnis. An Platz 1 stehen nun die EU- 14 Staaten mit Deutschland an der Spitze, gefolgt von Platz 2 mit Ex- Jugoslawien mit Serbien und Montenegro an der Spitze und Platz 3 mit den EU-10 Staaten (Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn)¹⁵⁹. In Österreich lebten laut Stand 2007 297.000 AusländerInnen, die aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens stammen, mit Ausnahme von Slowenien. Davon kamen 46% aus Serbien und Montenegro, 19% aus Kroatien, 2% aus Mazedonien und 29% aus Bosnien und Herzegowina. Das entspricht einer absoluten Zahl von 86.000 BosnierInnen, die in Österreich leben¹⁶⁰.

157 Vgl. Bauer 2008, 9.

158 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 148- 149.

159 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 150.

160 Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 168.

5.5.4 Veränderung des Bildungsniveaus

Die Arbeitsbereiche in denen die jugoslawischen GastarbeiterInnen gebraucht wurden waren zu Beginn im Bereich der Industrie, Gewerbe und Gastgewerbe. Ab Ende der 60er Jahre dann eher in Land- und Bauwirtschaft¹⁶¹. Grund für die Konzentration der GastarbeiterInnen in Niedriglohn- Branchen war nicht nur die Benachteiligung von MigrantInnen, sondern auch ihr unterdurchschnittlicher Bildungsstand. Das Anwerben als GastarbeiterInnen erfolgte ohne Berücksichtigungen der Ausbildung. Das Resultat war, dass im Jahr 1971 beispielsweise 10% der GastarbeiterInnen aus Jugoslawien keinen Schulabschluss hatten. Ab den 80er Jahren wies die Gesamtheit der MigrantInnen einen höheren Bildungsstand auf. Zwischen 1985 und 1991 waren nur mehr ein Drittel aller MigrantInnen ohne Schulabschluss. Ab 1991 lag der Anteil unter 30%¹⁶².

Laut Angaben der Statistik Austria aus dem Jahr 2005 bestehen Unterschiede zwischen AusländerInnen aus den EU- 15 Staaten und anderen Staaten sowie im Vergleich beider Gruppen mit der österreichischen Bevölkerung. Vergleicht man beispielsweise die Häufigkeit an AkademikerInnen der ÖsterreicherInnen (7,4%) und der MigrantInnen aus den EU- 15 Staaten (22,4%), erkennt man, dass MigrantInnen aus den EU- 15 Staaten im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau haben als die österreichische Bevölkerung. Die MigrantInnen aus dem restlichen Ausland liegen mit einem AkademikerInnenanteil von 5,5% unter dem österreichischen Durchschnitt¹⁶³. Bei den MigrantInnen aus dem restlichen Ausland stechen vor allem jene aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien (Serbien und Montenegro) heraus. Der AkademikerInnenanteil bei den MigrantInnen aus der Türkei liegt bei 1,89% und bei jenen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 2,14%. Beim Anteil der MaturantInnen liegen jene aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 5,52% etwas über dem Teil der TürkinInnen mit 3,72%. Im Gegensatz dazu ist bei beiden Bevölkerungsgruppen der Anteil jener, die nur eine allgemein bildende Schule abgeschlossen haben, sehr hoch. 62,19% der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und 81,95% der TürkinInnen¹⁶⁴.

161 Vgl. Weigl 2009, 42.

162 Vgl. Weigl 2009, 69.

163 Vgl. Leibetseder 2006, 30.

164 Vgl. Leibetseder 2006, 31.

5.5.5 Veränderung des Anteils der ausländischen Bevölkerung

Im Jahr 1961 entsprach der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Österreich 1,4%. Nach der Phase der GastarbeiterInnen- Anwerbung und der darauf folgenden restriktiven Migrationspolitik lebten 1981 4% AusländerInnen in Österreich. In den folgenden Jahren stieg dieser Anteil weiterhin an. Während er 1990 bei 5% lag, stieg er in den folgenden 4 Jahren auf 8% an. Bis 2007 erreichte der AusländerInnenanteil 10%, davon stammen ein Drittel aus den Ländern der EU. Ein weiteres Drittel dieser in Österreich lebenden AusländerInnen kommt aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, mit Ausnahme von Slowenien, da dies bereits EU- Mitglied ist. Die größte Gruppe an AusländerInnen in Österreich stammt aus Serbien und Montenegro, gefolgt von Deutschen und TürkinInnen. Den 4. Platz belegen BosnierInnen und dahinter KroatInnen¹⁶⁵. Die GastarbeiterInnen aus Jugoslawien waren ein wichtiger Teil der gesamten GastarbeiterInnen- Migration nach Österreich. Der Anteil an JugoslawInnen, der in Österreich lebte, stieg mit den Jahren an. 1961 waren nur 4,5% der ausländischen Bevölkerung aus Jugoslawien. 10 Jahre später waren es schon 44,5%. Während der 70er Jahre wurde Österreich das zweit wichtigste Zielland für ArbeitsmigrantInnen aus Jugoslawien. 1970 lebten 9% der jugoslawischen GastarbeiterInnen in Österreich. 3 Jahre später waren es schon 23%. Aufgrund der wirtschaftlichen Verschlechterung, der durch die Ölkrise bedingt war, sank der Wert bis 1983 auf 13%¹⁶⁶.

Die anteilige Verteilung der jugoslawischen GastarbeiterInnen bestand am Anfang der 70er Jahre zu 42% aus SerbInnen, 28% BosnierInnen, 15% KroatInnen und 10% SlowenInnen. In den folgenden Jahren bis 1983 stiegen sowohl der serbische als auch der bosnische Anteil, wohingegen der slowenische Anteil stark sank¹⁶⁷.

5.6 Heutige Migrationsströme in Österreich

Wie in den vorigen Kapiteln gezeigt wurde, hat sich die Migrationspolitik in Österreich verändert, beziehungsweise verschiedene Phasen durchlaufen. In diesem Kapitel soll durch verschiedene Eckpunkte die heutige (momentane) Phase in Österreich dargestellt werden.

¹⁶⁵ Vgl. Lebhart/ Marik- Lebeck 2007, 166- 168.

¹⁶⁶ Vgl. Weigl 2009, 40.

¹⁶⁷ Vgl. Weigl 2009, 41.

5.6.1 Selbstbild Österreichs

Laut der Volkszählung des Jahres 2001 lag der Anteil der österreichischen Bevölkerung die im Ausland geboren wurde bei 12,5%. Zusätzlich ist es auch zu einer höheren Anzahl von Einbürgerungen gekommen. Im Jahr 2003 wurden seit den 50er Jahren wieder mehr als 40.000 Menschen in Österreich eingebürgert. Diese Entwicklung ist aber zu einem großen Teil dadurch zu erklären, dass viele MigrantInnen die Anfang der 90er nach Österreich kamen, sich zu dieser Zeit bereits 10 Jahre in Österreich aufhielten und daher das Recht auf Einbürgerung hatten¹⁶⁸.

Österreichs Selbstbild war bis in die 90er Jahren, kein Einwanderungsland zu sein. Die Statistiken sprachen zwar zahlenmäßig dagegen, doch machte Österreich in Bezug auf Integration und den Umgang mit MigrantInnen deutlich, kein Einwanderungsland sein zu wollen. Die Migrationsgruppen, die nach Österreich gekommen sind, sind zum einen GastarbeiterInnen und später deren Familien, die hauptsächlich aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Griechenland und Italien kamen, weiters ArbeitsmigrantInnen aus Mittel- und Osteuropa, Flüchtlinge des Jugoslawienkrieges ebenso wie Flüchtlinge aus Krisengebiete in Asien und Afrika¹⁶⁹.

5.6.2 Anteil der MigrantInnen

Zwischen 2002 und 2005 kamen im Durchschnitt 15.000 EU- BürgerInnen pro Jahr nach Österreich von denen 60% aus EU- Staaten kamen, die bereits vor 2004 Mitglied der Union waren. Nur die restlichen 40% kamen aus den neuen EU Staaten¹⁷⁰.

15% aller in Österreich lebenden Menschen wurden im Ausland geboren. Im Vergleich dazu, wie bereits zuvor erwähnt, beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung 10%. Diese Differenz ergibt sich durch die Einbürgerung, die im Ausland geborene Menschen nicht mehr als AusländerInnen aufscheinen lässt, aber der Migrationshintergrund durch das Geburtsland ersichtlich ist. Mit 15% im Ausland geborenen Menschen, das entspricht 1.236 Millionen in absoluten Zahlen, gilt Österreich als ein Land mit einem sehr hohen Anteil, der sogar jenen von den USA übertrifft (Stand 2002: 11%¹⁷¹). Weitere 116.000 Menschen wurden zwar in Österreich geboren, besitzen aber keine österreichische

168 Vgl. IOM 2004, 16.

169 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 33.

170 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 148.

171 Vgl. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=040309, 13.12.2009, 19:20.

Staatsbürgerschaft. Jedoch können in dieser Betrachtung Kinder, die in Österreich geboren wurden, aber nur einen Elternteil ohne österreichische Staatsbürgerschaft haben, nicht erfasst werden. 57% der aus dem Ausland nach Österreich migrierten Menschen gelten als MigrantInnen mit primärem Migrationshintergrund. 9% sind Menschen mit sekundärem Migrationshintergrund, da sie meist bereits in Österreich geboren wurden, aber noch keine österreichische Staatsbürgerschaft hatten. 43% werden als Menschen mit tertiärem Migrationshintergrund bezeichnet¹⁷².

5.6.3 Regionale Verteilung

42% der zwischen 2002 und 2005 nach Österreich gekommenen MigrantInnen hatten Wien zu ihrem Ziel gemacht. Über 10.000 MigrantInnen zogen jährlich nach Ober- und Niederösterreich, von denen ca. 6.000 dort blieben. Wenn man die MigrantInnen nach ihrer Herkunft unterteilt, dann ergibt dies, dass Staatsangehörige der alten EU- Staaten zwischen 2002- 2005 vor allem Graz, Salzburg und in die touristischen Teile von Westösterreich zum Ziel hatten. Die Angehörigen der 2004 der EU beigetretenen EU- Staaten und jene BürgerInnen des ehemaligen Jugoslawiens migrierten hauptsächlich nach Wien und in dessen Umland. Nur ein geringer Teil hatte Graz, Linz und Salzburg als Ziel. MigrantInnen aus der Türkei wollten hauptsächlich nach Wien und Vorarlberg¹⁷³.

In Wien und Niederösterreich sind TürklInnen die größte MigrantInnengruppe. In Kärnten, Salzburg, Steiermark und Tirol stellen die Deutschen die größte Zahl an MigrantInnen. Im Burgenland sind dies UngarInnen. In Wien kommen die meisten MigrantInnen aus Serbien, während es in Oberösterreich BosnierInnen sind¹⁷⁴.

172 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 168- 171.

173 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 159- 160.

174 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 180.

6. Rechtliche Lage für MigrantInnen in Österreich

MigrantInnen, die ohne österreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich leben, haben weniger sozioökonomische Rechte als ÖsterreicherInnen. Dieser Unterschied zwischen der österreichischen und nicht-österreichischen Bevölkerung wird unter anderem auf den Arbeitsmarkt, bei den geringeren Möglichkeiten zur Familienzusammenführung, der Erlangung von langzeitigen Aufenthaltsgenehmigungen und der schlecht umgesetzten Anti-Diskriminierungsregelungen spürbar¹⁷⁵. Weitere Nachteile findet man im Bereich der Bildung, da für „Nicht-ÖsterreicherInnen“, die nicht aus EU-Ländern stammen, die Studiengebühren sehr hoch sind. Außerdem ist die Arbeitserlaubnis an eine bestimmte Arbeitsstelle geknüpft, mit dem Resultat, dass im Falle eines Arbeitsplatzwechsels eine neue Arbeitserlaubnis beantragt werden muss¹⁷⁶. Die rechtliche Situation der MigrantInnen in Österreich ist wichtig, um zu erkennen in welchen Punkten in Österreich lebende AusländerInnen gegenüber ÖsterreicherInnen benachteiligt sind beziehungsweise ob es Tendenzen zu einer Gleichstellung beider Gruppen gibt.

In diesem Kapitel soll ganz kurz die österreichische Rechtslage in Bezug auf Migration dargestellt werden. Vor allem die Bereiche Arbeit, Aufenthalt beziehungsweise Zuwanderung und die rechtlichen Bedingungen für die Einbürgerung in Österreich erschienen mir essentiell. Eine ausführliche Abhandlung ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

6.1 Arbeitsrechte

6.1.1 Inländerarbeitsschutzgesetz

1925 entstand in Österreich als Folge der Massenarbeitslosigkeit das Inländerarbeitsschutzgesetz. Dieses Gesetz, das eigentlich zeitlich begrenzt sein sollte, ließ ausländische Arbeitskräfte nur mit einer Beschäftigungsbewilligung legal in Österreich arbeiten. 1941 wurde dieses Gesetz verschärft, als die „Verordnung über ausländische Arbeitskräfte“ beschlossen wurde und blieb auch nach dem Krieg weiterhin bestehen. Dieses Gesetz verpflichtet den/ die ArbeitgeberIn, der/ die eineN AusländerIn beschäftigt

¹⁷⁵ Vgl. Mourao Permoser/Rosenberger 2009, 150.

¹⁷⁶ Vgl. Mourao Permoser/Rosenberger 2009, 152.

über eine Beschäftigungsgenehmigung zu verfügen, sowie den/ die AusländerIn eine Arbeitserlaubnis zu besitzen. Diese waren nur für 12 Monate gültig und an eine bestimmte Stelle gebunden. Durch die Veränderung der wirtschaftlichen Lage und die Notwendigkeit an ausländischen Arbeitskräften, wurden diese Bestimmungen, zum Teil auch auf Druck der Unternehmen, gelockert ¹⁷⁷.

6.1.2 Ausländerbeschäftigungsgesetz

Das Recht auf Arbeit wird in Österreich durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz geregelt, das es seit 1975 in Österreich gibt.¹⁷⁸ Um ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Österreich arbeiten zu dürfen, gibt es laut dem Ausländerbeschäftigungsgesetz drei verschiedene Möglichkeiten: Beschäftigungsbewilligung, Arbeitserlaubnis und Befreiungsschein¹⁷⁹.

Der Befreiungsschein gilt als die beste Form der möglichen Arten von Arbeitserlaubnis. Durch diesen erhält man ein fünfjähriges Recht zu arbeiten und kann den Befreiungsschein danach verlängern, falls man während der letzten fünf Jahre mindestens zweieinhalb Jahre gearbeitet hat¹⁸⁰. Mit einem Befreiungsschein haben AusländerInnen die selben Rechte am Arbeitsmarkt wie ÖsterreicherInnen. Mit dem Besitz eines Befreiungsscheins kann man Beruf, Ort der Arbeit sowie ArbeitgeberIn jederzeit wechseln¹⁸¹.

Die Kriterien um einen Befreiungsschein zu erarbeiten waren streng. Da man dadurch rechtlich mit den ÖsterreicherInnen am Arbeitsmarkt gleichgestellt war, war ein Befreiungsschein nur für wenige zugänglich. Im Jahr 1976 konnten die Bedingungen, die zum Erlangen des Befreiungsscheins führten von 172.000 ArbeitsmigrantInnen nur 10.000 erfüllen¹⁸². Ursprünglich konnte der Status des Befreiungsscheins, der die Erlaubnis zu arbeiten nicht mehr auf einen bestimmten Arbeitsplatz festlegte, erst nach achtjährigen Arbeitens in Österreich, das nicht länger als vier Wochen unterbrochen werden durfte, erreicht werden.¹⁸³

177 Vgl. Weigl 2009, 36- 37.

178 Vgl. Nowotny 2007, 47- 48.

179 Vgl. Polgar 2002, 53.

180 Vgl. Cinar/ Davy/ Waldrausch 1999, 58.

181 Vgl. Polgar 2002, 57.

182 Vgl. Kainz 2005, 37.

183 Vgl. Nowotny 2007, 47- 48.

Durch die Novellierungen ab 1988 wurde der Status von Menschen, die sich schon lange in Österreich aufhalten sowie von in Österreich aufgewachsenen Kindern aufgewertet. Ihre Möglichkeiten einen Befreiungsschein zu erlangen wurden durch die Erneuerungen der Gesetze vereinfacht. Andererseits wurden die Möglichkeiten auf legales Arbeiten für erst seit kurzem in Österreich lebende MigrantInnen erschwert¹⁸⁴.

Im Gegensatz zum Befreiungsschein gilt die Beschäftigungsbewilligung, die jene beantragen, die zum ersten Mal in Österreich arbeiten wollen, als der „schlechteste“ Status. Diese gilt höchstens ein Jahr und ist auf einen bestimmten Arbeitsplatz beschränkt, was die Position der MigrantInnen insofern schwächt, als dass ihre Erlaubnis in Österreich zu arbeiten an einen bestimmten Arbeitsplatz gekoppelt ist und sie deshalb dem/der ArbeitgeberIn ausgeliefert sind, um ihre Beschäftigungsbewilligung nicht zu verlieren. Dieses restriktive Gesetz wird nur dadurch kompensiert, dass man nach einem Jahr ununterbrochene Beschäftigung eine Arbeitserlaubnis erhalten kann. Diese ist maximal zwei Jahre gültig, jedoch ist sie, im Gegensatz zur Beschäftigungsbewilligung, nicht auf einen bestimmten Arbeitsplatz beschränkt¹⁸⁵. Diese Beschränkungen des Beschäftigungsgesetzes gilt nicht für BürgerInnen der EU¹⁸⁶.

6.2 Aufenthaltsrechte

Je länger der Aufenthalt eines Ausländers/ einer Ausländerin in Österreich dauert, desto schwieriger ist es, ihn/ sie wieder auszuweisen. Lebt einE AusländerIn seit fünf Jahren rechtmäßig in Österreich, kann er/sie auf Grund von mangelnder Krankenversicherung oder dem Fehlen eines gesicherten Lebensunterhaltes nicht mehr ausgewiesen werden. Nach einem acht Jahre langen Aufenthalt, der ununterbrochen und rechtmäßig ist, ist eine Ausweisung nur mehr bei Straffälligkeit möglich. Nach zehn Jahren rechtmäßigen Aufenthaltes kommt es nur mehr durch eine unbedingte Freiheitsstrafe von über einem Jahr zu einer Ausweisung. AusländerInnen die in Österreich aufgewachsen sind und die Hälfte ihres Lebens hier verbracht haben können nicht ausgewiesen werden¹⁸⁷.

Das Aufenthaltsgesetz von 1992, das ab 1993 in Kraft trat, beinhaltete eine Gesamtquote für die Anzahl an „neuen“ MigrantInnen. Bis 1995 wurden dabei auch im Inland geborene

184 Vgl. Kainz 2005, 43.

185 Vgl. Cinar/ Davy/ Waldrausch 1999, 58.

186 Vgl. Weigl 2009, 57- 58.

187 Vgl. Polgar 2002, 52- 53.

Kinder von MigrantInnen mitgezählt. Weitere Richtlinien waren unter anderem, dass Einwanderungsanträge ausschließlich aus dem Ausland zu stellen wären, um zu verhindern, dass potentielle MigrantInnen als TouristInnen einreisen und erst im Inland einen Antrag auf Aufenthalt stellen¹⁸⁸. Die Quotenregelung enthielt zuerst nur eine Obergrenze für neue MigrantInnen, die noch keine Verwandten in Österreich hatten. 1994 entstand dann auch die Quotenregelung für Familienzusammenführung. Durch diese Quote kam es dazu, dass die „Plätze“ für MigrantInnen in Österreich sehr stark begrenzt waren und dass Menschen zum Teil fünfjährige Wartefristen auf sich nehmen mussten. Zusätzlich widerspricht diese Quote mit der Familie beziehungsweise auf Familienzusammenführung und dem Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention¹⁸⁹.

Bedingungen, um eine Aufenthaltsbewilligung zu bekommen waren ein gesichertes Einkommen, eine „ortsübliche Unterkunft“ und eine Arbeitsmarktsituation, die dies erlaubt. Als „ortsübliche Unterkunft“ gilt eine Wohnung, in der pro Person zehn m² zur Verfügung stehen. Dies kann dazu führen, dass Familiennachwuchs auf Grund der Wohnsituation zum Verlust der Aufenthaltsbewilligung führt¹⁹⁰. Dazu muss allerdings erwähnt werden, dass auch nicht alle ÖsterreicherInnen laut dieser Definition über eine ortsübliche Unterkunft verfügen. Von den Einschränkungen des Aufenthaltsgesetzes sind BürgerInnen der EU ausgenommen¹⁹¹.

6.2.1 Das Fremdenengesetz

Das Fremdenpolizeigesetz, das 1954 in Kraft trat, wurde 1993 vom Fremdenengesetz abgelöst. Das Fremdenengesetz bestimmt seither die Einreise, den Aufenthalt und seine Bedingungen¹⁹².

Im Fremdenengesetz wird zwischen der Erlaubnis von Aufenthalt und Niederlassung unterschieden. Eine Aufenthaltserlaubnis benötigen Menschen, die nur eine bestimmte Zeit in Österreich leben möchten. Für einen Aufenthalt von unbestimmter Dauer in Österreich benötigt man eine Niederlassungsbewilligung. Für beide müssen bestimmte

188 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 733- 734.

189 Vgl. Leibetseder 2006, 8.

190 Vgl. Kainz 2005, 47.

191 Vgl. Weigl 2009, 57- 58.

192 Vgl. Kainz 2005, 46- 47.

Voraussetzungen erfüllt werden, wie den Antrag im Ausland zu stellen, gültige Reisedokumente, eine ortsübliche Unterkunft, Mittel für den Unterhalt, Krankenversicherung, Gesundheitszeugnis, die Einhaltung von Integrationsvereinbarungen sowie die Verfügbarkeit eines Quotenplatzes¹⁹³.

1995 wurde ein Gesetzesentwurf vorgestellt, das sogenannte „Integrationspaket“. 1997 wurde daher das Fremdenrecht erneut novelliert und trat zu Beginn des Jahres 1998 in Kraft. Doch das Ergebnis war nicht an Integration orientiert, da diese Veränderungen zu einer Verschlechterung der Situation der MigrantInnen geführt haben¹⁹⁴. Das Fremdenrecht von 1997 sah vor, die ansässigen MigrantInnen zuerst zu integrieren, bevor weitere MigrantInnen eingebürgert werden sollten. Dies begünstigte zwar jene MigrantInnen, die bereits in Österreich eingebürgert waren, verschlechterte aber, durch die neue restriktivere Immigrationspolitik, die Lage der AnwärterInnen¹⁹⁵. Im neuen Fremdenrecht wurden das Aufenthaltsgesetz, das die Niederlassung regelt und das Fremdenrecht, das die Zuwanderung regelt zusammengeführt. Die Möglichkeiten auf die Zusammenführung von Familien wurden erneut erschwert. Sobald man nach Österreich migriert, muss man bekanntgeben wieviele Familienmitglieder nachkommen werden. Dies muss innerhalb eines Jahres nach dem Stellen des Antrags erfolgen. Durch die eingeführte Quote für Zuwanderung ist Migration nach Österreich seit 1997 schwieriger geworden. Ein Großteil der Zuwandernden besteht aus Familienmitgliedern von bereits in Österreich lebenden Menschen. Abgesehen davon wird das Kontingent für StudentInnen und FacharbeiterInnen aus dem Ausland aufgebraucht¹⁹⁶.

Zu einer weitreichenden Neuordnung des Fremdenrechts kam es durch das Fremdenrechtspaket 2005. Das Fremdenrecht von 1997 wurde durch das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz ersetzt¹⁹⁷.

Je nach Zweck können unterschiedliche Niederlassungsbewilligungen vergeben werden. Die „Niederlassungsbewilligung Schlüsselkraft“ kann von selbstständigen und unselbstständigen Schlüsselkräften in Anspruch genommen werden und ermöglicht einen Aufenthalt von höchstens 18 Monaten. Die Voraussetzung für eine anschließende

193 Vgl. Evrensel/ Höbart 2004, 40.

194 Vgl. Kainz 2005, 48.

195 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 733- 734.

196 Vgl. Kainz 2005, 49.

197 Vgl. Nowotny 2007, 66.

unbeschränkte Niederlassungsbewilligung ist, dass man 12 Monate lang als Schlüsselkraft gearbeitet hat. Um als Schlüsselkraft arbeiten zu können, braucht man eine gewisse Qualifikation und muss am österreichischen Arbeitsmarkt benötigt werden. Weiters muss der Lohn pro Monat 2.358 Euro brutto betragen. Die „Niederlassungsbewilligung ausgenommen Erwerbstätigkeit“ schließt, wie der Name schon sagt Erwerbstätigkeit in Österreich aus. Die „unbeschränkte Niederlassungsbewilligung“ ist eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltsberechtigung. Bei dieser Art der Niederlassung darf man jeder Beschäftigung nachgehen. Zielgruppe hierfür sind vor allem EhepartnerInnen und Kinder von Menschen, die im Zuge der Familienzusammenführung mit einer Person zusammengeführt werden, die bereits Daueraufenthalt- EG, Niederlassungsnachweis, eine unbeschränkte Niederlassungsbewilligung besitzt als Flüchtling anerkannt ist. Eine weitere Voraussetzung ist zuvor ein 12 Monate langer Aufenthalt in Österreich. Der Status „Niederlassungsbewilligung beschränkt“ ermöglicht eine unselbstständige Erwerbstätigkeit nur im Rahmen des Ausländerbeschäftigungsgesetz und eines vorhandenen Quotenplatzes. Die EhepartnerInnen und minderjährigen Kinder von Drittstaatenangehörigen die sich in Österreich befinden können diese beschränkte Niederlassungsbewilligung bekommen und nach 12 Monaten eine unbeschränkte. Der Status „Daueraufenthalt EG“ gilt für Angehörige von Drittstaaten die in den letzten fünf Jahren ständig eine Niederlassungsberechtigung hatten. Trotzdem müssen die Integrationsvereinbarungen, wie Teilnahme an einem Deutschkurs, erfüllt werden. Die Niederlassung durch diesen Status ist unbefristet und der Zugang zum Arbeitsmarkt ist frei. Dieser Status kann für fünf Jahre vergeben werden und anschließend noch mal für denselben Zeitraum verlängert werden. Der Status „FamilienangehörigeR“ ist für die Familien (EhepartnerIn und minderjährige Kinder) von MigrantInnen, die bereits eine österreichische Staatsbürgerschaft haben gedacht. Zu einer Unterscheidung kommt es mit dem Status „Dauerhaft- FamilienangehörigeR“, der bei einer fünf Jahre langen Niederlassung die nicht unterbrochen wurde erteilt werden kann¹⁹⁸.

Auch das Ausländerbeschäftigungsgesetz wurde an die Regelungen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz angepasst. Dadurch ist durch einen Aufenthaltstitel ein besserer Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt möglich. Die damit einhergehende Verbesserung für MigrantInnen bezieht sich vor allem auf die nachziehenden Familien

198 Vgl. Stelzer- Orthofer/ Stadlmayr/ Siegl 2008, 34- 35

eines/einer rechtmäßig niedergelassenen und arbeitenden MigrantIn. Die Familie kann, auch wenn die Höchstzahl an Beschäftigungsbewilligungen im Bundesland schon vergeben ist, eine solche Bewilligung beantragen und bekommen. Zusätzlich können sie auch bereits nach 12 Monaten eine Arbeitserlaubnis oder einen Befreiungsschein erlangen¹⁹⁹.

6.2.2 Besonderheit: BosnierInnenengesetz

Am 1. 8. 1998 trat das BosnierInnenengesetz in Kraft. Dieses Gesetz ermöglichte Flüchtlingen aus Bosnien, die sich mittlerweile in Österreich integriert hatten, einen weiteren Aufenthalt. Doch auch für Personen, die nicht integriert waren, und denen eine Rückkehr nach Bosnien nicht zuzumuten war, wurde das Aufenthaltsrecht gelockert. Dadurch konnten sie vorübergehend in Österreich bleiben²⁰⁰.

6.3 Einreiserechte

Das österreichische Aufenthaltsgesetz und das österreichische Einreisegesetz stehen in enger Verbindung miteinander. Für Einreise nach Österreich und Aufenthalt in Österreich gibt es bestimmte Voraussetzungen für Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Diese Voraussetzungen beinhalten einen Sichtvermerk (sichtbar oder unsichtbar), die Anerkennung als Flüchtling (nach der Genfer Flüchtlingskonvention), oder keinen Sichtvermerk, falls das Herkunftsland dieser Person mit Österreich ein bilaterales Sichtvermerksabkommen hat. Für die Aufenthaltserlaubnis ist es essentiell aus welchem Grund man nach Österreich eingereist ist. Durchreisende wollen gar nicht in Österreich bleiben. Bei einem Aufenthalt von maximal drei Monaten und keinem Interesse eine Arbeit in Österreich zu finden, spricht man von einem Touristen/einer Touristin. Das Motiv von GastarbeiterInnen ist es, eine längere Zeit einer unselbstständigen Beschäftigung nachzugehen, aber eigentlich nicht auf Dauer zu bleiben und auch keine österreichische Staatsbürgerschaft annehmen zu wollen. Die letzte Unterteilung hier ist jene der EinwandererInnen. Sie möchten sich in Österreich niederlassen, arbeiten und nach der kürzest möglichen Zeit die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen. Wichtig ist der Grund für die Migration, da gewisse Gruppen wie Flüchtlinge, Familienangehörige von

199 Vgl. Leibetseder 2006, 61.

200 Vgl. Weigl 2009, 61.

ÖsterreicherInnen etc. bessere Chancen darauf haben als zum Beispiel ArbeitsmigrantInnen²⁰¹.

6.3.1 Asylgesetze

Das Asylgesetz, das 1992 in Kraft trat, führte zu einem Rückgang an AnwerberInnen. Dies hing vor allem mit der neu eingeführten Drittlandklausel zusammen, die besagt, dass Asylanträge automatisch abzulehnen sind, wenn der/ die AnwerberIn bereits zuvor ein sicheres Land passiert hat. Für Österreich bedeutet diese Regelung, dass alle AsylantInnen, die Österreich auf dem Landweg erreichen, abzulehnen sind, da sie sich bereits in einem sicheren Land befunden haben²⁰².

Diese Version des Asylgesetzes von 1992 wurde 1997 sowie 2003 novelliert. Die Novelle aus dem Jahr 2003 gilt seit dem 1. Mai 2004. Ziel dieser Novelle war es, mit der ansteigenden Zahl der AsylantInnen zurecht zu kommen und die Asylverfahren schneller abzuwickeln. Eine dieser Veränderungen ist die Vermeidung von doppelten Instanzzügen. Aus diesem Grund erfolgt eine Ausweisung auf eine abweisende Entscheidung. Eine weitere Veränderung ist das Familienverfahren. Hierbei wird eine gesamte Familie entweder abgelehnt oder aufgenommen. Weiters wird in der Erstaufnahmestelle jedem/jeder AsylwerberIn eine Rechtsberatung zur Verfügung gestellt. Diese hier erwähnten Veränderungen des Asylgesetzes sind aber nur wenige Beispiele der 43 Novellierungen seit 1997²⁰³.

Zu einer weiteren Novelle kam es 2005. Auf Grund der verstärkten verfahrens-, daten-, und organisationsrechtlichen Bestimmungen wird es auch Verfahrensgesetz genannt. Eingeführt wurde die Möglichkeit auch traumatisierte AsylwerberInnen abzulehnen, falls ein anderer Staat dafür zuständig sein sollte²⁰⁴. Das Asylverfahren bestimmt ob einE AsylantragsstellerIn als anerkannter Flüchtling in Österreich ist. Durch die Neuerungen im Asylverfahren soll dies nun schneller durchlaufen werden. Flüchtlinge aus Ländern die keine Menschenrechtsverletzungen begehen, gelten ab den 90er Jahren als „unbegründete Fälle“ und das Verfahren wird ohne genauere Überprüfung eingestellt. Auch die Drittstaatenklausel führt zu einem schnellen und negativen Abschluss des

201 Vgl. Polgar 2002, 49- 50.

202 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 733.

203 Vgl. Vogl 2007, 19- 21.

204 Vgl. Vogl 2007, 24.

Asylverfahrens, falls die Antrag stellende Person sich auf dem Weg nach Österreich bereits in einem sicheren Drittland aufgehalten hat²⁰⁵. Um das Asylverfahren zu beschleunigen wurde eine Mitwirkungsverpflichtung eingeführt. AsylwerberInnen müssen ihren Antrag begründen, die relevanten Dokumente für das Verfahren vorlegen sowie die Änderung ihres Wohnortes melden. Sollte sich einE AsylwerberIn nicht an diese Vorschriften halten, kommt es zur Ausweisung. Besonders schnell werden Asylanträge abgewickelt, die nach einer Straftat oder kurz vor Ende der Haft gestellt werden. Diese Anträge werden in der Hälfte der Zeit erledigt (in drei Monaten) und die Betroffenen können in der Zwischenzeit in Schubhaft genommen werden. Auch Verfahren, bei denen ein positiver Bescheid nicht erwartet wird, aber ein öffentliches Interesse besteht, sind schnell abzuwickeln²⁰⁶.

6.4 Erlangen der Staatsbürgerschaft

In Österreich ist der Besitz der Staatsbürgerschaft eine wichtige Voraussetzung für die rechtliche Gleichstellung zwischen ÖsterreicherInnen und MigrantInnen. In einigen Bereichen haben zwar auch MigrantInnen aus den EU-Staaten dieselben Rechte wie ÖsterreicherInnen, doch dies trifft auf Angehörige von Drittstaaten nicht zu²⁰⁷. Im Staatsbürgerschaftsgesetz, das 1998 novelliert wurde, wurde Integration als essentiell dargestellt. Die Einbürgerung soll der letzte Schritt der Integration sein. Gemessen wird die Integration auch an den Sprachkenntnissen²⁰⁸. Außerdem wurde in der novellierten Version des Gesetzes der zehnjährigen Aufenthalt in Österreich ein wichtigerer Bestandteil als zuvor. Die neue Einstellung Österreichs war daher, dass das Erlangen der Staatsbürgerschaft nicht mehr als Integrationsmaßnahme sondern als Abschluss des Integrationsprozesses gesehen wird²⁰⁹.

6.4.1 Möglichkeiten die Staatsbürgerschaft zu bekommen

Im Gegensatz zu Staaten, in denen dort geborene Kinder durch die Geburt im Land automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen (Ius Solis) gilt in Österreich das Ius

205 Vgl. Friedl 2005, 50.

206 Vgl. Vogl 2007, 25.

207 Vgl. IOM 2004, 6.

208 Vgl. Bauböck/ Perching 2006, 735.

209 Vgl. Weigl 2009, 56.

Sanguris. Dadurch haben in Österreich geborene Kinder nach einem sechsjährigen Aufenthalt zwar einen Einbürgerungsanspruch, müssen aber die selben Voraussetzung wie alle anderen erfüllen. Diese Voraussetzungen sind die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft auf Grund des Verbotes der Doppelstaatsbürgerschaft, keine Verurteilung, gesicherter Lebensunterhalt sowie eine positive Einstellung zu Österreich²¹⁰. Beim Ius Sanguris ist nicht der Ort der Geburt, sondern die Staatsbürgerschaft der Eltern ausschlaggebend²¹¹. Diese Regelung ist mitunter ein Grund für den, im Vergleich zu anderen EU Staaten, relativ hohen Anteil an AusländerInnen, da beim Ius Solis im Inland geborene Menschen mit ausländischen Eltern automatisch die Staatsbürgerschaft des Geburtslandes bekommen, beim Ius Sanguris bleiben diese jedoch „AusländerInnen“ und scheinen auch als diese in den Statistiken auf²¹².

Es gibt verschiedene Möglichkeiten für MigrantInnen, die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen. Einerseits kann man sie, wie eben erwähnt, durch die Geburt bekommen, falls einer der Elternteile die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Eine andere Möglichkeit ist durch Verleihung. Damit man die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen bekommt, muss zuerst ein Antrag gestellt werden und bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Dazu gehören ein Hauptwohnsitz, der seit mindestens 10 Jahren in Österreich ist. Weitere Voraussetzungen sind ein gesicherter Lebensunterhalt, das Fehlen von Straffälligkeiten, Kenntnisse der deutschen Sprache und nachhaltige Integration. Ein weiterer Grund für die Verleihung wäre das persönliche Interesse der österreichischen Republik an einer Verleihung²¹³. Der Verlust der österreichische Staatsbürgerschaft passiert durch das Erlangen einer anderen Staatsbürgerschaft, den Eintritt in ein anderes als das österreichische Militär, durch Entziehung und durch Verzicht²¹⁴.

6.4.2 Änderungen in der Einbürgerungspraxis

Durch die gestiegene Anzahl der Einbürgerungen kam es zwischen 1996 und 1998 zu mehreren Novellierungsvorschlägen des Staatsbürgerschaftsrechts von 1985. Die Grünen sowie das Liberale Forum wollten eine Veränderung für einen einfacheren und schnelleren

210 Vgl. Cinar 2007, 46.

211 Vgl. Weigl 2009, 49.

212 Vgl. IOM 2004, 6.

213 Vgl. Polgar 2002, 47.

214 Vgl. Polgar 2002, 49.

Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft und die Genehmigung von Doppelstaatsbürgerschaften. ÖVP und FPÖ bestanden darauf, dass MigrantInnen, die eine österreichische Staatsbürgerschaft bekommen möchten, entsprechende Deutschkenntnisse nachweisen müssen und zusätzlich eine Integrationsschule besuchen. Da in dieser Zeit ÖVP und SPÖ gemeinsam die Regierung gebildet haben, mussten sie sich zusammen auf eine Novelle einigen. Diese trat auch zu Beginn des Jahres 1999 in Kraft. Durch diese Novelle wurde ein mündliches Gespräch notwendig, das Auskunft über die Sprachkenntnisse gab. Eine weitere Verschärfung war, dass jene Freiheitsstrafe nach der eine Einbürgerung nicht mehr möglich ist von sechs auf drei Monaten reduziert wurde. Nach vier Jahren können nur mehr Konventionsflüchtlinge, EWR- BürgerInnen und bereits im Inland geborene Kinder eingebürgert werden. Nach sechs Jahren besteht die Möglichkeit auf Einbürgerung, wenn man eine nachhaltige berufliche und persönliche Integration nachweisen kann. Bei der Novelle wurde versucht den vorzeitigen Erwerb einer Staatsbürgerschaft einzuschränken und dadurch die Zahl der Einbürgerungen zu minimieren²¹⁵. Ein Rückgang der Einbürgerungen kann auch auf Grund der Novelle des Staatsbürgerschaftsrechtes 2005 prognostiziert werden, die im März 2006 in Kraft trat. Die Neuerungen der Novelle sagen vor, Menschen nicht vor einem zehnjährigen Aufenthalt in Österreich einzubürgern und die Einbürgerung als „geglückte Integration“ zu betrachten. Prinzipiell gibt es für das Erlangen der Staatsbürgerschaft, falls man keinen österreichischen Elternteil hat, die Möglichkeit des Erlangens durch Ermessen oder durch Rechtsanspruch. Für die Einbürgerung durch Ermessen gilt seit der Novelle 2005 dass zuvor eine zehnjähriger Mindestaufenthalt stattgefunden haben muss und als Neuheit von diesen zehn Jahren mindestens fünf Jahre den Bestimmungen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes erfolgt haben müssen. Zu einer weiteren Restriktion kam durch die Forderungen eines gesicherten Lebensunterhaltes, Unbescholtenheit und Sprachkenntnisse um eingebürgert werden zu können²¹⁶. Laut dem MIPEX (Migrant Integration Policy Index) belegt Österreich von den 28 untersuchten Staaten in Bezug auf Familienzusammenführung die vorletzte Stelle. Beim Punkt Anti- Diskriminierung liegt Österreich unter den EU- 15 Staaten am vorletzten Platz²¹⁷.

Im Gegensatz zu anderen Staaten, in denen die Staatsbürgerschaft am Beginn eines

215 Vgl. Cinar 2007, 41- 42.

216 Vgl. Cinar 2007, 43- 44.

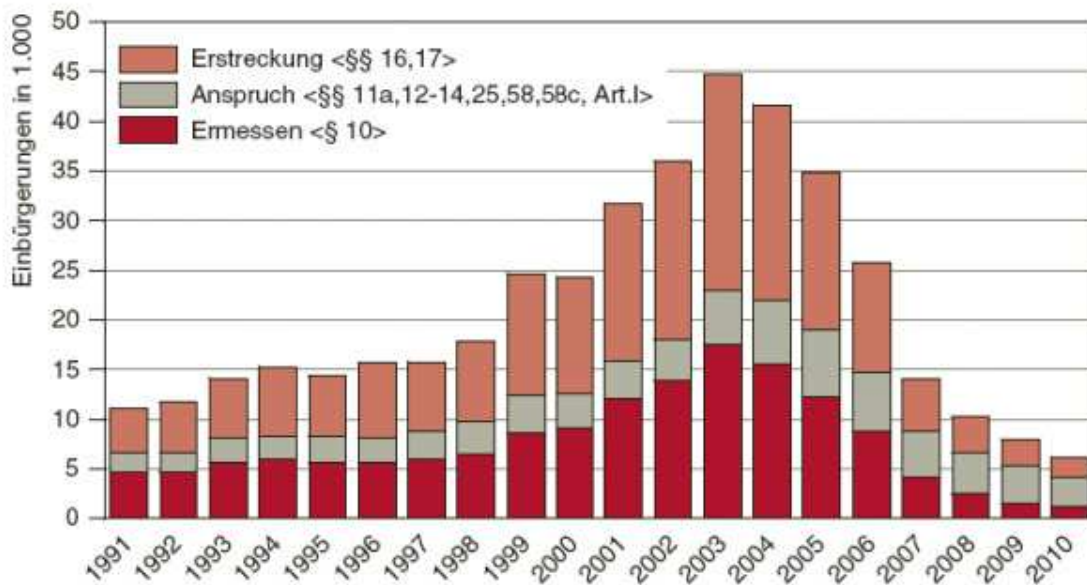
217 Vgl. Mourao Permoser/ Rosenberger 2009, 152.

Integrationsprozesses steht, soll es in Österreich eher das erfolgreiche Ende darstellen. Bis 2006 waren die Voraussetzungen, um eine österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen, dass die AnwerberInnen nicht gerichtlich verurteilt sind, eine positive Einstellung zu Österreich haben, ihr Lebensunterhalt gesichert ist und über Deutschkenntnisse verfügen, die den Lebensumständen angemessen sind. Durch die im März 2006 in Kraft getretenen Verschärfungen sind Deutschkenntnisse auf dem A2 Level in der europäischen Richtlinie, gewisse Kenntnisse über Österreich und die EU, ein nachgewiesener zehn Jahre langer Aufenthalt in Österreich, kein Bezug von Sozial- oder Notstandshilfe in den vergangenen drei Jahren. Auch gibt es keine bevorzugte Behandlung von Menschen, die mit einem/einer österreichischen/ österreichischen StaatsbürgerIn verheiratet sind, von minderjährigen bzw. in Österreich geborenen Kindern und Flüchtlingen. Für EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen besteht nach einer fünf Jahre langen Ehe und einem sechs Jahre langem Aufenthalt in Österreich die Möglichkeit auf eine Staatsbürgerschaft, für Flüchtlinge und Kindern nach sechs Jahren (früher nach vier)²¹⁸. Zwischen 2001 und 2007 wurde 215.000 AusländerInnen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen²¹⁹.

218 Vgl. Leibetseder 2006, 80- 81.

219 Vgl. Lehart/ Marik- Lebeck 2007, 173.

Eingebürgerte Personen ¹⁾ nach dem Rechtsgrund seit 1991



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der Einbürgerungen. - Erstellt am: 14.02.2011. 1) Einbürgerungen von in Österreich lebenden Ausländerinnen und Ausländern.

Abbildung 1:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/einbuergerungen/022161.html, 10.2.2011, 12:20.

6.4.3 Einbürgerungstest

Zu einer weiteren Schwierigkeit bei der Einbürgerung kam es durch die Einführung einer schriftlichen Prüfung, in der das politische System und die österreichische Geschichte abgefragt werden. Der Test besteht aus 18 Fragen, wobei je ein Drittel zur demokratischen Ordnung Österreichs, zur Geschichte Österreichs und zum Bundesland in dem der/ die AntragsstellerIn eingebürgert werden möchte, gestellt werden²²⁰. Zusätzlich zu einem vorangegangenen zehn Jahre langen Aufenthalt sowie dem positiv absolvierten Einbürgerungstest müssen MigrantInnen für die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft pro Person 900 Euro an Gebühren bezahlen zuzüglich der Gebühren des einzelnen Bundeslandes²²¹.

²²⁰ Vgl. Cinar 2007, 43- 44.

²²¹ Vgl. Stelzer- Orthofer/ Stadlmayr/ Siegl 2008, 37.

III. Integration

Dieses Kapitel ist in zwei Teile gespalten. Einerseits Integration in Österreich und andererseits Fremdenfeindlichkeit in Österreich. Meiner Meinung nach sollte Integration ein Prozess sein, der sowohl von den MigrantInnen als auch von den ÖsterreicherInnen gewollt und angestrebt wird. Aus diesem Grund muss auch die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu den MigrantInnen analysiert werden. Der Versuch, sich in einem Land zu integrieren wird mit Sicherheit wesentlich schwieriger und ernüchternder, wenn den MigrantInnen durch vorhandene Fremdenfeindlichkeit permanent Ablehnung entgegen schlägt.

7. Integration in Österreich

Hartmut Esser definiert Integration etymologisch als *„Zusammenhang von Teilen in einem über Interdependenzen definierten systematischen Ganzen“*²²². Für Esser gibt es drei Ebenen des Integrationsprozesses. Die Ebene der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die von der Politik vorgegeben wurden, die Integration in das System durch beispielsweise Arbeit und Wohnung und die Ebene der Sozialintegration²²³.

Von den EU Organen wird Integration als *„gegenseitiger Prozess basierend auf gleichen Rechten und Pflichten der rechtmäßig in einem Mitgliedsstaat ansässigen Drittstaatenangehörigen und der Gesellschaft des Gastlandes ... , der auf die umfassende Partizipation der Einwanderer abzielen“*²²⁴ verstanden.

Bei der Integration und den Rechten von MigrantInnen wird zwischen EU- BürgerInnen und Angehörigen von sogenannten Drittstaaten unterschieden, wobei die erste Gruppe bessere Chancen auf Integration hat. Im Jahr 1999, vor der großen EU- Erweiterung, waren 88% der MigrantInnen in Österreich Angehörige von Drittstaaten²²⁵.

Die Vorgaben für Integration werden mittlerweile nicht mehr von den einzelnen Staaten definiert, sondern auf EU- Ebene festgelegt. MigrantInnen, die von einem EU- Land in ein

²²² Esser 2001, 1 zit. n. Weigl 2009, 50.

²²³ Vgl. Weigl 2009, 51.

²²⁴ Mitteilung der Kommission über Einwanderung, Integration und Beschäftigung, KOM (2003) 336: 18 zit. n. Thienel 2007, 85.

²²⁵ Vgl. Cinar/ Davy/ Waldrausch 1999, 43.

anderes EU- Land migrieren haben auf Grund der Verträge zwischen diesen Staaten gewisse Rechte: freier Waren- und Dienstleistungsverkehr, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Freiheit auf Niederlassung und die Freiheit von Kapital. Dadurch kommt es zu einer gewissen Gleichstellung zwischen InländerInnen und MigrantInnen aus einem anderen EU- Land. Drittstaatenangehörige haben diese gemeinsamen Rechte nicht²²⁶.

Rudolf Thienel beschreibt die Grundlage für Integration als den rechtmäßigen Aufenthalt im Land und der Besitz einer Aufenthaltsberechtigung, sowie das Fehlen eines Tatbestandes, der den Aufenthalt gefährden könnte. Das Essentielle daran ist, dass es ohne einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus keine Möglichkeit gibt legal in Österreich zu arbeiten oder Sozialleistungen zu beziehen²²⁷.

Brigitte Schütz sieht Österreich als ein Land, das trotz steigender Einwanderungszahlen keine entsprechende Integration und Migrationsstrategien auf Bundesebene hat. Trotzdem besteht die Erkenntnis in der österreichischen Politik, dass für eine erfolgreiche Integration die ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Faktoren des Ziellandes entscheidend sind²²⁸.

Der oberösterreichische Landeshauptmann Stellvertreter Josef Ackerl ist der Meinung, dass es schwierig ist eine gelungene Integration zu definieren. *„Was heißt gelungene Integration? Bedeutet das, dass ein Schwarzer in einem Trachtenjanker durch die Gegend laufen muss? Oder dass Fußballmannschaften ausschließlich aus MigrantInnen und Migranten bestehen, weil die einheimischen Kinder nicht mehr genug sind?“*²²⁹

Oft wird die Herausforderung zur Integration zur Vereinfachung auf die MigrantInnen abgewälzt und der Staat kann sich aus seiner Verantwortung entziehen. Da die MigrantInnen zum Teil selbst für ihre Integration verantwortlich gemacht werden, ist auch die österreichische Migrationspolitik noch in ihren Anfängen²³⁰. Doch abgesehen davon, wie stark sich die MigrantInnen selbst integrieren oder assimilieren wie beispielsweise durch Erlernen der Sprache oder Übernehmen der Kultur des Ziellandes, bleiben äußerliche Merkmale wie die Hautfarbe als potentieller Grund für Diskriminierung bestehen²³¹.

226 Vgl. Thienel 2007, 83.

227 Vgl. Thienel 2007, 92.

228 Vgl. Schütz 2004, 54.

229 Interview 5, 27.1.2011.

230 Vgl. Kainz 2005, 52.

231 Vgl. Kainz 2005, 59.

Marika Gruber weist auch darauf hin, dass eine schlechte oder fehlende Integration große soziale und auch finanzielle Probleme birgt. Je schlechter die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in die Mehrheitsgesellschaft integriert ist, desto höher ist die Arbeitslosigkeit unter den MigrantInnen und damit auch die Inanspruchnahme von Mitteln wie Sozialhilfe und Arbeitslosengeld²³².

7.1 Merkmale für Integration

Univ. Doz. Dr. Peter Ulram hat Ende 2008- Anfang 2009 eine Studie über Integration durchgeführt. Grundlage dieser Studie waren Umfragen, die in den Jahren 2007 bis 2009 vom Marktforschungsinstitut GfK Austria durchgeführt wurden. Dabei wurden unterschiedliche Untersuchungen mit unterschiedlichen Samples durchgeführt: MigrantInnenstudie 2007 (Sample 1.462), MigrantInnenbus 2008 (Sample 2.000), Befragung von Jugendlichen über ihre Einstellung zu MigrantInnen 2008 (Sample 500), Telefonumfragen unter der österreichischen Mehrheitsbevölkerung 2004, 2008 und 2009 (Sample jeweils 500) und Umfrage unter der türkischen Bevölkerung in Österreich 2009 (Sample 508)²³³. Einige, für diese Arbeit relevante Ergebnisse dieser Studie werden an dieser Stelle erwähnt.

Ulram benennt verschiedene Indikatoren für Integration, wie zum Beispiel der Kontakt mit ÖsterreicherInnen, die Zeitspanne des Aufenthalts in Österreich, die Deutschkenntnisse, ihre eigene Einschätzung des Integrationsstatus sowie das Zugehörigkeitsgefühl zu Österreich. Eine weitere Unterteilung sind die soziokulturellen Indikatoren. Darunter fallen das Herkunftsland, die Religion, beziehungsweise welche Priorität Religion für die MigrantInnen hat und die Einstellung der MigrantInnen zur österreichischen Gesellschaft²³⁴.

7.1.1 Kontakt mit ÖsterreicherInnen

53% der, im Rahmen dieser Studie, befragten MigrantInnen gaben an, dass sie außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit viel Kontakt zu ÖsterreicherInnen hätten. 27% haben dies manchmal, während 15% nur selten und 5% gar keinen Kontakt zu ÖsterreicherInnen haben. Die Häufigkeit des Kontakts zu InländerInnen hängt mit dem Bildungsstand, der

232 Vgl. Gruber 2010, 22.

233 Vgl. Ulram 2009, 8- 9.

234 Vgl. Ulram 2009, 11.

qualifizierten Berufstätigkeit, Aufenthaltslänge und der eigenen Einschätzung über den Stand der Integration zusammen. Ein interessanter Aspekt der Umfrage ist, dass MigrantInnen islamischen Glaubens eine geringere Kontaktfrequenz zu ÖsterreicherInnen haben. Doch auch hier muss zwischen den verschiedenen Gruppen unterschieden werden. Während jene, die religiös- politisch orientierte MuslimInnen sind, sehr wenig Kontakt haben, haben sekulär orientierte MuslimInnen mehr Kontakt zu ÖsterreicherInnen, als religiös- politisch orientierte ChristInnen. Dabei nehmen bosnische MuslimInnen eine spezielle Rolle ein. $\frac{3}{4}$ von ihnen gelten als sekulär orientiert (im Vergleich dazu nur $\frac{1}{3}$ der TürkinInnen) und haben deshalb überdurchschnittlich viel Kontakt zu ÖsterreicherInnen²³⁵. Die Bezeichnung „religiös politische Orientierung“ bezeichnet Menschen, die ihre religiösen Gesetze wichtiger nehmen als die Gesetze des österreichischen Staates. Bei sekulär Orientierten ist es umgekehrt der Fall. Ein besonderes Problem stellen in diesem Zusammenhang die muslimischen Hausfrauen in Österreich dar, da sie im Vergleich die schlechtesten Deutschkenntnisse haben und deswegen auch eine schlechtere Möglichkeit auf Kontakt mit ÖsterreicherInnen, und damit auf einen essentiellen Integrationsfaktor verzichten müssen. Nur 5% von ihnen geben an, dass sie Deutsch wie die eigene Muttersprache beziehungsweise sehr gut sprechen. Im Vergleich dazu sind es bei nicht- muslimischen Hausfrauen 12%. 51% der muslimischen Hausfrauen geben an nur schlechte bis gar keine Kenntnisse der deutschen Sprache zu besitzen, während dieser Prozentsatz bei den nicht- muslimischen Hausfrauen bei 44% liegen. Diese Werte klingen erschreckend, deshalb muss auch erwähnt werden, dass bei MigrantInnen unter 30 Jahren 74% angegeben haben Deutsch „wie ihre Muttersprache“ oder „sehr gut“ zu beherrschen²³⁶.

7.1.2 Eigene Einschätzung des Integrationsstatus

83% der in der Umfrage erfassten MigrantInnen fühlen sich in Österreich völlig oder eher integriert. Bei jenen Menschen mit Migrationshintergrund die bereits in Österreich geboren wurden, geben dies 90% an. Dem gegenüber stehen aber 16% die sich in Österreich wenig bis nicht integriert fühlen. Wichtige Faktoren um sich integriert zu fühlen sind nach dieser Studie ein längerer Aufenthalt in Österreich, gute Deutschkenntnisse, viel Kontakt mit ÖsterreicherInnen, hohes Bildungsniveau und ein qualifizierter Beruf. Umgekehrtes gilt

²³⁵ Vgl. Ulram 2009, 11- 12.

²³⁶ Vgl. Ulram 2009, 14- 15.

dafür, sich nicht integriert zu fühlen. Wobei zu der zweiten Gruppe zusätzlich der religiöse Faktor dazu kommt. Religiös- politisch Gläubige, ungeachtet welcher Religion sie angehören, fühlen sich weniger integriert in Österreich als andere²³⁷.

Das Zugehörigkeitsgefühl zu Österreich ist jedoch nicht so eindeutig. Laut der Umfrage des GfK sehen sich 46% der MigrantInnen Österreich zugehörig, während sich 41% ihrem Herkunftsland beziehungsweise dem Herkunftsland ihrer Eltern zugehörig fühlen²³⁸. Die Umfrage hat außerdem ergeben, dass nur etwas mehr als ein Drittel der MigrantInnen die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu Geschlechterrollen, Ehe und Familie besser als jene in ihrem Herkunftsland bewertet²³⁹.

7.2 Möglichkeiten der Integration in Österreich

Andreas Weigl beschreibt die Möglichkeiten für MigrantInnen in Österreich auf Integration als eine Achterbahnfahrt in der sich Phasen von liberalen Maßnahmen zur Integration mit Restriktionen abwechseln²⁴⁰.

Gustav Lebhart und Rainer Münz beschreiben die Integrationsmöglichkeiten in Österreich als eine spezielle Form, die mit dem kontinuierlichem Prozess der USA nicht viele Gemeinsamkeiten hat. Im Gegensatz zur Situation in der USA, deren Ziel des Integrationsprozesses es ist, die AusländerInnen zu InländerInnen zu machen, führt ihrer Meinung nach der Integrationsprozess in Österreich eher zu einer Spaltung innerhalb der Gesellschaft²⁴¹.

Zwischen 1982 und 1984 wurden vom Institut für Höhere Studien (IHS) und vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) eine Studie durchgeführt über die Effekte von Zuwanderung auf betriebs- und volkswirtschaftlichen Entwicklungen, sowie soziale und rechtliche Defizite. Das Resultat dieser Studie, das auch durch die Volkszählung 1981 bestätigt wurde, war, dass weit mehr als die Hälfte der GastarbeiterInnen schon über 10 Jahre in Österreich leben und somit das Rotationsprinzip gescheitert ist. Da sich herausstellte, dass der Wunsch ins Heimatland zurückzukehren bei den meisten nicht vorhanden war, musste begonnen werden Integrationsmaßnahmen zu etablieren²⁴².

237 Vgl. Uram 2009, 19.

238 Vgl. Uram 2009, 23.

239 Vgl. Uram 2009, 30.

240 Vgl. Weigl 2009, 51.

241 Vgl. Lebhart/ Münz 1999, 18.

242 Vgl. Strasser 2009, 98.

7.2.1 Ökonomische Integration

Ein Arbeitsplatz gilt in Österreich als wichtiger Integrationsfaktor. Arbeit ermöglicht eine Teilnahme am sozialen Leben in Österreich. Ohne Arbeitsplatz wird das Risiko auf Armut gesteigert und damit geht auch der Ausschluss aus dem sozialen Leben einher. In Österreich sind 13% der Bevölkerung durch Armut gefährdet. Bei MigrantInnen aus der Türkei liegt der Wert bei 34% während jener von MigrantInnen aus dem früheren Jugoslawien bei 26% liegt²⁴³.

Ein weiterer Punkt ist, dass der fehlende legale Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt viele MigrantInnen nicht daran hindert zu arbeiten. MigrantInnen ohne Niederlassungs- oder Beschäftigungsbewilligungen arbeiten oft aus finanziellen Gründen trotz mangelnder Berechtigung in Österreich. Schwarzarbeit kann in Österreich nur geschätzt werden und es wurden im Jahr 2000 zwischen 50.000 und 70.000 „SchwarzarbeiterInnen“ in Österreich vermutet, die ungefähr 8,7% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften. Das hat nicht nur Probleme für den Staat Österreich zur Folge, dem Steuern entgehen, sondern vor allem die MigrantInnen haben Nachteile. Durch die „Schwarzarbeit“ zahlen sie keine Beiträge für ihre Sozialversicherung ein und dadurch entgehen ihnen soziale Absicherungen. Sie werden dadurch von ihrem Arbeitgeber/ihrer Arbeitgeberin abhängig, da ein Verlust dieser Arbeit nicht zum Erlangen von Arbeitslosigkeitsbezüge führt²⁴⁴. Die ÖsterreicherInnen sind am ehesten bereit MigrantInnen ökonomisch zu integrieren. Für ÖsterreicherInnen sind kulturelle Unterschiede an erster Stelle bei den Gründen für Fremdenfeindlichkeit, nicht aber, dass MigrantInnen in Österreich eine Arbeit suchen²⁴⁵.

Weigl meint dazu, dass mit Migration ein Dequalifizierungsprozess entsteht, der einerseits durch Sprachprobleme und Informationsmängel der MigrantInnen zustande kommt und andererseits mit dem Bestreben der ÖsterreicherInnen MigrantInnen auszuschließen. Als Beispiel werden in dieser Darstellung die GastarbeiterInnen genannt. Wie bereits in einem früheren Kapitel beschrieben, waren GastarbeiterInnen vor allem in Branchen anzutreffen, die finanziell und von den Arbeitsbedingungen her eher unattraktiv für ÖsterreicherInnen waren. Die Folge der steigenden GastarbeiterInnen in diesen Bereichen führte dazu, dass ÖsterreicherInnen diese „AusländerInnenjobs“ nicht mehr übernehmen wollten. Laut Weigl war die Folge dieser „Unterschichtung“ die Zurückorientierung auf Traditionen und somit

243 Vgl. Leibetseder 2006, 20.

244 Vgl. Leibetseder 2006, 23- 24.

245 Vgl. Friesl/ Hamachers- Zuba/ Polak 2009, 259.

die Entstehung einer Parallelgesellschaft²⁴⁶. Eine Ende der 80er Jahre stattgefundene Untersuchung zeigte, dass 9% der Berufstätigen in Österreich als HilfsarbeiterInnen und 42% als ArbeiterInnen beschäftigt waren. Im Vergleich dazu lag der Prozentsatz von ArbeitnehmerInnen aus der Türkei und Jugoslawien mit 37,5% HilfsarbeiterInnen und 86% ArbeiterInnen deutlich über dem Durchschnitt. Für Staaten wie Ungarn und der Tschechoslowakei war die Situation anders. 57% von ihnen arbeiteten als Angestellte und 9,5% als höhere Angestellte, damit übertreffen sie den Durchschnitt in Österreich der bei 44% beziehungsweise bei 6,7% liegt. Flüchtlinge aus Osteuropa, die rechtlich mit den ÖsterreicherInnen gleichgestellt waren, sowie MigrantInnen aus westlichen Staaten hatten bessere berufliche Chancen als GastarbeiterInnen. Daran erkennt man auch, dass der rechtliche Status der Zuwanderung die (ökonomischen) Integration beeinflusst. Ein weiterer Faktor, der nicht aus den Augen gelassen werden darf ist aber der wesentlich niedrigere Bildungsstand, den GastarbeiterInnen in den 70er und 80er Jahren hatte und der sie, unabhängig jeder Diskriminierung, vom Ergreifen bestimmter Berufe abhielt²⁴⁷. Die bosnischen Flüchtlinge wurden in Österreich, trotz der restriktiven Migrationspolitik, großzügig aufgenommen. Ihr Status galt als jener von De- facto Flüchtlingen. Der Arbeitsmarkt wurde für Flüchtlinge geöffnet, die dadurch als ArbeitsmigrantInnen in Österreich bessere Chancen auf Anschluss und Integration hatten²⁴⁸.

Der Grund für die Öffnung des Arbeitsmarktes für die bosnischen Flüchtlinge war, dass ein langjähriger Aufenthalt in Flüchtlingslagern einerseits für die Flüchtlinge nicht zumutbar war und andererseits sehr hohe Kosten verursacht hätte²⁴⁹. Im Fall der bosnischen Flüchtlinge kann man die Chancen des Arbeitsmarktes auf Integration erkennen. Durch die rechtliche Gleichstellung mit den ÖsterreicherInnen und der Erteilung von 35.000 Beschäftigungsbewilligungen konnten sich sehr viele rasch am österreichischen Arbeitsmarkt integrieren²⁵⁰.

7.2.2 Gesellschaftliche Integration

77% der, in der oben erwähnten Studie von IHS und WIFO, Befragten befürworten eine bessere Anpassung der MigrantInnen an die Lebensweise in Österreich. 75% der

246 Vgl. Weigl 2009, 65.

247 Vgl. Weigl 2009, 68- 69.

248 Vgl. Weigl 2009, 60- 61.

249 Vgl. Kainz 2005, 46.

250 Vgl. Weigl 2009, 68.

Befragten sind außerdem der Meinung, dass die Lebensweisen von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen stark unterschiedlich sind. Bei den Ergebnissen der Studie fällt auf, dass die Einstellung zu der „fremden Kultur“ der MigrantInnen bei all jenen positiver ist, die regelmäßigen Kontakt zu MigrantInnen haben²⁵¹.

In der von Ulram verwendeten Umfrage gaben nur 14% der befragten MigrantInnen an mit der österreichischen Gesellschaft, der österreichischen Lebensführung sowie ihren Werten sehr einverstanden zu sein. Weitere 56% sind jedoch im Großen und Ganzen damit einverstanden. Die Übereinstimmung mit der österreichischen Gesellschaft steht in Zusammenhang mit dem Bildungsstand, Deutschkenntnissen und der Häufigkeit von Kontakten zu ÖsterreicherInnen. Auch die eigene Einschätzung des Integrationsstatus wirkt sich auf die Vorbehalte gegenüber der österreichischen Gesellschaft aus. 20% der sich selbst als integriert ansehenden MigrantInnen haben Vorbehalte gegenüber den Werten und Lebensweisen der österreichischen Gesellschaft. Ebenso 25% jener, die sich als eher integriert einschätzen, demgegenüber stehen aber 40% der wenig oder nicht Integrierten²⁵². Dass Vorbehalte gegenüber der österreichischen Gesellschaft einen negativen Einfluss auf Integration haben, liegt dabei auf der Hand. Wenn die Sichtweisen von MigrantInnen und Gesellschaft des Ziellandes grundsätzlich unterschiedlich sind, wird auch die Bereitschaft zur Integration darunter leiden.

7.2.3 Integration durch Bildung

Als es für GastarbeiterInnen möglich war, ihre Familien und damit auch ihre Kinder Mitte der 70er Jahre nach Österreich zu bringen, waren die Chancen auf Gleichberechtigung gering. Weder das Schulsystem noch die Kinder der GastarbeiterInnen waren auf diese Änderungen vorbereitet. Der dadurch verursachte Ansturm vieler Kinder mit nicht deutscher Muttersprache auf österreichische Schulen verringerte die Ausbildungsmöglichkeiten der 2. Generation. Im Jahr 1978/1979 konnten nur 18% der jugoslawischen SchülerInnen in Österreich, die die Schule verließen die 9. Schulstufe abschließen. 1982 waren es zwar schon 25%, trotzdem eine sehr niedrige Zahl. Anfang der 80er Jahren hatten 28% der jugoslawischen MigrantInnenkinder keinen Schulabschluss. Nichteingebürgerte SchülerInnen aus dem früheren Jugoslawien, die

251 Vgl. Lehart/ Münz 1999, 22- 24.

252 Vgl. Ulram 2009, 35- 36.

nach Österreich migriert sind, waren laut der Volkszählung aus dem Jahr 2001 gemeinsam mit Kindern aus der Türkei in Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert, hingegen eher selten in AHS zu finden. Bei bereits eingebürgerten Kindern aus Ex- Jugoslawien, war der Unterschied zwischen Hauptschule und AHS nicht mehr groß. Österreich ist ebenso wie Deutschland in Bezug auf den Unterschied zwischen der Schulbildung von ÖsterreicherInnen und Menschen mit Migrationshintergrund im europäischen Vergleich an Spitzenstellen. Die Situation verbesserte sich während der 80er und 90er Jahre zu Gunsten der Kinder mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil an mittleren und höheren Schulen konnte sich in dieser Zeit vervierfachen. Ein Vergleich zwischen in Österreich geborenen Menschen und nach Österreich migrierten Menschen hinsichtlich ihres Bildungsstandes zeigt, dass von jenen die in Österreich geboren wurden im Jahr 2001 nur 7% einen Abschluss an einer Universität vorweisen konnten. Im Vergleich dazu waren es 17% der von den „alten EU- Staaten“ nach Österreich migrierten. Bei MigrantInnen, die aus dem restlichen Westeuropa, Nordamerika und Australien nach Österreich kamen, haben 23% einen Universitätsabschluss. Sogar die MigrantInnen aus den „neuen EU- Staaten“ konnten noch eine höhere Quote an Universitäts- AbsolventInnen vorweisen als jene die in Österreich geboren wurden, nämlich 12%. Im Gegensatz dazu waren die MigrantInnen aus Ex- Jugoslawien und der Türkei, also den früheren Gastarbeiterländern, in Bezug auf den Anteil mit Universitätsausbildung deutlich unterrepräsentiert. Ihr Anteil bei Menschen mit keiner oder nur eines Pflichtschulabschlusses ist hingegen stark überrepräsentiert²⁵³.

Im Schuljahr 2005/2006 hatten 9,6% der Kinder in Österreichs Schulen keine österreichische Staatsbürgerschaft. Aussagekräftiger hingegen ist aber der Vergleich mit den Erstsprachen. Nach dieser Erfassung haben 14,2% der SchülerInnen in Österreichs Schulen eine andere Erstsprache als Deutsch²⁵⁴. Die Begriffsverwendung ist jedoch etwas problematisch. Da wie bereits erwähnt eingebürgerte SchülerInnen nicht mehr als MigrantInnen in den Statistiken auftauchen und damit auch die Statistiken verfälschen. Ebenso werden SchülerInnen aus Südtirol und Deutschland berücksichtigt, deren Muttersprache zwar nicht von der Unterrichtssprache abweicht, diese aber trotzdem einen Migrationshintergrund haben²⁵⁵.

253 Vgl. Weigl 2009, 71- 73.

254 Vgl. Weiss/ Unterwurzacher 2007, 228- 230.

255 Vgl. Herzog- Punzenberger/ Unterwurzacher 2009. (da es sich um einen online Artikel handelt, sind keine Seitenangaben vorhanden)

Durch die österreichische Schulstatistik und die Berechnung von Weiss und Unterwurzacher zeigt sich, dass im Schuljahr 2002/2003 türkische SchülerInnen in Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert waren, in AHS und BHS hingegen deutlich unterrepräsentiert. Seit dem Schuljahr 1993/1994 hat sich die Situation zwar verbessert, da ihr Anteil in den Sonderschulen etwas abgenommen hat und jener in den BMS zugenommen, trotzdem fällt auf, dass türkische SchülerInnen im Vergleich zu österreichischen SchülerInnen in höheren Schulen eine Seltenheit sind. Im Gegensatz dazu sind SchülerInnen aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei in Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen weniger oft vertreten als österreichische, übertreffen jedoch die österreichischen in AHS, BMS und BHS. Bei den SchülerInnen aus den ex- jugoslawischen Staaten konnte zwischen 1993/1994 und 2002/2003 ein Trend weg von den Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen zu AHS, BMS und BHS erkannt werden²⁵⁶. Die OECD hat 2006 eine international vergleichende Länderstudie publiziert, die auf Basis der PISA Studie 2003 die Leistungen der SchülerInnen mit Migrationshintergrund untersucht hat. Dadurch wurde gezeigt, dass das österreichische Bildungssystem Ungleichheiten auf Grund eines Migrationshintergrundes nicht gut genug ausgleichen kann und diese SchülerInnen dadurch einen Nachteil haben. Gründe für diesen Nachteil sind laut Herzog- Punzenberger einerseits die späte Einschulung und die mäßige Beteiligung an vorschulischen Bildungseinrichtungen. Weitere Probleme sind auch, dass sich SchülerInnen in Österreich bereits mit zehn Jahren für den weiteren Bildungsweg (AHS oder Hauptschule) entscheiden müssen und dass die Pflichtschulzeit relativ kurz ist. Das Ergebnis zeigt sich in einer Umfrage, die unter 1.000 SchülerInnen der 2. Generation durchgeführt wurde. Es stellte sich heraus, dass 77% jener SchülerInnen der 2. Generation nach der Volksschule in eine Hauptschule gehen, jedoch nur 66% der österreichischen SchülerInnen. Dabei fiel ebenfalls auf, dass türkische SchülerInnen zu 85% und SchülerInnen aus Ex- Jugoslawien zu 81% nach der Volksschule in die Hauptschule gehen²⁵⁷. Sobald sich SchülerInnen mit Migrationshintergrund für die Hauptschule entschieden haben, machen nur mehr 11% die Matura und nur 1% besuchen später die Universität. Im Vergleich dazu schließen 85% der SchülerInnen mit Migrationshintergrund die sich für die AHS entschieden haben, mit der

256 Vgl. Weiss/ Unterwurzacher 2007, 228- 230.

257 Vgl. Weiss/ Unterwurzacher 2007, 233- 235.

Matura ab, beziehungsweise 5% machen einen Abschluss auf einer Universität²⁵⁸. Ein weiteres Merkmal für die Probleme der SchülerInnen mit Migrationshintergrund im österreichischen Schulsystem ist der Anteil der RepetentInnen. Die PISA- Stichprobe 2006 zeigte, dass 13% der SchülerInnen ohne Migrationshintergrund schon eine Klasse wiederholt haben, jedoch 23% der SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Dabei wiederholen 18% der SchülerInnen aus Bosnien, Kroatien und Serbien und 30% der SchülerInnen aus der Türkei eine Klasse²⁵⁹.

In den letzten Jahren hat sich die Rolle von MigrantInnen im österreichischen Bildungssystem zwar verbessert, doch bei jenen SchülerInnen der 2. Generation, die ihre gesamte Schulzeit im österreichischen Schulsystem verbracht haben, ist keine Annäherung an die SchülerInnen ohne Migrationshintergrund in Bezug auf Bildung und Qualifikation zu erkennen. Davon sind vor allem SchülerInnen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund betroffen²⁶⁰. Außerdem muss bei den SchülerInnen der ersten Generation danach unterschieden werden, wie alt sie bei der Migration waren. Nach Breit kommt der Großteil der SchülerInnen mit Migrationshintergrund (46%) bis zum 3. Lebensjahr nach Österreich, weitere 18% kamen vor ihrem sechsten Lebensjahr. Diese SchülerInnen haben ihre gesamte Schulzeit in Österreich verbracht. 14% kamen bis zum 10. Lebensjahr nach Österreich und die restlichen 22% bis zum 14. Es wird in der Bildungsforschung angenommen, dass sich ein langer Aufenthalt in Österreich für SchülerInnen positiv auf ihre Schullaufbahn auswirkt²⁶¹. In einer Auswertung von Schreiner und Breit der PISA Studie 2003 zeigte sich kein signifikanter Unterschied der Leistungen zwischen SchülerInnen der ersten bzw. der zweiten Generation. Jedoch bestehen Leistungsunterschiede zwischen SchülerInnen mit und SchülerInnen ohne Migrationshintergrund. Gründe für diese Leistungsunterschiede sind vielfältig. Einerseits ist die fehlende Förderung der Muttersprache ein Grund für Probleme beim Erlernen der Unterrichtssprache. Gerade SchülerInnen, die in jungen Jahren nach Österreich kommen und in ihren Heimatländern noch keine oder nur kurz eine Schule besucht haben, können teilweise nicht in ihrer eigenen Muttersprache schreiben, bzw. beherrschen einen zu

258 Vgl. Weiss/ Unterwurzacher 2007, 237.

259 Vgl. Herzog- Punzenberger/Unterwurzacher 2009. (da es sich um einen online Artikel handelt, sind keine Seitenangaben vorhanden)

260 Vgl. Weiss/ Unterwurzacher 2007, 240- 241.

261 Vgl. Herzog- Punzenberger/ Unterwurzacher 2009. (da es sich um einen online Artikel handelt, sind keine Seitenangaben vorhanden)

geringen Wortschatz und haben Probleme mit der Grammatik. Durch das Angebot ihre Muttersprache auch an österreichischen Schulen lernen zu können, würden sich ihre Möglichkeiten Deutsch zu erlernen verbessern. Als ein weiteres Problem gilt auch, dass SchülerInnen mit Migrationshintergrund häufiger der unteren sozialen Schichten angehören. Probleme für die Schulbildung ergeben sich an fehlenden Ressourcen die beispielsweise eine zu kleine Wohnung und daraus resultierende Platzmängel zum Lernen sind, oder beide Elternteile arbeiten und haben daher wenig Zeit dem/ der SchülerIn beim Lernen zu helfen²⁶².

7.2.4 Politische Integration

Laut einer SORA Umfrage aus dem Jahr 2002 liegt das Interesse an österreichischer Politik unter MigrantInnen bei 60%. Im Vergleich dazu sind 50% der MigrantInnen an der Politik ihres Heimatlandes (beziehungsweise dem Herkunftsland der Eltern) interessiert. Bildungsniveau und Deutschkenntnisse wirken sich auf dieses Interesse positiv aus²⁶³. 2002 ergab jedoch eine Umfrage des SORA Institutes, dass bei den Gemeinderatswahlen 2001 in Wien nur 48% der wahlberechtigten MigrantInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Im Vergleich dazu betrug die Beteiligung der österreichischen Bevölkerung 65%²⁶⁴.

„Political opportunity structures“ beeinflussen die Möglichkeiten der Partizipation der MigrantInnen in der österreichischen Politik. Diese Strukturen bestimmen, ob das aktive Mitgestalten der Politik von MigrantInnen eher gefördert oder blockiert wird²⁶⁵. Das aktive und passive Wahlrecht ist nur für StaatsbürgerInnen bestimmt. Dasselbe gilt auch für Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren. In der österreichischen Verfassung macht es keinen Unterschied, ob die Staatsbürgerschaft bereits bei der Geburt oder erst später erlangt wurde. JedeR der/ die eine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt hat dieselben politischen Rechte²⁶⁶.

AusländerInnen, die in Österreich leben, haben weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Eine Ausnahme stellen EU- BürgerInnen dar, die sowohl bei Kommunal- als

262 Vgl. Herzog- Punzenberger/ Unterwurzacher 2009. (da es sich um einen online Artikel handelt, sind keine Seitenangaben vorhanden)

263 Vgl. IOM 2004, 49.

264 Vgl. IOM 2004, 48.

265 Vgl. Strasser 2009, 95.

266 Vgl. Thienel 2007, 121.

auch bei Europawahlen wählen und gewählt werden dürfen²⁶⁷.

Im Jahr 2002 kam es im Wiener Landtag zu einer Änderung, als beschlossen wurde, dass auch Drittstaatenangehörige nach einem fünf Jahre langen Aufenthalt auf Bezirksebene das Wahlrecht erhalten sollen. Diese Entscheidung wurde sowohl von ÖVP als auch von FPÖ angefochten. Das Urteil des Verfassungsgerichtshof erklärte dies 2004 als verfassungswidrig. Um politische Partizipation auch für Drittstaatenangehörige zu ermöglichen würde eine Verfassungsänderung notwendig sein, dafür müssten aber 2/3 der Nationalratsabgeordneten zustimmen.

2002 kandidierten 29 Menschen mit Migrationshintergrund bei den Nationalratswahlen, die jedoch die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, da sie ansonsten laut österreichischem Recht nicht kandidieren dürften. Bei den Gemeinderatswahlen in Wien im Jahr 2001 konnten vier MigrantInnen der 1. Generation in den Gemeinderat gewählt werden, ebenso wie 30 Personen der 2. Generation. Als Möglichkeit für MigrantInnen sich auch ohne österreichischer Staatsbürgerschaft zumindest auf Kommunalebene zu partizipieren, wurden Ausländerbeiräte geschaffen. Dabei war Linz im Jahr 1996 die erste österreichische Stadt, die einen solchen einführte. Die Steiermark folgte diesem Beispiel ab 1999 indem alle Städte mit über 1.000 AusländerInnen zu diesen Beiräten verpflichtete. Die Kompetenzen der Ausländerbeiräte sind auf die Beratung des Gemeinderates beschränkt²⁶⁸. Trotzdem stellt das fehlende Wahlrecht auf Grund fehlender Staatsbürgerschaft einen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben dar²⁶⁹.

7.2.5 Religiöse Integration

In Österreich gilt der Islam hinter dem katholischen und dem protestantischen Glauben als dritt größte Religion. Laut Statistik Austria waren 2007 71,7% der MuslimInnen in Österreich MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft²⁷⁰. Laut der Volkszählung 2001 lebten 4,3% MuslimInnen in Österreich, dabei kommt die Hälfte aus der Türkei, 20- 25% aus Bosnien, der Rest kommt aus Arabien, Iran und Albanien. Die Anerkennung des Islams in Österreich wurde 1912 im Gesetz für alle AnhängerInnen des hanefitischen Ritus verankert. Der hanefitische Ritus ist eine islamische Richtung,

267 Vgl. Lebhart/ Münz 1999, 24- 26.

268 Vgl. IOM 2004, 47- 49.

269 Vgl. Leibetseder 2006. 80.

270 Vgl. Mourao Permoser/ Rosenberger 2009, 150.

die hauptsächlich in Bosnien vertreten ist. Erst 1987 wurde dies durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben und seither werden alle islamischen Gläubigen in Österreich durch die Islamischen Glaubensgemeinschaft vertreten²⁷¹.

In Österreich sind, abgesehen vom Islam, verschiedene andere Glaubensrichtungen ebenfalls anerkannt. Diese Anerkennung ist mit gewissen Rechten verbunden, wie beispielsweise religiöse Kleidung, religiöse Feiertage und Religionsunterricht. Durch die Akzeptanz und die Offenheit gegenüber anderer Religionen in Österreich soll es andersgläubigen MigrantInnen einfacher gemacht werden, sich in die Gesellschaft zu integrieren, da religiöse Gemeinschaften auch als Communities für MigrantInnen gelten. Paradoxerweise gibt es in Österreich eine große Toleranz gegenüber der Religionen der MigrantInnen, jedoch fehlt es an sozioökonomischen Integrationsmaßnahmen. MigrantInnen dürfen ihre Religion in Österreich ausleben, haben aber im Ausgleich kaum politische Rechte. Außerdem hält die offizielle Anerkennung des Islams als Religion in Österreich nicht davon ab, mit islamfeindlichen Slogans im Wahlkampf Stimmen zu gewinnen²⁷².

Bei genauerer Betrachtung wird klar, dass der Grund für die Anerkennung des Islams in Österreich keine Offenheit gegenüber anderen Religionen ist, sondern eher auf historischen Gegebenheiten basiert. Das Anerkennungsgesetz stammt aus jener Zeit, als Österreich- Ungarn durch seine Bevölkerung multi- religiös und multi- ethnisch geprägt war. Die Miteinbeziehung des Islams in diese Regelung stammt aus der Annexion von Bosnien- Herzegowina durch Österreich- Ungarn. Als die Monarchie zusammenbrach, wurde dieses Gesetz unbedeutend, da kaum mehr Menschen mit islamischem Religionsbekenntnis in Österreich lebten. Erst ab den 60er Jahren wurde der Ruf, dieses Gesetz zu aktivieren, wieder lauter²⁷³.

271 Vgl. Potz 2007. 338- 339.

272 Vgl. Mourao Permoser/ Rosenberger 2009, 150- 151.

273 Vgl. Mourao Permoser/ Rosenberger 2009, 154.

8. Fremdenfeindlichkeit in Österreich

1948 führte die amerikanische Besatzungsmacht in Linz, Graz und Salzburg aus gegebenem Anlass eine Befragung zum Thema Fremdenfeindlichkeit durch. Das Ergebnis war, dass fremdsprachige Displaced People wenig Akzeptanz von der österreichischen Bevölkerung erfuhren. 7,5 % der Befragten in Linz gaben an, dass sie mit den fremdsprachigen Displaced People kein Problem hätten. Im Vergleich dazu waren es 14% in Salzburg und 11,5% in Wien. Besser akzeptiert wurden die Volksdeutschen. Der Großteil der Befragten hatte kein Problem mit den Volksdeutschen in Österreich. Die genauen Prozentsätze sind 74% der LinzerInnen, 63% der SalzburgerInnen und 65% der WienerInnen. Der Grund für die starke Ablehnung der fremdsprachigen Displaced People war laut dieser Studie die knappen Lebensmittel, Vorurteile (sowohl antisemitisch als auch rassistisch) und das Gefühl im eigenen Land „nicht Herr zu sein“²⁷⁴. Zu einer stärkeren Akzeptanz der deutschsprachigen MigrantInnen seitens der österreichischen Bevölkerung kam es, als sich die wirtschaftliche Lage wieder verbesserte. Vermutlich unter anderem deswegen, da durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation auch weniger gut ausgebildete MigrantInnen Arbeit in Österreich fanden. Ein weiterer Grund für die verstärkte Akzeptanz war, dass die Lager, in denen Anfang der 50er Jahre noch 45.000- 50.000 Volksdeutsche lebten, aufgelöst wurden. Im Gegensatz zu den fremdsprachigen Displaced People die in Österreich von der Mehrheit der Bevölkerung Ablehnung erfuhren, waren jene Flüchtlinge aus Ungarn in den Jahren 1956/57, die ebenfalls nicht Deutsch sprachen auf Grund sehr hohen Mitgefühls der österreichischen Bevölkerung nicht mit Ablehnung konfrontiert²⁷⁵. Doch diese positive und mitfühlende Einstellung gegenüber Menschen, die aus ihrem Land fliehen mussten, endeten gegen Ende der 50er Jahre. Zwar wurden sowohl die Flüchtlinge des Prager Frühlings als auch jene, die dem Krieg in Jugoslawien entkommen wollten in Österreich aufgenommen, die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung konnte allerdings mit jener in den 50er Jahren nicht mehr verglichen werden. Mitte der 80er Jahre stimmten beinahe zwei Drittel aller Befragten dafür, die Arbeitsgenehmigung für polnische Flüchtlinge zu verweigern und zu versuchen, sie schnellst möglich wieder los zu werden. Noch mehr Ablehnung erfuhren im Jahr 1990 die RumänInnen, die nach Österreich kamen. Im Gegensatz zur Einstellung in

²⁷⁴ Vgl. Weigl 2009, 78- 79.

²⁷⁵ Vgl. Weigl 2009, 81.

Bezug auf Flüchtlinge war die Ablehnung gegenüber GastarbeiterInnen fester in der Bevölkerung verankert. Zu Beginn der 70er Jahren äußerten 15% der ÖsterreicherInnen ihre Angst, dass die GastarbeiterInnen eine konkrete Konkurrenz für sie sein könnten, doch 52% gaben an zu befürchten, dass sie durch GastarbeiterInnen ihre Arbeitsplätze verlieren könnten. Im Jahr 1992 bejahten 34% die Aussage „AusländerInnen nehmen ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze weg“. Bis Ende der 90er Jahre stieg der Anteil auf 42%. Doch bis zum Jahr 2001 entschärfte sich die Lage wieder und der Anteil sank auf 25%²⁷⁶.

Die Gründe für fremdenfeindliches Verhalten sind unterschiedlich. Es gibt eine Unterteilung in sozioökonomischen und ideologischen Ansatz der Fremdenfeindlichkeit. Beim sozioökonomischen Ansatz kommt die stärker werdende negative Haltung gegenüber MigrantInnen von den Veränderungen in der Umwelt durch den „autoritären Kapitalismus“ und den damit einhergehenden Veränderungen und Machtverlust. Der ideologische Ansatz begründet sich auf die früheren Vorurteile, die wiederbelebt werden. Doch im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, hängt der Grad an Fremdenfeindlichkeit nicht mit der finanziellen Lage der Befragten zusammen. Andererseits steht Fremdenfeindlichkeit vor allem mit Frustration der eigenen politischen Lage in Verbindung²⁷⁷. Weiters ist die Fremdenfeindlichkeit in Österreich eher keine klassisch-biologische, dass Menschen beispielsweise auf Grund ihrer Hautfarbe ausgegrenzt werden, sondern eine kulturell- religiöse, die vor allem MuslimInnen wegen ihres Glaubens und ihrer Lebensweise diskriminieren²⁷⁸. Die Diskriminierung von MigrantInnen in Österreich ist nicht für alle Gruppen von MigrantInnen gleich. Eine Befragung in Wien kam zu dem Ergebnis, dass MigrantInnen, die in der Stadt leben, um 17% häufiger mit fremdenfeindlichen Aussagen konfrontiert sind. MigrantInnen aus der Türkei werden sechs mal häufiger verbal attackiert als jene aus Ex- Jugoslawien. Besonders Jugendliche aus der Türkei und aus Bosnien fühlen sich in Österreich diskriminiert²⁷⁹.

Laut der Integrationsstudie des GfK vom Jahr 2009, die von Univ. Prof. Dr. Ulram durchgeführt wurde, sehen 57% der Menschen mit Migrationshintergrund Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Problem in Österreich. Außerdem sind 46% der Meinung, dass MigrantInnen weniger Chancen haben als ÖsterreicherInnen. Auf religiöse Diskriminierung

276 Vgl. Weigl 2009, 83- 84.

277 Vgl. Friesl/ Hamachers- Zuba/ Polak 2009, 261- 262.

278 Friesl/ Hamachers- Zuba/ Polak 2009, 261- 267.

279 Vgl. Weigl 2009, 91.

wiesen 53% der türkischen MigrantInnen hin, da sie sich, auf Grund ihres islamischen Glaubens, von der österreichischen Bevölkerung benachteiligt fühlten. Die Position der ÖsterreicherInnen zum Thema Fremdenfeindlichkeit sieht so aus, dass sich 67% der ÖsterreicherInnen über das Problem der Fremdenfeindlichkeit bewusst sind, jedoch nur jeder 5. bisher negative Erfahrungen mit MigrantInnen gemacht hat²⁸⁰.

Gründe für Fremdenfeindlichkeit versucht auch Helmut Dornmayr darzustellen. Laut der von ihm zitierten Untersuchung hängt Fremdenfeindlichkeit sowohl mit dem Alter als auch mit der Ausbildung zusammen. So ist Fremdenfeindlichkeit bei Menschen ab dem 40. Lebensjahr häufiger. Weiters gibt er an, dass Menschen mit geringerem Bildungsabschluss stärker zu Fremdenfeindlichkeit neigen. Eine weitere Auswirkung für eine fremdenfeindliche Einstellung ist auch eine ausländische Nachbarschaft. Dies wirkt als fremdenfeindlichkeitsfördernd, falls dabei der durch Nachbarschaft entstehende Kontakt mit MigrantInnen ausbleibt, der wiederum zu einem Abbau von Fremdenfeindlichkeit führen würde. Weitere Faktoren, die die Fremdenfeindlichkeit fördern sind die Anzahl der ausländischen Hausparteien und der TV Konsum. Je höher diese beiden Faktoren, desto höher ist die Fremdenfeindlichkeit ²⁸¹.

Die negative beziehungsweise ablehnende Haltung gegenüber der MigrantInnen steht in Zusammenhang mit den gelesenen Tageszeitungen, behauptet die GfK Integrationsstudie. Dabei wird zwischen LeserInnen der Kronenzeitung oder anderen Boulevardzeitungen und jenen von Qualitätszeitungen unterschieden. Erstere haben eine negativere Einstellung gegenüber AusländerInnen als jene der zweiten Gruppe²⁸².

8.1 Die Einstellung der ÖsterreicherInnen zu den MigrantInnen

Laut Peter Ulram und der von ihm durchgeführten Integrations Studie lehnen ca. 64% der Befragten in der GfK Integrationsumfrage eine völlige Anpassung der MigrantInnen ab, verlangen aber, dass wichtige Prinzipien der österreichischen Lebensweise von ihnen akzeptiert werden soll. 23% würden es befürworten, wenn die Anpassung der MigrantInnen an die österreichische Gesellschaft durch politische Maßnahmen gefördert werden würde, unabhängig davon , dass sich ihre Wertvorstellungen von den

280 Vgl. Ulram 2009, 5.

281 Vgl. Dornmayr 1999, 138- 139.

282 Vgl. Ulram 2008, 80.

österreichischen unterscheiden. 11% wären dafür, dass die Politik in das Leben der MigrantInnen nur soweit Einfluss hat, dass diese die Gesetze einhalten müssen, nicht aber, dass sie verpflichtet sind sich der österreichischen Gesellschaft anzupassen²⁸³.

50% der ÖsterreicherInnen waren 2008 der Meinung, dass Integration in Österreich schlecht funktioniert. 43% sehen dies jedoch anders und bewerten sie positiv. 22% gaben außerdem an, dass sie der Meinung sind, dass ZuwandererInnen sich in die österreichische Gesellschaft anpassen wollen, 51% meinen, dass sich „eine größere Zahl“ der MigrantInnen nicht integrieren will und 25% denken, dass sich „die meisten“ der MigrantInnen nicht integrieren möchten²⁸⁴.

8.2 Vorurteile die zu Fremdenfeindlichkeit führen

Gewisse Vorurteile, die zum Teil auch in Boulevardzeitungen verbreitet werden, haben sich in den Köpfen vieler ÖsterreicherInnen verfestigt.

Unter Vorurteilen versteht man ein meist wertendes, voreilig gefälltes und generalisiertes Urteil²⁸⁵.

8.2.1 MigrantInnen als soziale Belastung

Ein sehr hartnäckiges Vorurteil ist, dass MigrantInnen „unser“ (das österreichische) Sozialsystem zu stark belasten. Die Situation zeigt aber, dass besonders in Zeiten des Arbeitskräftemangels viele junge Menschen, meist Männer, ohne ihre Familien nach Österreich zum Arbeiten kamen und nach einigen Jahren wieder in ihr Heimatland zurückkehrten. Dadurch zahlten sie durch ihre Steuern in das österreichische Sozialsystem ein und konnten durch ihren kurzen Aufenthalt die Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen²⁸⁶. Die Situation änderte sich ab den 80er Jahren, als sich einerseits die wirtschaftliche Situation verschlechterte und andererseits auf Grund der wachsenden österreichischen Bevölkerung kein Bedarf an GastarbeiterInnen mehr bestand. Die Folge war Arbeitslosigkeit unter den In- und AusländerInnen. Außerdem war der Aufenthalt der MigrantInnen nicht mehr kurzfristig geplant, viele hatten auch ihre Familien dabei. Neben dieser schon schwierigen Lage kam es in den 90ern auch noch zu Asyl und

283 Vgl. Uram 2009, 65.

284 Vgl. Uram 2009, 66- 67.

285 Vgl. Polgar 2002, 83.

286 Vgl. Biffl 2004, 17.

Flüchtlingsströme nach Österreich. Doch ein Untersuchungsergebnis zeigte, dass sich trotz dieser schlechteren Lage die Einzahlungen der MigrantInnen in das österreichische Sozialsystem die Auszahlungen nicht übersteigen²⁸⁷.

8.2.2 MigrantInnen erhöhen die Kriminalität

2004 gab es gegen 247.000 Menschen in Österreich polizeiliche Ermittlungen. Mehr als 71.000 davon hatten keine österreichische Staatsbürgerschaft. Das beträgt ca. 29%. In Oberösterreich waren von den Tatverdächtigen 22% ohne österreichischer Staatsbürgerschaft. Doch ungefähr 1/3 der Tatverdächtigen lebt nicht dauerhaft in Österreich und verfälschen somit das Bild. 15% der Tatverdächtigen haben einen TouristInnen Status. 5% von ihnen haben keinen rechtmäßigen Aufenthaltstitel und 12% einen unbekannten Aufenthaltsstatus. Auch unter den in Österreich verurteilten Personen sind 30% ohne österreichischer Staatsbürgerschaft. 2003 hatten 41% der Häftlinge in österreichischen Gefängnissen keine österreichische Staatsbürgerschaft²⁸⁸.

8.2.3 MigrantInnen wollen nicht arbeiten

Gudrun Biffl hat die Erwerbssituation von MigrantInnen an Hand der letzten Volkszählung 2001 untersucht. 600.000 (15%) arbeitende Menschen in Österreich haben entweder einen primären oder einen sekundären Migrationshintergrund. Die Arbeitslosenquote liegt in Österreich bei 6,4%. Unter den ÖsterreicherInnen ist die Arbeitslosenquote 5,5%, im Vergleich dazu sind 10,6% der eingebürgerten MigrantInnen laut dem Stand von 2001 arbeitslos. AusländerInnen die im Ausland geboren wurden und noch keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, sind zu 11,4% arbeitslos. Mit 13,8% weisen in Österreich geborene Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft die höchste Arbeitslosenquote auf²⁸⁹. Grund für diese zum Teil hohe Differenz ist nach Biffl die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur. Wenn man die Werte betrachtet und dabei Alter, Geschlecht, Qualifikations- und Berufsstruktur bereinigt, zeigt sich, dass ca. 57% der Differenz der Arbeitslosenquote auf Grund von Strukturunterschieden in der Bevölkerung differenziert sind. Gründe dafür sind einerseits, dass im Ausland gut ausgebildete MigrantInnen ihre Ausbildung in Österreich nicht immer anrechnen können, andererseits

287 Vgl. Biffl 2004, 18.

288 Vgl. Leibetseder 2006, 77- 79.

289 Vgl. Biffl 2007, 265- 266.

aber auch sprachliche Hürden und die mangelnde Präsenz der MigrantInnen in lokalen sozialen Netzwerken, die oft zu einem Vorteil bei der Arbeitssuche verhelfen. Außerdem muss erwähnt werden, dass MigrantInnen aus unterschiedlichen Ländern auch unterschiedliche Arbeitslosenquoten aufweisen. MigrantInnen aus dem Nahen Osten und aus Afrika weisen mit 17,6% die höchsten Arbeitslosenquoten auf, dicht gefolgt von TürkInnen mit 16%. Dabei ist zu erwähnen, dass die Arbeitslosenquote auch von den Frauen abhängt und gerade bei muslimischen Frauen die Arbeitslosenquote mit 16% am höchsten ist, gefolgt von Jüdinnen mit 13% und orthodoxen mit 12,1%²⁹⁰.

Laut Stand von 1999 besteht weiters eine „Gläserne Decke“ für MigrantInnen sowie die 2. Generation wenn es um beruflichen Aufstieg geht, der unabhängig von ihrer Ausbildung existiert²⁹¹.

Auch das bereits erwähnte Inländerschutzgesetz, trägt vermutlich zu einer höheren Arbeitslosenquote unter AusländerInnen bei, da Arbeitgeber bei gleicher Tätigkeit die ausländischen ArbeitnehmerInnen zuerst kündigen müssen²⁹².

290 Vgl. Biffl 2007, 265- 279- 281.

291 Vgl. Fassmann/ Münz/ Seifert 1999, 111.

292 Vgl. IOM 2004, 19.

IV. Praktischer Teil

9. Empirische Studie

In diesem Kapitel soll die Einstellung von in Linz lebenden bosnischen MigrantInnen mithilfe von Leitfadeninterviews dargestellt werden sowie die Einschätzung der Migrationssituation in Linz durch dort agierende ExpertInnen.

Die 15 durchgeführten Interviews wurden mit einem Audio- Gerät aufgenommen und anschließend transkribiert. Das Transkribieren sollte allerdings keiner sprachlichen Analyse dienen, sondern die Verwertbarkeit der Aussagen erleichtern. Die befragten MigrantInnen wurden nicht nach repräsentativen Gesichtspunkten ausgewählt, da ein so kleines Sample keinen Anspruch von Repräsentativität hat. Da auch MigrantInnen, deren Lebenssituation weitgehend ähnlich scheint, unterschiedliche Einstellungen zu den Fragen gezeigt haben, erschien das nicht als problematisch, weiters muss die Bereitschaft zur Teilnahme an diesen Interviews ein Selektionsfaktor beachtet werden.

9.1 Vorstellung der ExpertInnen

Unter den ausgewählten ExpertInnen, für diese Interviews, wurden einerseits PolitikerInnen aus Linz und vom Land Oberösterreich befragt, die sich mit Migration beziehungsweise Integration beschäftigen, andererseits aber auch AkteurInnen, die dieses Thema außerhalb der Parteienpolitik behandeln. Da vermutlich die Frage auftauchen wird, warum kein Interview mit Klaus Luger, Vize Bürgermeister und Integrationsstadtrat der Stadt Linz durchgeführt wurde, muss hier erwähnt werden, dass das Interview leider aus terminlichen Gründen seinerseits abgesagt werden musste. Stattdessen wurde Herr Luger von Mag. Belmir Zec vertreten, mit dem es allerdings bereits einen anderen Interviewtermin gegeben hätte.

9.1.1 Beiräte des Migrations- und Integrationsbeirates (MIB)

1996 wurde der AusländerInnen- Integrationsbeirat (AIB) gegründet, um eine politische Interessensvertretung für LinzerInnen mit Migrationshintergrund darzustellen. Ende 2008 wurde der Beirat in Migrations- und Integrationsbeirat Linz (MIB) umbenannt. Eine weitere

Änderung war außerdem, dass die VertreterInnen der migrantischen Vereine ebenfalls in den Beirat bestellt wurden. Der MIB setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen. Jeweils eine Vertreterin der Parteien SPÖ, ÖVP, Grüne und FPÖ haben eine beratende Funktion²⁹³. Für die Interviews wurden alle vier Vertreterinnen der Parteien interviewt, da diese einen Bezug zum MIB haben und andererseits auch ein kleiner Einblick über die politische Arbeit der vier Politikerinnen zum Thema Migration und Integration ermöglicht wurde. Die vier Gemeinderätinnen, die im Migrations- und Integrationsbeirat vertreten sind, sind Beirätinnen und können somit nur beratend fungieren ohne Stimmrecht.

Marie- Edwige Hartig Gemeinderätin und Integrationssprecherin bei den Grünen in Linz. Ihr Zugang zum Thema Migration und Integration ist einerseits ihr eigener Migrationshintergrund, da sie mit sieben Jahren aus Kamerun nach Österreich migriert ist und selbst Diskriminierung erlebt hat, und andererseits ihre politische Arbeit, die 2005 bei der Gründung der Black Community begann. Seit der letzten Gemeinderatswahl im September 2009 ist Marie- Edwige Hartig Beirätin im MIB²⁹⁴.

DI.in Ana Martincevic Gemeinderätin bei der SPÖ und Juristin in der Arbeiterkammer mit wechselnder Beratungssprache. Ihr Zugang zu diesem Thema ist neben ihrer politischen Tätigkeit ihr eigener Migrationshintergrund. Sie migrierte 1982 von Kroatien nach Österreich und hat dadurch selbst erfahren, welche Probleme MigrantInnen in Österreich haben²⁹⁵.

Ute Klitsch, Gemeinderätin bei der FPÖ ist seit ungefähr zehn Jahren Beirätin im Migrations- und Integrationsbeirat. Abgesehen von ihrer Tätigkeit im Gemeinderat hat sie Kontaktpunkte mit MigrantInnen durch ihre Arbeit im Tourismusbereich sowie durch ihre Wohngegend, in der ein hoher Anteil an MigrantInnen leben²⁹⁶.

Dir. Cornelia Polli, Gemeinderätin bei der ÖVP. Sie beschäftigt sich einerseits durch ihre politische Tätigkeit mit dem Thema Migration und Integration, da sie Ortsparteiobfrau in einem Linzer Viertel mit sehr hohem MigrantInnenanteil ist, weiters ist sie Integrationssprecherin der Linzer ÖVP und ist seit 2003 im MIB. Polli ist Direktorin in einer Linzer Hauptschule mit einem hohen MigrantInnenanteil. Im letzten Jahr hatten von 240

293 Vgl. <http://www.linz.at/soziales/5207.asp>, 27.1.2010, 14:30.

294 Vgl. Interview 1, 5.1.2011.

295 Vgl. Interview 2, 11.1.2011.

296 Vgl. Interview 8, 1.3.2011.

SchülerInnen 40 keinen Migrationshintergrund (HS 11, Diesterwegschule)²⁹⁷.

9.1.2 Integrationsbeauftragter der Stadt Linz

Der Integrationsbeauftragte der Stadt Linz, Mag. Belmir Zec kommt ursprünglich aus Bosnien und lebt seit 2005 in Österreich. Seit 2006 ist er in Linz, zwischen 2007 und 2008 arbeitete als Integrationsbeauftragter in der Volkshochschule im Wissensturm und seit 2007 ist seine Funktion die des Integrationsbeauftragten im Integrationsbüro der Stadt Linz. Der Zugang zu dem Thema Integration kam vor allem durch seinen eigenen Migrationshintergrund und die selbst erlebten Schwierigkeiten Deutsch zu lernen und sich zu integrieren²⁹⁸.

Belmir Zec über das 1991 gegründete Integrationsbüro Linz. *„Wir versuchen die Verwaltung, das Magistrat intern, zu öffnen. Zweitens sind wir auch eine Stelle für Information und Beratung. Drittens sind wir Geschäftsstelle des Migrations-Integrationsbeirates. Viertens entwickeln wir die Maßnahme zur Förderung der Integration von Zugewanderten. Wir bemühen uns sozusagen als eine Plattform für verschiedene Vernetzungstätigkeiten zu dienen. Zusätzlich versuchen wir verschiedene Stellungnahmen in Bezug auf verschiedene Anfragen abzuliefern. Beziehungsweise vorzubereiten. Und letztendlich leisten wir auch Grundlagenarbeit, wo wir verschiedene Recherchen oder verschiedene Studien machen“*²⁹⁹.

9.1.3 Migrare- Zentrum für MigrantInnen in OÖ

Mag.a Mag.a (FH) Magdalena Danner entwickelte ihr Interesse für das Thema Migration und Integration schon während ihres Studiums und arbeitet seit 2006 bei Migrare. Die Aufgabenbereiche von Migrare sind in drei Gebiete geteilt. Das Beratungszentrum, das es seit 1985 gibt, das Projektzentrum und das Kompetenzzentrum. Im Beratungszentrum und im Kompetenzzentrum besteht ein direkter Kontakt zu MigrantInnen, während es im Projektzentrum vom jeweiligen Projektthema abhängt³⁰⁰.

297 Vgl. Interview 15, 15.3.2011.

298 Vgl. Interview 4, 17.1.2011.

299 Interview 4, 17.1.2011.

300 Vgl. Interview 3, 13.1.2011.

9.1.4 Land Oberösterreich

Josef Ackerl ist Vize- Landeshauptmann in Oberösterreich und als Soziallandesrat unter anderem seit 1993 auch für Integration zuständig³⁰¹.

Dr.in Renate Müller. Integrationsbeauftragte des Landes Oberösterreich. Die Integrationsstelle Oberösterreich, die 2001 gegründet wurde fördert Projekte und Initiativen in Oberösterreich. Gefördert werden Institutionen, Organisationen, Gemeinde und Vereine, die aktiv Integrationshilfe leisten³⁰².

9.2 Vorstellung der bosnischen MigrantInnen

Die bosnischen MigrantInnen, die sich bereit erklärt haben, bei den Interviews mitzumachen, wurden nicht nach repräsentativen Merkmalen ausgesucht. Es wurde nicht versucht bosnische MigrantInnen nach gewissen Aspekten zu selektieren, da es an dieser Stelle nicht darum geht einen repräsentativen Abriss der bosnischen MigrantInnen in Österreich zu zeigen, sondern die Erfahrungen dieser einzelnen Fallbeispielen den Meinungen der ExpertInnen gegenüber zu stellen.

Kenan Purak ist ein 26 jähriger technischer Angestellte. Er ist österreichischer Staatsbürger und sieht sich selbst als gläubiger Moslem. Kenan ist im Alter von sieben Jahren wegen des Bürgerkrieges in Bosnien nach Österreich gekommen³⁰³.

A. B. Ist eine 23 Jahre alte Studentin der Johannes Kepler Universität Linz. Sie ist mit fünf Jahren wegen des Krieges in Bosnien mit ihrer Familie nach Österreich migriert und hat die österreichische Staatsbürgerschaft, ist zwar gläubige Muslima praktiziert nach eigenen Angaben ihre Religion aber nicht. Auf ihren Wunsch wurde ihr Name in dieser Arbeit unkenntlich gemacht³⁰⁴.

Damir Hamsic ist ein 27 Jahre alter Student an der Johannes Kepler Universität. Er ist bosnischer Staatsbürger. Er bezeichnet sich selbst als Gläubiger des modernen Islams. Während des Krieges ging er mit seiner Familie nach Deutschland, durfte dort aber nach dem Krieg nicht bleiben und kehrte deshalb wieder nach Bosnien zurück. Damir kam im

301 Vgl. Interview 5, 27.1.2011.

302 Vgl. Interview 6, 25.2.2011.

303 Vgl. Interview 7, 26.2.2011.

304 Vgl. Interview 9, 1.3.2011.

Alter von 21 Jahren nach Linz³⁰⁵.

MSc Almir Balihodzic ist 25 Jahre und österreichischer Staatsbürger. Er arbeitet als Hardware- Software Entwickler und kam im Alter von sechs Jahren wegen des Krieges in Bosnien nach Linz. Almir ist gläubiger Moslem³⁰⁶.

Edin Gudic ist 35 Jahre alt und arbeitet als Verkäufer. Er lebt seit seinem 14. Lebensjahr in Österreich, ist aber bosnischer Staatsbürger. Nach seinen eigenen Angaben ist er sehr gläubig. Für Edin wäre es das Beste, wenn er die bosnische und die österreichische Staatsbürgerschaft haben könnte, da er *„ein Herz hat, in dem zwei Teile sind: Österreich und Bosnien“*³⁰⁷.

Nisvet Veladzic, ist ein 38 Jahre alter Arbeiter, der im Alter von 17 Jahren nach Österreich gekommen ist. Er ist österreichischer Staatsbürger und gläubiger Moslem³⁰⁸.

Adnan A. lebt, seit er 12 Jahre alt ist. in Österreich. Er ist heute 28 und arbeitet als Zerspanungstechniker. Er ist zwar gläubiger Moslem, praktiziert seinen Glauben aber nicht. Sein Name wurde auf seinen Wunsch unkenntlich gemacht³⁰⁹.

9.3 Migrationspolitik in Linz

Die Einstellung der Stadt Linz zu MigrantInnen war unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg sehr restriktiv. Der Vorschlag seitens Linz war es, Volksdeutsche aus Südtirol, Südböhmen und Südmähren aufzunehmen und die restlichen Flüchtlinge wieder abzuschieben³¹⁰. Mittlerweile hat sich diese Einstellung sehr stark geändert, da Linz als Industriestadt ein wichtiger Anlaufpunkt vor allem für GastarbeiterInnen war. Auch bei den durchgeführten Interviews mit ExpertInnen, die sich selbst mit Migrationsthemen beschäftigen und in diesem Bereich arbeiten, ist diese veränderte Einstellung und der positive Zugang zu Migration sehr stark aufgefallen.

9.3.1 Linz als Zielstadt

Prinzipiell decken sich die Aussagen der ExpertInnen weitgehend miteinander. Der Anreiz

305 Vgl. Interview 10, 1.3.2011.

306 Vgl. Interview 11, 1.3.2011.

307 Interview 12, 3.3.2011.

308 Vgl. Interview 13, 3.3.2011.

309 Vgl. Interview 14, 4.3.2011

310 Vgl. Weigl 2009, 54.

nach Linz zu ziehen überschneidet sich bei der Meinung von ExpertInnen und bosnischen MigrantInnen ebenfalls. Zwar geben ExpertInnen bei den Gründen oft auch wirtschaftliche Motive an, wie 205.000 vorhandene Arbeitsplätze, bei einer EinwohnerInnenanzahl von 190.000 (inklusive Menschen im nicht arbeitsfähigen Alter)³¹¹. Aber auch der Anreiz des Ballungsraums und der damit einhergehenden Infrastruktur wird immer wieder genannt³¹². Als weiterer Grund wird erwähnt, dass Familie, Bekannte oder Freunde die bereits migriert sind, einen Einfluss auf die Entscheidung des Zielortes haben³¹³. Magdalena Danner meint dazu *„Ich glaube, dass eine bewusste Entscheidung nicht so oft gefällt wird. [...] Ich glaube eher, dass das über Familiennachzug und freundschaftliche Beziehungen stattfindet. Ich glaube so weit fortgeschritten sind wir noch nicht, dass sich Personen wirklich Linz als Zielpunkt aussuchen. Wobei ich Linz empfehlen würde, weil sie sich so positiv positionieren. Ich glaube das ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Zukunft“*³¹⁴.

Belmir Zec ist der Ansicht, dass die früheren Migrationswellen nach Linz die vorhandenen Arbeitsplätze als Anreiz hatten. Doch heute hauptsächlich danach entschieden wird, wo bereits Teile der Familie oder Bekannte leben, da man dadurch einen Vorteil in Bezug auf Information hat. Als Anreizpunkt für die Zielgruppe von StudentInnen und KünstlerInnen nennt Zec Linz als Universitätsstadt und als Kulturhauptstadt³¹⁵.

Renate Müller hebt hierbei AsylwerberInnen hervor, da diese auf Grund der Quote, die es für Oberösterreich gibt, und der Verfügbarkeit von freien Quartieren zugeteilt werden, ohne den Zielort selbst bestimmen zu können. Erst nach einem positiven Asylbescheid können Asylberechtigte innerhalb Österreichs migrieren³¹⁶.

Ute Klitsch meint dazu *„Meine ganz persönliche Einschätzung ist, dass es nichts mit der Stadt Linz zu tun hat, sondern dass Migranten generell gerne in Ballungsräume gehen. Das stell ich in ganz Europa fest. Es ist nicht so ein Unterschied ob ein Migrant oder eine Migrantin nach Linz, Köln, Berlin, oder Graz kommt. Es ist vieles ähnlich überall die Situation. Also Hauptsache ein Ballungsraum und kein ländliches Gebiet“*³¹⁷.

Die, bei den Leitfadeninterviews befragten, bosnischen MigrantInnen haben ihre eigene Migrationsgeschichte erzählt. Ihre Gründe nach Linz zu kommen entsprechen jenen, die

311 Vgl. Interview 1, 5.1.2011.

312 Vgl. Interview 2, 11.1.2011.

313 Vgl. Interview 2, 11.1.2011.

314 Interview 3, 13.1.2011.

315 Vgl. Interview 4, 17.1.2011.

316 Vgl. Interview 6, 25.2.2011.

317 Interview 8, 1.3.2011.

von den ExpertInnen genannt wurden.

Bei Kenan Purak war das Kriterium für das Zielland, dass seine Familie und er Bosnien während des Krieges so schnell wie möglich verlassen wollten. Österreich war kein geplantes Ziel, sondern hat sich ergeben. Kenan kam mit seiner Familie nach Linz in das Flüchtlingslager der Caritas, das sich in der Mozartschule befand. Von dort aus, wurde er nach wenigen Wochen mit seiner Familie von einer Familie im Mühlviertel aufgenommen, wo er bis 1996 lebten. Anschließend bekam seine Familie eine eigene Wohnung. Erst durch seine Arbeitsstelle ist Kenan wieder nach Linz gezogen³¹⁸.

Auch die Familie von A. B. verließ Bosnien wegen des Krieges. Ihre Familie kam nach Linz, weil ihr Vater bereits als Gastarbeiter in Linz beschäftigt war³¹⁹. Damir Hamsic kam im Alter von 21 Jahren nach Linz, um an der Johannes Kepler Universität Sozialwirtschaft zu studieren. In Bosnien hatte er wegen der dort existierenden Aufnahmetests an den Universitäten und der hohen Nachfrage im Vergleich zum Angebot an Studienplätzen nicht die Möglichkeit zu studieren. Der Grund, nach Linz zu kommen, war, dass hier Verwandte von ihm leben, die ihn unterstützen³²⁰.

Almir Balihodzic verließ bei Kriegsbeginn mit seiner Familie Bosnien. Da sein Vater bereits seit den 70er Jahren in Linz arbeitete, um die Familie finanziell zu unterstützen, kam die noch in Bosnien lebende Familie ebenfalls nach Linz³²¹.

Edin Gudic wurde Anfang 1992 von seinem Vater, der seit 1976 in Linz als Gastarbeiter beschäftigt war, nach Linz geholt, um der sich anbahnenden politischen Eskalation in Bosnien zu entgehen und bessere Zukunftschancen zu bekommen³²².

Nisvet Valadzic besuchte noch vor dem Krieg seine Eltern, die in Linz arbeiteten. In dem Haus, in dem seine Eltern lebten, war eine Bäckerei. Als ihn der Bäcker fragte, ob er während der Ferien Geld verdienen möchte, fing er in der Bäckerei an zu arbeiten und beschloss nach zwei Wochen nicht mehr nach Bosnien zurück zu kehren, sondern in Linz zu bleiben³²³.

Adnan A. lebte mit seiner Mutter in Bosnien. Sein Vater und sein Großvater waren wegen der wirtschaftlichen Lage nach Linz gezogen. Während des Krieges in Bosnien war die Familie deshalb getrennt. Nach zweieinhalb Jahren bot die UN eine

318 Vgl. Interview 7, 26.2.2011.

319 Interview 9, 1.3.2011.

320 Vgl. Interview 10, 1.3.2011.

321 Vgl. Interview 11, 1.3.2011.

322 Vgl. Interview 12, 3.3.2011.

323 Vgl. Interview 13, 3.3.2011.

Familienzusammenführung an. Zuerst kamen Adnan und seine Mutter nach Kroatien und als nach zwei Monaten die Papiere fertig waren konnten sie nach Österreich beziehungsweise Linz kommen³²⁴.

9.3.2 Der Umgang der Stadt Linz mit MigrantInnen

Der Umgang der Stadt Linz mit MigrantInnen ist laut Danner weder besser noch schlechter als in anderen Städten, die man von Größe und MigrantInnenanteil vergleichen kann³²⁵.

Renate Müller beschreibt die Einstellung in Linz so, dass sich die Stadt mittlerweile viel bewusster mit dem Thema auseinandersetzt. Man ist sich im Klaren, dass MigrantInnen am Beginn ihres Aufenthaltes gewisse Informationsbedürfnisse haben, das zeigt auch die Zusammenstellung der Willkommensmappe, die an Neuzugewanderte und jene die ihren Aufenthaltstitel verlängern ausgehändigt wird³²⁶. *„Das sind aber erst zaghafte Versuche. Jetzt so generell ein Programm wie in Wien gibt es in Oberösterreich nicht. Verschiedene Gemeinden, oder auch Städte versuchen mit Willkommensmappen oder Broschüren einmal die Neuzugewanderten zu informieren. Ich denke, dass hier noch sehr viel Handlungsbedarf ist, dass man die Menschen hier willkommen heißt. [...] Erst seit kurzer Zeit gibt es eine systematische Auseinandersetzung mit dem Thema. Also denke ich, werden wir noch einige Jahre eine Aufholung in der Integrationspolitik verfolgen müssen“*³²⁷.

Für Magdalena Danner ist der Umgang mit MigrantInnen in Wien ebenfalls anders, das lässt sich aber für sie auch mit der höheren Anzahl begründen. Ihrer Meinung nach ist Linz „nicht schlecht unterwegs“, aber trotzdem der Realität hinterher³²⁸.

Ana Martincevic betont, dass Migration in Linz bei weitem kein Randthema mehr ist. *„Es ist ein Hauptthema, besonders im Bereich Soziales. Es ist einfach das wichtigste Thema überhaupt. Man hört, dass viele Projekte gemacht werden, dass die Bildungsschiene ein wichtiger Punkt für Integration ist“*³²⁹. Weiters meint Martincevic, dass Linz im Vergleich zum Rest von Österreich intensiver mit dem Thema Migration und Integration umgeht und es endlich ernster nimmt. Anzeichen dafür, sind für Martincevic die Veränderung der

324 Vgl. Interview 14, 4.3.2011.

325 Vgl. Interview 3, 13.1.2011.

326 Vgl. Interview 6, 25.2.2011.

327 Interview 6, 25.2.2011.

328 Vgl. Interview 3, 13.1.2011.

329 Interview 2, 11.1.2011.

Struktur, wie die Existenz eines Integrationsstadtrates³³⁰.

Belmir Zec antwortet auf die Frage ob Linz anders mit MigrantInnen umgeht als der Rest von Österreich. *„Ich glaube Linz hat einen Sonderstatus. Linz ist Hauptstadt von Oberösterreich. Linz ist- glaube ich- ein Motor für die Entwicklung von Oberösterreich. Linz ist eine Industriestadt, Linz ist eine Kulturhauptstadt. Das heißt- natürlich gehen wir vielleicht anders um mit den MigrantInnen. Wir sind offen“*³³¹.

Josef Ackerl betont die gute Zusammenarbeit mit den MigrantInnen, die Beseitigung der sprachlichen Barrieren und die Möglichkeit kulturelle Vielfalt zu leben. *„Ich glaub, dass es institutionell überwiegend einen positiven Zugang gibt.“*³³².

Müller ist der Ansicht, dass es österreichweit in Bezug auf die Integrationsmaßnahmen eigentlich keine Unterschiede im Umgang mit MigrantInnen gibt *„Es gibt jetzt mittlerweile in allen Bundesländern Integrationszuständige. Aber natürlich, je nachdem wann man begonnen hat, ist man natürlich noch nicht so weit, in den Bemühungen. Das braucht einfach auch seine Zeit, bis sich das entwickelt. Aber es gibt jetzt überall die Bemühungen“*³³³.

Ute Klitsch meint, dass der Umgang von Wien, Linz und Graz mit MigrantInnen sehr ähnlich ist. Klitsch beschreibt die Situation so, dass diese 3 Städte offener und zugänglicher zu diesem Thema sind und es stärker thematisieren³³⁴.

Cornelia Polli wäre für eine gerechtere Aufteilung der Quote der aufzunehmenden MigrantInnen, da ihrer Meinung nach manche Bundesländer zu viele und andere zu wenig MigrantInnen haben und Oberösterreich laut ihr diese Quote mehr als erfüllt³³⁵.

9.3.3 Veränderung der Migrationspolitik in Linz

Die Sichtweisen der befragten ExpertInnen sind sehr ähnlich und sie beschreiben eine positive Veränderung in Bezug auf den Umgang mit MigrantInnen in Linz in den letzten Jahren.

Ute Klitsch meint, dass das Thema Migration und Integration in den letzten sechs bis acht Jahren wesentlich wichtiger geworden ist. Die Thematisierung ist mittlerweile sehr stark

330 Vgl. Interview 2, 11.1.2011.

331 Interview 4, 17.1.2011.

332 Interview 5, 27.1.2011.

333 Interview 6, 25.2.2011.

334 Vgl. Interview 8, 1.3.2011.

335 Vgl. Interview 15, 15.3.2011.

und man findet sie in jedem politischen Bereich³³⁶.

Martincevic teilt diese Meinung ebenfalls *„Jetzt, in jetziger Zeit definitiv besser. Wenn ich das jetzt vergleiche mit vor 10 oder 15 Jahren, das ist 100 und 1. Weil sich einfach auf der Migrationsschiene was tut. In Linz gibt es ja diesen Migrations- und Integrationsbeirat. Es gibt den Integrationsstadtrat. Die Struktur ist einfach eine andere und die Menschen merken das“*³³⁷.

Danner betont ebenfalls die strukturelle Verbesserung in Linz. *„Es wird zumindest nicht mehr verschwiegen. Wir haben jetzt einen Integrationssprecher in Linz, der ist für mehrere Fragen der Integration zuständig. Das heißt strukturell wird Realität anerkannt schön langsam“*³³⁸.

Für Ackerl ist die Erkenntnis der Wichtigkeit von Bildung und die darauf angepassten Integrationsmaßnahmen eine große Verbesserung der letzten Jahre. *„Also aus meiner Sicht ist der fachliche Zugang mehr geworden. Das heißt der Wunsch, den Menschen zu einem ordentlichen Bildungsabschluss zu verhelfen, sofern sie das benötigen, ist sehr konsequent in die Tat umgesetzt worden und das hat zum Beispiel mit dem Hauptschulabschluss zu tun,, aber auch mit anderen Bildungsmöglichkeiten. Mir ist auch bewusst geworden, dass Deutsch, also unsere Sprache lernen ein Hebel für die weitere Entwicklung ist und das ist dadurch, dass wir seit 2 Jahren ein Integrationsleitbild haben auch gewährleistet, dass strukturierter gearbeitet wird.“*

9.4 Maßnahmen um in Linz Integration zu fördern

Die ersten zwei der hier vorgestellten Integrationsmaßnahmen wurden zwar vom Land Oberösterreich entwickelt, betreffen aber die MigrantInnen in Linz ebenso.

2008 wurde das Integrationsleitbild für Oberösterreich verabschiedet, das zuvor zwei Jahre lang erarbeitet wurde³³⁹. Neben allgemeinen Vorgaben wie sich MigrantInnen und ÖsterreicherInnen verhalten sollen damit Integration möglich ist, findet man im Integrationsleitbild OÖ auch konkrete Maßnahmen für Integration. Um diese Maßnahmen zu veranschaulichen, werden aus den angeführten Bereichen Sprache, Bildung, Wirtschaft, Öffentliche Verwaltung, Gesundheit, Wohnen, Kultur/ Religion sowie Freizeit/

336 Vgl. Interview 8, 1.3.2011.

337 Interview 2, 11.1.2011.

338 Interview 3, 13.1.2011.

339 Vgl. Integrationsstelle OÖ 2008, 5.

Sport zwei Beispiele ausgewählt: Sprache und Verwaltung³⁴⁰. Obwohl betont wird, dass die Kenntnis der deutschen Sprache nicht automatisch bedeutet integriert zu sein, wird sie jedoch als ein essentieller Schritt in Richtung Integration angesehen³⁴¹. Das Integrationsleitbild Oberösterreich sieht vor, dass Sprachförderung für Kinder bereits im Kindergarten angefangen werden. Weiters sollen neben Deutsch für Kinder auch Kurse zum Erlernen der Muttersprache angeboten werden. Bei der sprachlichen Förderung von Erwachsenen sollen vor allem die unterschiedlichen Zielgruppen sowie der Kosten- und der Zeitfaktor berücksichtigt werden, damit die Angebote für Sprachkurse auch wirklich in Anspruch genommen werden. Ein Beispiel hierfür ist „Mama lernt Deutsch“, ein Kurs, der für nicht erwerbstätige Mütter angeboten wird und oft gleichzeitig eine Kinderbetreuung beinhaltet³⁴². Auch im Bereich Verwaltung müssen Anpassungen stattfinden, die darauf abzielen die in Oberösterreich lebenden MigrantInnen ebenfalls zu berücksichtigen. Zu den konkreten Maßnahmen im Bereich Verwaltung gehört ein Willkommen- Informationspaket, das MigrantInnen in verschiedenen Sprachen informieren soll. Ebenfalls soll der Anteil an VerwaltungsmitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in Oberösterreich erhöht werden³⁴³.

Diese 190 Seiten umfassende Willkommens- Infomappe, die von der Integrationsstelle Oberösterreich herausgegeben wurde, bietet eine Orientierungshilfe für MigrantInnen in Oberösterreich. Neben allgemeinen Informationen zu Österreich und Oberösterreich findet man auch rechtliche Bedingungen für Aufenthalt und Niederlassung sowie Informationen über Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Familie und Zusammenleben in Oberösterreich. Die letzten beiden Kapitel sind zum Thema Umweltschutz und Information zum Wohnbezirk. Diese Mappe ist, wie die meisten Informationen des Landes Oberösterreich zu Migration und Integration, in unterschiedlichen Sprachen erhältlich³⁴⁴.

Eine weitere Maßnahme stellt die MigrantInnen Infocard der Stadt Linz dar. Diese wurde vom AusländerInnen Integrationsbeirat zusammengestellt und soll MigrantInnen einen Überblick über die Existenz von für sie wichtigen Institutionen sowie deren Kontaktdaten geben. Aufgeteilt ist die MigrantInnen Infocard nach den Bereichen Arbeit, Asyl.,

340 Vgl. Integrationsstelle OÖ 2008, 31- 45.

341 Vgl. Integrationsstelle OÖ 2008, 31.

342 Vgl. Integrationsstelle OÖ 2008, 33.

343 Vgl. Integrationsstelle OÖ 2008, 36.

344 Vgl. http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_willkommensmappe.pdf, 15. 1. 2011, 12:40.

Staatsbürgerschaft, Aufenthalt, Beratung, Studium, Deutschkurse, DolmetscherInnen und weiteren wichtigen Adressen³⁴⁵.

2008 wurde in einigen Linzer Kindergärten das „Rucksack- Modell“ gestartet. Hierbei geht es um eine sehr frühe Sprachförderung sowie eine starke Einbeziehung der Eltern und dadurch resultierende Verbesserungen in der Erziehungskompetenz. Durch dieses Projekt soll den Kindern das Erlernen ihrer Muttersprache erleichtert werden, die dann wiederum Einfluss auf das Erlernen der Deutschen Sprache hat³⁴⁶.

Die Stadt Linz versucht MigrantInnen durch besseren Zugang zu Informationen das Zurechtfinden in Linz zu erleichtern. Aus diesem Grund werden wichtige Informationsbroschüren, wie jene vom Land Oberösterreich, in unterschiedlichen Sprachen angeboten. Ein Beispiel hierfür ist die Broschüre „Gesund in Linz“. Sie ist in 9 verschiedenen Sprachen (Deutsch, Albanisch, Bosnisch- Kroatisch- Serbisch, Englisch, Französisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch) erhältlich und soll MigrantInnen über allgemeine Informationen wie Kranken- und Unfallversicherung, über psychosoziale Beratungsangebote bis zu muttersprachlichen Behandlungsangeboten informieren³⁴⁷.

Im Gegensatz zu den ExpertInnen, die die Mehrsprachigkeit der Informationsmaterialien immer wieder positiv hervorheben, meinte A.B., dass Linz damit einen Rückschritt mache. Ihrer Meinung nach sollten MigrantInnen Broschüren nicht in ihren Muttersprachen bekommen, da ansonsten der Anreiz verloren geht Deutsch zu lernen. Sie findet diese mehrsprachigen Broschüren zwar vor allem für Eltern hilfreich, weiß aber aus eigener Erfahrung, dass wenn die Eltern die deutschen Broschüren nicht verstehen, ihre Kinder fragen würden und dazu noch einen Lerneffekt hätten und sich mit der Sprache auseinander setzen müssen³⁴⁸.

Zu den Maßnahmen, die Linz den MigrantInnen für eine vereinfachtere Integration anbietet gehören laut Hartig das Integrationsmaßnahmenpaket, indem die Sprachförderung ab dem ersten Kindergarten tag beschlossen wurde. Wichtig dabei findet Hartig, dass die vorhandenen Förderprogramme nicht nur für MigrantInnen, sondern für die gesamte

345 Vgl. http://www.linz.at/images/MigrantInnenCard_05.pdf, 12.1.2011, 14:30.

346 Vgl. http://www.linz.at/presse/2010/201001_49561.asp, 13.2.2011, 18:20.

347 Vgl. <http://www.linz.at/soziales/5241.asp>, 12. 1. 2010, 14:20.

348 Vgl. Interview 9, 1.3.2011.

Bevölkerung angeboten werden³⁴⁹. Ähnlich sieht dies auch Martincevic. Sie betont ebenfalls die Wichtigkeit von Sprachförderung, die bereits im Kindergarten beginnt. Dabei erwähnt sie das Rucksackprojekt und das Leseprojekt, in dem SeniorInnen und Kinder mit Migrationshintergrund gemeinsam lesen und dabei beide Gruppen davon profitieren können. Ebenso wie Hartig lehnt sie aber ab, Sprachförderungen ausschließlich für MigrantInnen anzubieten. Sie meint ebenfalls, dass es keine speziellen Förderungen für MigrantInnen gebe, dies aber mit Absicht sei, da MigrantInnen nicht „extra“ sein sollen, sondern integriert. Weiters ist für sie eine generelle Förderung im Bildungsbereich wichtig, wie Nachhilfe bei Hausaufgaben und Informationsveranstaltungen zum Thema Bildung, da die Bildungssysteme in den Heimatländern oft vom österreichischen unterschiedlich sind und Eltern daher nicht immer ausreichend Bescheid wissen³⁵⁰.

Neben der sprachlichen Förderung erwähnt Hartig auch den Versuch MigrantInnen stärker in die Elternvereine einzubeziehen. Außerdem wurde das Kapitel MigrantInnen in das neue Sozialprogramm aufgenommen in dem Maßnahmen wie Beratungsangebote zu Gesundheit und Öffnung der Verwaltung thematisiert werden³⁵¹.

Bei dem Versuch der Einbindung von Eltern in die Schulgemeinschaft konnte Cornelia Polli als Direktorin der Hauptschule 11 schon viele Erfahrungen machen. *„Man muss die Eltern ins Boot holen, in den Ursprungsländern ist es oft so, dass die Kinder in der Schule abgegeben werden und die Schule die Verantwortung hat. Ich sage ihnen immer, dass es eine Partnerschaft gibt und wir am selben Kind arbeiten. Man muss die Eltern mehr in die Pflicht nehmen, wie ist die große Frage, wie man das schafft.“*³⁵²

Magdalena Danner erwähnt zusätzlich als Maßnahme der Stadt Linz auch noch die Förderung, die Migrare bekommt und die 3 Jahre lang läuft³⁵³.

Zec beschreibt die Integrationsmaßnahmen der Stadt Linz folgendermaßen *„Wir haben seit letzter Gemeinderatsperiode ein Maßnahmen- Paket entwickelt. Wir bemühen uns für eine nicht kurzfristige Entwicklung indem wir versuchen Maßnahmen im Bereich Sprachen und Lernförderung zu forcieren. Natürlich, Bereiche Gesundheit, Sport, Kultur, Verwaltung Jugend und Freizeit sind auch da. Aber in Wirklichkeit haben wir uns in dieser ersten Periode auf die Sprache und Lernförderung der Migranten konzentriert“*³⁵⁴.

349 Vgl. Interview 1, 5.1.2011.

350 Vgl. Interview 2, 11.1.2011.

351 Vgl. Interview 1, 5.1.2011.

352 Interview 15, 15.3.2011.

353 Vgl. Interview 3, 13.1.2011.

354 Interview 4, 17.1.2011.

Cornelia Polli kritisiert die Auswirkungen der Integrationspolitik. *„Es ist viele Jahre verschlafen worden, das Integrationsthema hat man nicht wirklich wahrgenommen. Vieles ist versäumt worden. Die Gastarbeiter sind damals gekommen, weil wir sie gebraucht haben. Man hat nicht wirklich gedacht, dass sie dableiben werden, sie haben es wahrscheinlich selbst nicht geglaubt. Darum gibt es auch die Probleme mit der 1. Generation, von denen viele nicht Deutsch können. Jetzt hat man sich des Themas angenommen.[...] Es geht nicht nur um Angebote, sondern auch darum auch etwas einzufordern. Ich habe den Eindruck, dass viel für die MigrantInnen getan wird, aber wenig eingefordert wird.“*³⁵⁵

Müller warnt davor, dass Angebote geschaffen werden, ohne die Bedürfnisse der Zielgruppe ausreichend zu berücksichtigen *„Es braucht zielgruppenspezifische Angebote, damit diese Angebote auch angenommen werden. Zum Beispiel wenn ich an diese Sprachkurse denke, Mama lernt Deutsch, die werden sehr stark angenommen, weil sie auf die Lebensrückstände der Menschen sehr stark Rücksicht nehmen. Was noch stärker berücksichtigt werden sollte ist, dass die Zielgruppe der MigrantInnen keine homogene Gruppe ist, sondern in sich heterogen ist und man diese Bedarfe einfach noch viel stärker abstimmen müsste“*³⁵⁶.

In Bezug auf Sprachförderung warf Magdalena Danner einige essentielle Fragen auf, die dabei berücksichtigt werden müssen, da sie einen Einfluss auf den Lernerfolg haben. *„Ist die Person am Arbeitsmarkt? Wie ist die finanzielle Ausstattung- kann ich mir Sprachkurse leisten? Muss ich Sprachkurse im Sinne der Integrationsvereinbarung nicht sowieso erfüllen? Wie ist mein Bildungsstand aus dem Herkunftsland? Wie schaut die Sprachkursstruktur in Oberösterreich oder in Linz aus? Wie alt bin ich, das hat auch einen Einfluss darauf wie viel Anteil der Sprache kann ich denn noch lernen“*³⁵⁷?

Kenan Purek beschreibt seine eigene Erfahrung beim Erlernen der deutschen Sprache damit, dass er am ersten Schultag kein einziges Wort Deutsch konnte. Doch durch den Kontakt zu ÖsterreicherInnen hat er Deutsch auch ohne speziellen Deutschkurs gelernt. Heute fühlt er sich in Österreich völlig integriert. Als Kenan mit seiner Mutter, seiner Tante, seiner Cousine und seinem Bruder nach Linz gekommen ist, bekamen sie eine Unterkunft und Verpflegung. Als sie im Zuge der „Nachbar in Not“- Projekte von einer Familie im

355 Interview 15, 15.3.2011.

356 Interview 6, 25.2.2011.

357 Vgl. Interview 3, 13.1.2011.

Mühlviertel aufgenommen wurden, startete für ihn der Integrationsprozess³⁵⁸. *„Für die Integration ist das Land das A und O, weil da kennt jeder jeden, du weißt auch, dass wenn du was falsch machst, da kennt jeder jeden. Die Leute am Land reden miteinander, du wirst begrüßt, Smalltalk. Du bist da automatisch dabei, du musst reden, kommunizieren. In Linz ist es so, wenn du in irgendeinem Hochhaus bist, mit mehreren Parteien. Du kennst vielleicht den Nachbarn gegenüber, über dir und unter dir kennst du nicht. Da musst du nicht reden“*³⁵⁹.

Über seine Einstellung zu Österreich und Bosnien meint er: *„Ich bin immer für Integration, aber man soll ja nicht vergessen wo seine Wurzeln sind. [...] Bei mir ist es so, ich habe ein geteiltes Herz 60% gehören Österreich. Aber ich weiß wo ich bin, ich fahre auch gerne nach Bosnien, besuche die Familie, die noch da ist, aber ich komme auch gerne wieder zurück. Also diesen über drüber Nationalismus, den manche hier fahren, ich muss ehrlich bleiben, ich habe von Bosnien nichts, vom Land selber habe ich nichts. Meine Zukunft ist hier, meine Kinder werden einmal hier sein, davon gehe ich aus, ich hab ein tolles Umfeld hier, ich habe Freunde, ich habe Bekannte.“*³⁶⁰

A. B. erzählt, dass sie sich zwar in Österreich und in Bosnien zuhause fühlt, aber in keinem der beiden Staaten zu 100%, wegen der kulturellen Unterschiede. Sie fühlt sich in Österreich völlig integriert, da sie hier in die Schule gegangen ist, arbeitet, ihren Freundeskreis hat. Zum Erlernen der deutschen Sprache ist ihre Einschätzung, dass sie im Kindergarten alles „aufgeschnappt“ hat. Sie ist der Meinung, dass das als Kind einfacher geht und man nicht wirklich lernen muss. In der Volksschule nahm sie dann am Förderunterricht teil. Damals gab es noch nicht so viele Angebote wie heute³⁶¹.

Damir Hamsic hatte aufgrund seiner Sprachprobleme, die er bei seiner Ankunft in Linz hatte im ersten Studienjahr den Status eines außerordentlichen Studenten. Seine Sprachkenntnisse verbesserte er bei Deutschkursen an der Linzer Universität. Förderprogramme hat er bei seiner Ankunft in Linz keine kennengelernt.

Zu der Frage, welchem Staat er sich zugehörig fühlt, meinte er: *„Nachdem ich mich mein ganzes Leben integriert habe, in Bosnien, Deutschland wieder in Bosnien und in Österreich, würde ich sagen, dass ich mich integriert fühle bzw. mich integriert habe“*³⁶².

358 Vgl. Interview 7, 26.2.2011.

359 Interview 7, 26.2.2011.

360 Interview 7, 26.2.2011.

361 Vgl. Interview 9, 1.3.2011.

362 Interview 10, 1.3.2011.

Almir Balihodzic weiß zwar über die Angebote der Stadt Linz zur Förderung der Integration Bescheid, konnte aber bei seiner Ankunft in Linz keine in Anspruch nehmen. *„Es liegt erst vier, fünf Jahre zurück, dass da etwas gemacht wurde. Das war vielleicht ein falsches Denken der Bevölkerung damals, man dachte, dass die Leute aus Bosnien früher oder später wieder in die Heimat zurückkehren. Erst später kam es dazu, dass man sich um das Thema Integration kümmern musste“*³⁶³.

Almir bezeichnet sich selbst als Österreicher, doch will er auch die Kultur seiner Eltern als Teil von sich behalten und seinen Hintergrund nicht verlieren³⁶⁴.

Auch Edin Gudic konnte bei seiner Ankunft in Österreich kein einziges Wort Deutsch. Drei Monate nach seiner Ankunft konnte er beim BFI einen dreimonatigen Deutschkurs besuchen und einen Monat später mit der Berufsschule beginnen. Ihm half die Freundschaft zu ÖsterreicherInnen, von denen er sprachlich immer verbessert wurde. Was ihm beim Erlernen der deutschen Sprache auch noch half war, dass er bei einer älteren Frau lebte, bei der sein Vater als Gastarbeiter untergebracht war und die jeden Tag mit ihm Deutsch übte. Edin fühlt sich in Österreich sehr integriert³⁶⁵.

Cornelia Polli erklärte im Interview die Situation im Schulsystem. Kinder ohne beziehungsweise mit sehr schlechten Deutschkenntnissen werden als außerordentliche SchülerInnen aufgenommen, diese werden mündlich benotet und bekommen statt eines Zeugnisses eine Schulbesuchsbestätigung. Nach maximal zwei Jahren wird dieser Status in jenen des ordentlichen Schülers/ der ordentlichen Schülerin geändert. Für jedes Kind mit diesem Status bekommt die Schule spezielle Ressourcen zur Förderung der Sprachkenntnisse³⁶⁶.

Nisvet hatte keinen Deutschkurs besucht, da dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich war. Für ihn war es terminlich schwer zu vereinbaren, da der Kurs unter der Woche war und er arbeiten musste³⁶⁷.

Auch Adnan A. sprach zu Beginn kein Wort Deutsch. Er hatte in der Hauptschule zeitweise separaten Unterricht und konnte nicht den gesamten Stoff mitmachen. Nach einem halben Jahr hatte er die Sprache schon so weit gelernt, dass er sich unterhalten konnte³⁶⁸.

363 Interview 11, 1.3.2011.

364 Vgl. Interview 11, 1.3.2011.

365 Vgl. Interview 12, 3.3.2011.

366 Vgl. Interview 15, 15.3.2011.

367 Vgl. Interview 13, 3.3.2011.

368 Vgl. Interview 14, 4.3.2011.

9.5 Probleme durch Migration

Bei den Antworten auf die Frage nach speziellen Problemen beziehungsweise Herausforderungen durch Migration in Linz sind sich die befragten ExpertInnen zwar einig, dass es sich eher um Probleme des zwischenmenschlichen Zusammenlebens handelt, als um Probleme, die durch Migration begründet werden können, doch ein paar der ExpertInnen sehen hohe AusländerInnenanteile in manchen Gebieten als sehr problematisch.

Hartig meint es gibt *„Nicht andere Probleme als in bildungsfernen Schichten. Vielleicht bei Jugendlichen, weil die in den Lehrberufen unterrepräsentiert sind. Wenn man den ganzen Tag nichts zu tun hat, fällt einem schon ein Haufen Blödsinn ein“*³⁶⁹.

Martincevic beschreibt die Situation ähnlich. *„Ich würde sagen, das ist überspitzt. MigrantInnen haben keine anderen Probleme als andere Menschen. Die brauchen auch eine Wohnung und Arbeit“*³⁷⁰.

Zec betont die Notwendigkeit die Ethnisierung von Konflikten zu unterlassen *„In Linz leben Menschen aus 140 verschiedenen Nationen, die sprechen über 100 verschiedene Sprachen. [...] Was wir ständig andeuten, nicht alle Probleme, die man auf Integration schiebt sind die Integrationsprobleme. Es sind gesellschaftliche Probleme, Nachbarschaftskonflikte, manchmal auch zwischen den ÖsterreicherInnen und den MigrantInnen“*³⁷¹.

Müller beschreibt das Problem der fehlenden Sprachkenntnisse und der ungleichen Integrationsstatus. *„Also das wäre auch noch immer ein Thema, wo wir noch immer in der nachholenden Integrationsarbeit sind. Auf der anderen Seite muss man aber schon auch bedenken, dass es halt bereits gut ausgebildete MigrantInnen und Migranten gibt, die schon aktive Gleichstellung einfordern. Und hier haben wir so ein Phänomen, einerseits die nachholende Integration und andererseits schon so eine Integration, dass wir die Menschen miteinbinden in Gremien, ihnen gute Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, sie einen guten Lohn haben möchten. Also die sich sicher nicht mehr mit dem zufrieden geben werden, was die Gastarbeiter hatten.“*³⁷²

369 Interview 1, 5.1.2011.

370 Interview 2, 11.1.2011.

371 Interview 4, 17.1.2011.

372 Interview 6, 25.2.2011.

9.5.1 Wohnsituation für MigrantInnen

Bei der Wohnsituation in Oberösterreich und Linz unterscheiden sich die Situationen der österreichischen und der ausländischen Bevölkerung sehr stark. 70% der österreichischen Bevölkerung leben in der Wohnungskategorie A (Zentralheizung u.ä., Bad/ Dusche, WC), hingegen nur 45% der MigrantInnen. Bei der schlechtesten Kategorie D (kein WC oder keine Wasserinstallation in der Wohnung) bewohnen hingegen nur 7,9% der ÖsterreicherInnen, aber 22,8% der MigrantInnen. Eine zusätzliche Unterteilung wurde auch nach den verschiedenen Herkunftsländern durchgeführt. Dabei fiel auf, dass MigrantInnen aus Deutschland, Lichtenstein und der Schweiz vor allem in Wohnungen der Kategorie A lebten. Jene aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens aber den Großteil der Kategorie D Wohnungen mieten. Kategorie D wurde im Jahr 1991 von 2141 Menschen aus den ehemaligen Jugoslawien gemietet. Platz 2 mit 883 waren TürkInnen³⁷³.

Aus finanziellen Gründen leben MigrantInnen oft in denselben Wohnvierteln. Diese Viertel haben meist schlechtere Lebensbedingungen in Bezug auf Infrastruktur, baulicher Zustand, wenige Grünflächen und schlechtere Chancen auf soziale Integration. Aus diesem Grund wird von einer ethnischen Wohnviertelaufteilung abgeraten, da dies zu langfristigen Problemen führt³⁷⁴.

Prinzipiell ist die Motivation für MigrantInnen sich in Ballungszentren oder in Tourismusgebieten anzusiedeln. Österreichweit lebten 2007 55% der AusländerInnen in den größten Gemeinden. Aus diesem Grund ist auch Linz eine beliebte Zielstadt für MigrantInnen, da ein besseres Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktur vorhanden ist und dies anziehend wirkt³⁷⁵.

Während zwischen 1991 und 2001 viele ÖsterreicherInnen von Linz in das Umland zogen und Linz dadurch einen ungefähren Bevölkerungsrückgang von 20.000 Menschen erfuhr, stieg der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der selben Zeit von 8,8 auf 12,1%. In Absoluten Zahlen erhöhte sich innerhalb dieser 10 Jahren die Zahl der AusländerInnen um 4.356. Die Verteilung der MigrantInnen in Linz ist sehr ungleich. Während in jenen Stadtteilen nördlich der Donau oft maximal 5% MigrantInnen leben und ein Wert von 15% eine Ausnahme darstellt. Auch in den südlichen Teilen von Linz ist der MigrantInnen Anteil eher gering. Hier stechen nur Teile des Südwestens mit 25,1- 35% heraus. Auch im

373 Vgl. Leibetseder 2006, 42- 43.

374 Vgl. Stelzer- Orthofer/ Stadlmayr/ Siegl 2008, 88- 89.

375 Vgl. Stelzer- Orthofer/ Stadlmayr/ Siegl 2008, 24.

Zentrum und den westlichen Teilen von Linz ist der Anteil eher gering. Jedoch im Osten von Linz erreicht der MigrantInnenanteil Spitzenwerte³⁷⁶. Die Situation der Verteilung von MigrantInnen in Linz war auch 2008 noch ungleich. Harbachsiedlung wies den geringsten Teil an MigrantInnen auf, dicht gefolgt von St. Magdalena mit 4,4%. Im Gegensatz dazu leben im Franckviertel 49,1% MigrantInnen. Ebenfalls hoch ist der Anteil der MigrantInnen im Markatviertel (24,5%) sowie im Neustadtviertel (23,6%)³⁷⁷.

Die unterschiedlichen Wohnungsgenossenschaften haben verschiedene Vergabekriterien, die sich in unterschiedlicher Weise auf die Möglichkeit für MigrantInnen auswirken, eine Genossenschaftswohnung zugeteilt zu bekommen. GWG, WAG und Wohnungsfreunde haben für die Wohnungsvergabe an Menschen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft die Bedingung, dass sie zuvor mindestens 5 Jahre lang ihren Hauptwohnsitz in Linz hatten. Neue Heimat und LAWOG haben solche Vorgaben nicht³⁷⁸.

Die Situation speziell in Linz im Jahr 2001 sieht folgendermaßen aus. 7,2% der TürkinInnen, 5% der MigrantInnen aus ex- jugoslawischen Ländern und 3,4% der MigrantInnen aus dem Osten (Polen, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) lebten 2001 noch in Substandardwohnungen der Kategorie D (ohne WC und Wasserinstallation in der Wohnung). Die Wohnungen der Kategorie C (WC und Wasserentnahme in der Wohnung) wurden anteilmäßig am meisten von MigrantInnen aus Ex- Jugoslawien bewohnt (2,6%), jene der Kategorie B (Bad/Dusche, WC) von türkischen MigrantInnen (9,4%). Auffällig ist auch, dass die Wohnungen der besten Kategorie A am wenigsten von ehemals jugoslawischen (86,2%) und türkischen (82,3) MigrantInnen bewohnt werden³⁷⁹.

Hartig: *„Es gibt verschiedene Ansichten zur Ghetto Bildung. Die einen meinen die haben da ihre sozialen Netzwerke, die anderen meinen sie sind halt doch isoliert von der restlichen Gesellschaft. Also da gibt es die unterschiedlichsten Meinungen. Aber grundsätzlich hat man das zu sehr schleifen lassen. Wichtig ist Normen und Rahmen für Entwicklungen zu schaffen“*³⁸⁰.

Martincevic meint dazu ebenfalls, dass eine sehr hohe Konzentration von MigrantInnen in einzelnen Stadtteilen auf ein Versäumnis der Wohnpolitik zurückzuführen ist. Ihrer

376 Vgl. Kohlbacher/ Reeger 2007, 312- 313.

377 Vgl. Stelzer- Orthofer/ Stadlmayr/ Siegl 2008, 27.

378 Vgl. Leibetseder 2006, 46.

379 Vgl. Kohlbacher/ Reeger 2007, 321.

380 Interview 1, 5.1.2011.

Meinung nach ist das nicht die Schuld der MigrantInnen, da es eine gewollte Wohnpolitik ist, MigrantInnen in das letzte Eck abzuschieben. Mittlerweile ist die Situation in Linz, vor allem wegen der gezielten Wohnpolitik der Genossenschaften aber schon besser geworden und somit ist eine bunte Mischung entstanden³⁸¹.

Danner ist der Meinung, dass die benannten „kulturellen Konflikte“ oft keine sind. *„Was wir ganz stark beobachten ist einfach eine starke Kulturalisierung von Konflikten. Also zum Beispiel im Wohnbereich, dass es dann heißt. „Ja die Türken“ oder „Ja die Bosnier“, und dabei sind das aber die Probleme, die auf Grund von Generationenunterschiede entstehen, also alt jung. Begründet wird es dann durch Ethnie oder Herkunft. Und das andere ist, dass diese Probleme oft soziale Probleme sind, die durch Einkommen, Bildung, oder auch Arbeitslosigkeit entstehen und dann auch wieder kulturalisiert werden. Das heißt, ganz viele Probleme, wo man sagt die entstehen im Zusammenhang mit Migration sind althergebrachte Probleme. Und führt aber auch zu einer Hetzstimmung. Mit dem Mascherl kann ich natürlich anders Politik gestalten als ohne dem Mascherl“³⁸².*

Auch Müller teilt die Meinung von Danner und sieht eher soziale Probleme als Auslöser für Konflikte. *„Man muss immer schauen, ob das im Bereich Wohnen eine Frage ist, die sich durch Migration ergibt oder ob nicht andere Faktoren dahinter stehen, die eigentlich das Ausschlaggebende sind. Zum Beispiel die soziale Schicht“³⁸³.*

Klitsch ist der Ansicht, dass man MigrantInnen nicht in dieselben Stadtteile unterbringen soll, sondern sie in der ganzen Stadt verteilt, da es ansonsten zu vermehrten Problemen kommt. *„Das ist für die heimische Bevölkerung und für die Migranten besser, bevor man irgendwelche Ghettos schafft. Und genau diese ganze Problematik greift dann über in den Kindergartenbereich, Schulbereich, was immer. [...] Das sind einerseits Situationen wo sich die Menschen untereinander nicht ordentlich verständigen können, weil sie andere Sprachen sprechen, weil sie anderer Kulturen angehören und weil natürlich auch Vorurteile vorhanden sind. Und in der Stadt oder in manchen Linzer Stadtteilen wird wenig bis nichts getan, dass man die Situation ändert“³⁸⁴.*

Polli meint, dass man dieser Problematik durch vorbeugendes Verhalten bei der Bebauung neuer Viertel verhindern kann.

„Es ist ganz schlecht, wenn man ein Gebiet nur mit sozialem Wohnbau bebaut. Man

381 Vgl. Interview 2, 11.1.2011.

382 Interview 3, 13.1.2011.

383 Interview 6, 25.2.2011.

384 Interview 8, 1.3.2011.

müsste eine Mischung zustande bringen, von Eigentumswohnungen zu Mietwohnungen etc. Ich habe einen Vortrag von einem sehr interessanten Soziologen aus Deutschland gehört. Es ist bewiesen, dass MigrantInnen sich gerne in Vierteln ansiedeln wo schon viele sind, weil sie sich dann ein Stück weit beheimatet fühlen. Von Zwangsverschickungen innerhalb von Linz halte ich nichts³⁸⁵.“

9.5.2 Fremdenfeindlichkeit

Helmut Dornmayer hat eine empirische Untersuchung zum Thema Fremdenfeindlichkeit in zwei Linzer Stadtteilen durchgeführt. Dabei handelt es sich um Neustadt und Alt- Urfahr. Als Grund für die Auswahl dieser beiden Stadtteile ist der annähernd gleiche Anteil an MigrantInnen. Für diese Umfrage wurden die ÖsterreicherInnen in diesen beiden Stadtteilen schriftlich im Juli 1998 befragt³⁸⁶.

In der Umfrage wurde gefragt, was ausmacht ÖsterreicherIn zu sein. Die häufigste Antwort war, der deutschen Sprache mächtig zu sein. Helmut Dornmayer findet dies besonders, da die deutsche Sprache nichts typisch österreichisches ist. Platz 2 der häufigst genannten Antworten war „die Anpassung an die österreichische Kultur“, dabei fiel es den Befragten schwer diese österreichische Kultur genauer zu erläutern, gefolgt von Platz 3 „die österreichische Staatsbürgerschaft“³⁸⁷.

Der Anteil an MigrantInnen lag in Linz am 1.1.1998 bei 11,1%, während er bei den beiden, für diese Umfrage ausgewählten Stadtteilen bei 19,4% (Alt- Urfahr) sowie 17,2% (Neustadtviertel) lag. Als Begründung für den höheren AusländerInnenanteil ist in diesem Bericht die hohe Menge an privaten Mietwohnungen angegeben, da es für MigrantInnen schwieriger ist eine Genossenschaftswohnung zu bekommen und daher häufiger in privaten Mietwohnungen leben. MigrantInnen haben oft aus finanziellen Gründen nicht die Möglichkeit sich Eigentumswohnungen zu kaufen und Genossenschaftswohnungen werden in erster Linie an ÖsterreicherInnen bzw. EU- BürgerInnen vergeben³⁸⁸.

Bei der Einstellung zu AusländerInnen wird zwischen verschiedenen Gruppen unterschieden. Abgesehen von der Herkunft wird auch der Grund für den Aufenthalt in Österreich unterschiedlich bewertet. Helmut Dornmayr beschreibt die Situation

385 Interview 15, 15.3.2011.

386 Vgl. Dornmayr 1999, 129.

387 Vgl. Dornmayr 1999, 130.

388 Vgl. Dornmayr 1999, 132.

folgendermaßen *„Je unfreiwilliger und je größer die Notlage ist, in der jemand hier ist, desto weniger Sympathien werden ihm entgegengebracht.“*³⁸⁹ Damit ist gemeint, dass AsylantInnen dicht gefolgt von Flüchtlingen die meiste Antipathie entgegenkommt³⁹⁰.

In dieser Umfrage wurde auch der Kontakt zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen untersucht. Dabei ist aufgefallen, dass sich dieser hauptsächlich auf den Arbeitsplatz oder in öffentlicher Form wie beispielsweise beim Einkaufen beschränkt³⁹¹. Helmut Dornmayr führt aus, dass Fremdenfeindlichkeit mit der Art des Kontakts mit MigrantInnen zusammenhängt. Die Fremdenfeindlichkeit ist geringer, wenn die Befragten in von MigrantInnen geführte Geschäften einkaufen, ebenso wie der Kontakt durch ausländische NachbarInnen. Im Gegensatz dazu führt einE ausländischeR VorgesetzteR zu einer höheren Ablehnung gegenüber AusländerInnen³⁹².

Diese Studie liegt nun schon einige Jahre zurück. Aus diesem Grund wurden die ExpertInnen befragt, ob es in Linz Probleme mit Fremdenfeindlichkeit gibt und die bosnischen MigrantInnen, ob sie selbst bereits Fremdenfeindlichkeit erlebt haben. Die ExpertInnen und die MigrantInnen gaben Großteils in den Interviews an, dass es in Linz kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit gebe.

Für Klitsch hängt Fremdenfeindlichkeit mit der AusländerInnenkonzentration zusammen *„Fremdenfeindlichkeit gibt es genau in jenen Gebieten wo ein zu hoher Ausländeranteil ist. Genau da wird es zum Problem. Es gibt einige wenige Stadtteile, die haben einfach einen überhöhten Ausländeranteil. Das betrifft das ganze Gebiet Andras- Hofer Platz oder Neustadtviertel oder Auwiesen, neue Heimat. Und da gibt es natürlich die Probleme, dass einfach der Anteil zu hoch ist, Dass einfach zu viele Migrantenkinder im Vergleich zu Österreichern in den Kindergärten, in den Schulen sind. [...] Genau da entstehen dann die Probleme. Das heißt, wenn man untereinander besser durchmischt und aufteilt entstehen diese Konflikte gar nicht“*³⁹³.

Ackerl sieht in Linz kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit *„Es wird mehr darüber geredet, als was die Dramatik ist. Aber es ist jedes einzelne Problem für sich für Betroffene etwas was sie nicht wollen. Gerade jene, die nicht von vornherein ausländerfeindlich sind, haben*

389 Dornmayr 1999, 135.

390 Vgl. Dornmayr 1999, 134.

391 Vgl. Dornmayr 1999, 136.

392 Vgl. Dornmayr 1999, 138.

393 Interview 8, 1.3.2011.

dann eine Betroffenheit, die Bezweifeln lässt, dass das was wir tun passt³⁹⁴.“

A.B. Hatte nie Probleme mit Fremdenfeindlichkeit. *„In der Volksschule haben zwar ein paar Kinder mal „Jugo“ gesagt, aber die wussten selbst nicht genau was das heißt. Ansonsten hatte ich nie Probleme, habe hauptsächlich positive Erfahrungen gemacht. Es gab zwar Diskussionen über Ausländer, aber nie aggressiv oder attackierend. Bei Jobs noch eventuell. Ich habe mich bei vielen Stellen beworben und immer Absagen gekriegt. Dann hört man von Österreichern, dass sie genommen wurden. Man weiß aber nicht, ob es an dem Namen liegt oder einfach, weil man Beziehungen braucht, um den Job zu kriegen³⁹⁵.“*

Kenan musste sich zwar zu Beginn beweisen, um nicht als „Jugo“ in eine Schublade gesteckt zu werden, hatte aber im Anschluss keine Probleme, weil er als einer der ÖsterreicherInnen angesehen wurde *„Und im Prinzip, wenn du weißt, wie du dich verhalten musst, dann kommst du nie in die Situation, dass es heißt „der scheiß Ausländer“. Du musst einfach das Bewusstsein haben „ich kann mich nicht aufführen als wäre ich jetzt wirklich zuhause“. Das heißt, wenn du dich so benimmst, wie es sich gehört, ich sag immer, du bist der beste Ausländer, wenn keiner weiß, dass du einer bist. Da bin ich eigentlich relativ gut gefahren, das heißt, keine Konflikte³⁹⁶.“*

Damir spricht zwar nicht von Fremdenfeindlichkeit, erzählt aber von sehr ungleicher Behandlung zwischen ÖsterreicherInnen und BosnierInnen, da er, als bosnischer Staatsbürger sehr strenge Auflagen an seinen Aufenthalt hat. Um in Österreich bleiben zu dürfen, muss er jedes Semester acht Stunden, das heißt vier Kurse, positiv abschließen. Zusätzlich musste er anfangs, als bosnischer Staatsbürger, die doppelte Studiengebühr bezahlen (780 Euro), mittlerweile wurde diese auf 380 Euro pro Semester gesenkt. Die Abschaffung der Studiengebühren gilt nur für ÖsterreicherInnen und Gleichgestellte, die zwar beispielsweise einen österreichischen Pass haben, aber bereits so lange in Österreich leben, dass sie gleichgestellt sind. Trotz dieser höheren Kosten darf er als ausländischer Student nur geringfügig verdienen. Für Damir fehlen rechtliche Rahmenbedingungen, die die Situation zwischen In- und AusländerInnen angleichen³⁹⁷.

Almir hat ebenfalls keine persönlichen Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit in Linz

394 Interview 5, 27.1.2011.

395 Interview 9, 1.3.2011.

396 Interview 7, 26.2.2011.

397 Vgl. Interview 10, 1.3.2011.

gemacht, kennt aber auch solche Fälle. Er ist, wie Kenan, der Meinung, dass es besser sei, auf dem Land aufzuwachsen. *„Da kennt man sich persönlich, Linz bzw. Städte im Allgemeinen haben das Problem, dass man sich untereinander nicht kennt. Dann wird man vielleicht von anderen Meinungen beeinflusst. Man bildet sich nicht selbst eine Meinung, sondern hört darauf, was andere sagen bzw. auch die Medien“*³⁹⁸.

Almir wurde nach eigenen Angaben nie benachteiligt. *„Es gibt die Meinung, dass sich ein Migrant dreimal mehr anstrengen muss, als ein Österreicher, um überhaupt akzeptiert zu werden. Das trifft vielleicht auf eine Vielzahl zu, aber für mich nicht. Ich habe immer alles gegeben. Im Berufsleben habe ich überhaupt keine Probleme gehabt, ich werde dafür akzeptiert, weil ich das kann, was ich kann und es interessiert nicht, woher ich komme. Das kommt darauf an, in welcher sozialen Schicht man sich bewegt, ob man mit Intellektuellen zu tun hat oder auf dem Bau arbeitet. Von dieser Seite hatte ich noch nie Probleme“*³⁹⁹.

Damir dagegen ist der Meinung, dass sich das Rechtssystem in Österreich für AusländerInnen benachteiligend auswirkt. *„Speziell durch das Rechtssystem gibt es Benachteiligungen. Weil es gibt bestimmte Rechte denen die Ausländer ausgesetzt sind. Es sind für Ausländer nicht die gleichen Lebensbedingungen wie für Österreicher.“*⁴⁰⁰

Nisvet musst ebenfalls Benachteiligung auf Grund seiner Herkunft erfahren *„Das habe ich schon erlebt bei der GWG Wohnungsgenossenschaft. Die hat mir ins Gesicht gesagt, dass zuerst die Wohnungen die Österreicher bekommen und das was überbleibt und was keiner will, das bekommen die Ausländer.“*

Adnan A. war während seiner Ausbildung in der Polytechnischen Schule mit rassistischen Äußerungen konfrontiert. *„Da haben ein paar Rechte geglaubt- dort waren ca. 90% aus Österreich- und da waren ein paar dabei die haben gedacht sie müssen einen auf Nazi machen mit „Heil Hitler“ und „Scheiß Jugo“ und „Ihr gehört vergast“.“*⁴⁰¹

9.6 Die Rolle der MigrantInnenvereine

Eine wichtige Orientierungshilfe für MigrantInnen in Linz bieten Migrationsvereine. Einerseits informieren sie MigrantInnen über ihre Möglichkeiten und rechtliche Bedingungen, andererseits bieten vor allem die ethnischen Vereine eine gute Anlaufstelle

398 Interview 11, 1.3.2011.

399 Interview 11, 1.3.2011.

400 Interview 10, 1.3.2011.

401 Interview 14, 4.3.2011.

um mit „Gleichgesinnten“ in der Muttersprache Kontakt zu halten.

Migrationsvereine sind eine Möglichkeit, auch ohne österreichische Staatsbürgerschaft, am öffentlichen Leben beteiligt zu sein⁴⁰².

Neben ihrer Informationstätigkeit, ermöglichen MigrantInnenvereine auch außerhalb des Heimatlandes Traditionen auszuleben und sie bieten zusätzlich zu dem Kommunen Bildungsangebote für ihre Mitglieder an, wie beispielsweise Deutschkurse⁴⁰³.

Die ExpertInnen sind sich einig, dass die MigrantInnenvereine eine sehr wichtige Rolle bei der Integration spielen, trotzdem unterscheiden sich die Einstellungen über ihre Aufgabenbereiche hier.

Hartig findet die Vermittlung von Information als eine wichtige Aufgabe der MigrantInnenvereine, außerdem fördern diese Vereine den sozialen Austausch untereinander. Doch sie sieht auch in manchen Fällen ein gewisses Problem. *„Es kommt darauf an, wenn patriarchale Werte dadurch extrem gestärkt werden, wie in manchen türkischen Communitys, dann ist das nicht wirklich förderlich für die Integration. Ich denke mir, das ist ein Verein, der kann tun was er will, aber wenn die dann Steuergelder bekommen, dann denke ich mir halt OK. Es gibt trotzdem demokratische Grundsätze und die gelten dann halt auch“*⁴⁰⁴.

Ana Marticevic kennt die Bedeutung der MigrantInnenvereine aus beruflichen sowie persönlicher Sicht. *„Das ist einfach, wenn ich in den Verein gehe, in den kroatischen Verein- ich als Kroatin, ich fühle mich wohl. Ich höre dort meine Muttersprache, dort sind einfach auch Menschen mit gleichen Problemen, aber trotzdem, wenn ich dort Kaffee trinke ist es ein bisschen anders, ein bisschen wärmer. Ich kann das nicht einmal so in Worte fassen“*⁴⁰⁵.

Belmir Zec kennt die Rolle der MigrantInnenvereine einerseits aus seinem privaten Leben und andererseits aus seiner beruflichen Tätigkeit als Integrationsbeauftragter.

*„Das sind Vereine wo sich die Migranten treffen, wo sie sehr oft Hilfe bekommen. Da sind Vereine wo die Migranten ihre Kultur, ihre sprachlichen Bräuche vielleicht ein bisschen Leben können. Und das an ihre Kinder weiterleiten können. Und das macht sozusagen Österreich vielfältig und schön“*⁴⁰⁶.

402 Vgl. IOM 2004, 51.

403 Vgl. Gruber 2010, 96.

404 Interview 1, 5.1.2011.

405 Interview 2, 11.1.2011.

406 Interview 4, 17.1.2011.

Als Integrationsbeauftragter meint er *„Vereine spielen für uns eine sehr große Rolle, sie dienen für uns als Multiplikatoren. Wenn wir irgendwas entwickeln, wenn wir irgendeine Maßnahme für die MigrantInnen oder an die MigrantInnen weiterleiten möchten, die Migranten sind die erste Anlaufstelle für die verschiedenen Messages, die sie dann weiterverbreiten können. Natürlich, es gibt Migranten, die sind nicht vereinsmäßig organisiert, und da sieht man den Unterschied, wie schwer es ist, eine Bevölkerung zu erreichen, wenn man keine organisierte Gruppierung hat. Man kann nicht jetzt alle Migranten in Linz anschreiben und sagen OK die Information XY für sie“*⁴⁰⁷.

Ackerl benennt die MigrantInnenvereine als wichtige Partner um eine Integration in Österreich zu erreichen und gleichzeitig den MigrantInnen ermöglicht ihre Herkunft nicht zu vergessen. *„Der Stellenwert ist ein hoher für uns, weil wir ja Grundsätzlich wollen, dass die MigrantInnen ihre Wurzeln behalten können, gleichzeitig verlangen wir von ihnen aber auch, dass sie in der neuen Heimat Wurzeln schlagen. Das heißt, es ist ein Baum mit 2 Wurzeln. Da spielen die MigrantInnenvereine natürlich keine unbeträchtliche Rolle“*⁴⁰⁸.

Müller erwähnt einerseits eine wichtige Herausforderung für diese MigrantInnenvereine und andererseits warnt sie davor zu viel von diesen Vereinen zu verlangen. *„Was ich halt finde ist, dass die Vereine den Spagat schaffen müssen, einerseits Traditionen zu bewahren, aber andererseits auch nicht den Anschluss an neuere gesellschaftliche Entwicklungen zu verlieren. Indem sie ihr Angebot auch für Jugendliche schaffen können. [...] Wobei man bei den Vereinen auch immer bedenken muss, dass man sie nicht überfordert, weil sie ja nicht aus Integrationsaspekten gegründet wurden, sondern eher zur Brauchtums-, Kultur- und Sprachpflege. Sowie bei uns auch Feuerwehr oder Blasmusik“*⁴⁰⁹.

Klitsch betont die Integrationsfortschritte, die den MigrantInnenvereinen zu verdanken sind. *„Also ich kann nur sagen, die Migrantenvereine die wirklich in diesem Integrationsbeirat sitzen, die bemühen sich schon sehr, dass sie die Leute integrieren, dass sie deutsch sprechen, dass sie Verständnis für die Kultur aufbringen und diese ganzen Dinge. Und dass sie Kultur- und Sportveranstaltungen ins Leben rufen, die für Österreicher und Migrantenvereine gleichermaßen sind, um Vorurteile und Hindernisse abzubauen. Also die bemühen sich sehr wohl sehr. [...] Der Migrant wird durch die Bank*

407 Interview 4, 17.1.2011.

408 Interview 5, 27.1.2011.

409 Interview 6, 25.2.2011.

eigentlich motiviert dass er einem Verein beitrifft der seiner Bevölkerungsgruppe entspricht⁴¹⁰.“

Danner erwähnt zusätzlich, dass nicht alle MigrantInnen zwangsläufig in einem MigrantInnenverein aktiv sein müssen. *„Für diejenigen, die dort aktiv sind haben sie einen sehr hohen Stellenwert, aber sie vertreten natürlich nicht die ganze Community. [...] Es gibt welche, die machen nur Kulturarbeit, dann gibt es welche die engagieren sich nur politisch. Was ich schon beobachten kann, in Linz zumindest, ist eine gewisse Stärkung der Vereine auch durch die Politik. Und da kann man natürlich sehr stark aufwerten⁴¹¹.“*

A.B erzählte im Interview, dass sie in keinem MigrantInnenverein aktiv ist. *„Ich weiß nicht, ob es an mir liegt, dass ich anders bin oder dass es mir einfach zu oberflächlich ist. Ich bin zwar Moslem, aber ich muss nicht gezwungenermaßen meinen Freundeskreis darauf aufbauen. In dem Verein sind auch eher ältere Generationen, wie mein Vater zum Beispiel. Für sie hat das einen anderen Stellenwert. Ich weiß auch nicht, ob das so gut ist⁴¹².“*

Damir ist ebenfalls kein Mitglied in einem MigrantInnenverein, da er neben seines Studiums und seiner Arbeit keine Zeit dafür hat. Er findet es aber negativ, dass die Informationen nur intern an Mitglieder weitergegeben werden⁴¹³.

Auch Adnan A. ist in keinem ethnischen Verein aktiv, weil dort seinen Angaben nach nur ältere Menschen sind⁴¹⁴.

Diejenigen, der befragten MigrantInnen, die in MigrantInnenvereinen aktiv sind, machen dies aus unterschiedlichen Gründen.

Almir ist seit 2006 Mitglied *„Ich bin seit 2006 Mitglied. Ich helfe bei Projekten, Dokumente schreiben, Computer, Technologien, Übersetzungen, Kommunikation. Ich war ein Jahr dort angestellt und habe bei integrativen Projekten mitgearbeitet. Projekte schreiben, Finanzierungen, Kommunikation mit Bosnien, eine Art Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe mich auch um die Webseite, E- Mail Account, Verträge, Honorarnoten, Übersetzungen gekümmert. Alles was es zu tun gab und niemand gemacht hat⁴¹⁵.“*

410 Interview 8, 1.3.2011.

411 Interview 3, 13.1.2011.

412 Interview 9, 1.3.2011.

413 Vgl. 10, 1.3.2011

414 Vgl. Interview 14, 4.3.2011.

415 Interview 11, 1.3.2011.

9.7 Bosnische MigrantInnen

Belmir Zec über die bosnischen MigrantInnen *„Was vielleicht ein Spezifikum von den bosnischen Migranten ist, speziell bei Bosniern, wir passen uns wirklich in jeder Gesellschaft an. Ich definiere das eher als eine gesunde Integration“⁴¹⁶.*

Klitsch betont ebenfalls die gute Integrationsfähigkeit der bosnischen MigrantInnen *„Ich finde nur persönlich von meiner Einschätzung, vom Integrationsbeirat, dass das eine jener Gruppen ist, die sich extrem integrieren die sich extrem bemüht. Erst unlängst war ich bei einer Veranstaltung beim bosnischen Verein und die haben gezeigt, was sie alles tun, damit sie die Leute wirklich motivieren, dass sie sich integrieren.[...] Und das ist jene Zielgruppe die relativ lang schon in Österreich ist. Zum Teil auch in der 2. Generation. Wie gesagt, die heben sich ab, weil sie wirklich sehr sehr stark bemüht sind, dass sie sich integrieren. Und da ist der Verein sehr stark dahinter“⁴¹⁷.*

Danner meint im Gegensatz *„Was auffällt ist, dass ihnen im öffentlichen Diskurs immer eine höhere Integrationsfähigkeit zugesagt wird. Was ich für einen Blödsinn halte, aber das wird ganz viel diskutiert.“⁴¹⁸*

Martincevic bevorzugt eine Unterscheidung innerhalb der bosnischen MigrantInnen *„Man soll jetzt nicht bei den bosnischen unterscheiden, sondern man muss halt die erste Generation unterscheiden, die Leute, die seit den 60er Jahren da sind und Leute, die mit dieser Flüchtlingswelle gekommen sind. Das sind ganz normale Kriegsflüchtlinge, die sich das nicht ausgesucht haben. [...] Meiner Meinung nach, haben sich die Flüchtlinge, die jetzt noch immer da sind gut integriert. Sogar besser, als einige von der ersten Generation“⁴¹⁹.*

Ackerl hebt die hohe Bildungsbereitschaft der bosnischen MigrantInnen hervor *„Das ist eine sehr persönliche Wahrnehmung, mir kommt vor, dass es eine hohe Bildungsbereitschaft gibt. Dass die Bosnier sehr darauf schauen, dass die Kinder eine hohe Bildung bekommen, dass schon sehr viele österreichische Staatsbürger sind und daher ein großes Interesse haben auch in der neuen Heimat verfestigt zu sein, sich da auch gesellschaftlich einbringen, und arbeiten in Partei und Gewerkschaften. [...] Von Bosnien sind vielfach ganz gut gebildete Leute Facharbeiter aufwärts zugewandert. Das*

416 Interview 4, 17.1.2011.

417 Interview 8, 1.3.2011.

418 Interview 3, 13.1.2011.

419 Interview 2, 11.1.2011.

kennt man dann im Sozialverhalten⁴²⁰.“

A. B.: „Ich glaube, wir fallen gar nicht so sehr auf. Ich glaube, das ist der Grund, warum es gar nicht zu Fremdenfeindlichkeit kommt.“⁴²¹ A. B. meint außerdem, dass es ihrer Erfahrung nach über die bosnische Bevölkerung eigentlich keine Vorurteile in Österreich gibt. „Ich habe nie die Erfahrungen gemacht. Aber wenn ich sage Islam, dann schauen sie komisch und haben die typischen Vorurteile, wie: warum trägst du kein Kopftuch. Ich denke da fehlt es oft an der Kommunikation. Die FPÖ bauscht das alles noch mehr auf. Wenn ich sage, ich komme aus Bosnien, ist das kein Problem, wenn ich aber sage ich bin Muslima, dann schon“⁴²².“

Kenan ist ähnlicher Meinung wie A. B. „Da leider wenige unterscheiden kommt immer wieder „Jugo“ und wenn du dann sagst, das gibt es nicht mehr, ich bin aus Bosnien, dann kommt halt Ex- Jugoslawien, aber im Grunde gibt es das nicht mehr. Die Religion bietet eine Angriffsform“⁴²³.“

9.7.1 Ethnische Probleme

Eine der Interviewfragen war die der Existenz von Konflikten oder Spannungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungen in Bosnien und die Auswirkung auf Österreich. Die Reaktionen aller haben diese Konflikte vor allem in Österreich verneint beziehungsweise Vorfälle als Einzelfälle bezeichnet.

Kenan erzählt, dass er auch bosnische SerblInnen und bosnische KroatInnen als FreundInnen habe: „Ich habe einmal einen Kollegen gehabt, der hat mich gefragt, wie kannst du eigentlich mit einem Ex Feind von dir Tür an Tür wohnen. Da denke ich mir...ex Feind? Ich habe diese Person vorher noch nie in meinem Leben gesehen. Ich weiß nicht was er angestellt hat. Anders wäre es, wenn ich gesehen hätte, was er gemacht hat. Was bringt das, dass ich ihm sage, dass er Schuld ist, Dann wird er mich fragen was ich von ihm will, weil er ist genauso weg wie ich von dort. Man darf das ja nicht überbewerten“⁴²⁴.“

A.B. erzählt über noch vorhandene Konflikte zwischen diesen Ethnien. „Jeder weiß, was passiert ist und das kann man auch nicht vergessen. Es kommt hier aber auch auf die Bildung an. Je besser gebildet, desto offener ist man anderen gegenüber. [...] Ich habe

420 Interview 5, 27.1.2011.

421 Interview 9, 1.3.2011.

422 Interview 9, 1.3.2011.

423 Interview 7, 26.2.2011.

424 Interview 7, 26.2.2011.

eine Serbin kennengelernt, die einen Kroaten heiraten wird. Da passt alles. In einem anderen Fall möchte der Vater nichts mit dem Mann zu tun haben, weil er eben Serbe ist. Obwohl es die gleiche Religion ist. Bei uns schiebt man es gerne auf die Religion, was mich sehr aufregt. Man sagt Moslems dürfen keine andere Religion heiraten. Was hat denn das mit Religion zu tun? Es ist die gleiche Kultur, die gleiche Geschichte. Bei Kroaten und Serben untereinander ist es das Gleiche. Aber ich hoffe, dass die Leute schlauer werden⁴²⁵.“

Martincevic glaubt nicht, dass es in Österreich nationalistische Probleme dieser drei Ethnien gibt *„Die haben in Bosnien zusammen gelebt und da hat es keinen gestört, dass er jetzt neben dem Kroaten lebt. Vereinzelt, wenn man jemanden in der Familie verloren hat, kann es sein, dass der Hass dann ausgebrochen ist, aber das sind so vereinzelte Fälle. Ich kenne es nur beschrieben, dass da ein bisschen gekriselt hat, aber wirklich ganz ganz wenig. Also die Menschen haben schon mit Verstand gearbeitet. Und nicht diesen Hass geschürt. Aber was kann ich dafür, ich lebe seit den 80er Jahren in Österreich, was hab ich mit diesem Krieg zu tun? Aber das waren wirklich vereinzelte Fälle, wo es eskaliert⁴²⁶.“*

425 Interview 9, 1.3.2011.

426 Interview 2, 11.1.2011.

10. Maßnahmen für die Zukunft

In diesem Kapitel sollen die durch die ExpertInnen und bosnischen MigrantInnen erfahrenen Maßnahmen für die Verbesserung der Situation von MigrantInnen in Linz aufgezeigt werden.

Laut der GfK Integrationsstudie waren 88% der befragten ÖsterreicherInnen der Ansicht, dass Hilfe beim Lernen der deutschen Sprache sowie beim Einleben im Zielland ein wichtiger Schritt Richtung Integration wäre. Über 70% der Befragten schlugen das Einhalten der Gesetze Unterstützung bei der (Aus) Bildung und mehr Verständnis für die Probleme der MigrantInnen wichtig. Beinahe 1/3 der Befragten sah die Lösung für eine bessere Integration durch ein restriktiveres Vorgehen im Umgang mit MigrantInnen. Beispielsweise die rasche Abschiebung von straffälligen MigrantInnen, Beschränkung der Zuwanderung, sowie der Forderung, dass zukünftige MigrantInnen nach den Bedürfnissen am Arbeitsmarkt und deren Bereitschaft sich in der österreichischen Gesellschaft zu integrieren⁴²⁷.

Für Hartig wäre eine interkulturelle Öffnung in der Verwaltung ein wichtiger Schritt. *„Wenn man migrantische Arbeitskollegen hat, kann man auch wirklich Vorurteile abbauen. Da geht es jetzt nicht nur um KundInnenkontakt, sondern auch um Arbeitsklima, Ängste zu nehmen, Barrieren aufzubrechen, in Austausch zu kommen. Also das finde ich schon sehr wichtig, weil sich dadurch langsam die Wahrnehmung verbessert. Und auch Ehrlichkeit in der Diskussion“*⁴²⁸.

Auch Martincevic findet die interkulturelle Öffnung notwendig. *„Es sollte einfach dieser Anfang der jetzt gemacht wurde, die Öffnung der Verwaltung, das heißt für mich einfach, dass man in den Organisationen, Institutionen sich mit dem Thema Integration beschäftigt. Einfach dass man auch Vielfalt eine Chance gibt, dass man eine Mehrsprachigkeit nutzt. Wir haben die junge Generation, die hier aufgewachsen ist, einen Bildungsweg abgeschlossen hat. Dass einfach eine Bereicherung durch mehrere Sprachen da ist. Dass wir das nutzen, und das ausbauen, weil nur so kann das funktionieren. [...] Es ist nicht so, dass die MigrantInnen davon profitieren, sondern beide Seiten. Dann ist für mich auch noch das Miteinander wichtig. Weil ich will nicht, dass das Magistrat Linz jetzt eine*

427 Vgl. Ulram 2009, 78.

428 Interview 1, 5.1.2011.

gewisse Summe in die Hand nimmt und sagt gib es dem Institut XY, mach dieses oder jenes Projekt, wir zahlen und wollen damit nichts zu tun haben. Das ist keine Integration. Es muss so werden, dass jeder sich damit beschäftigt. [...] Ich meine, das war vor einigen Jahren nicht möglich, weil wir einfach die qualifizierten Personen nicht gehabt haben. Aber mittlerweile haben wir schon die 2. und die 3. Generation hier. Und das sind Personen, die dieses Verständnis mit sich bringen für fremde Kulturen, einfach auch die Mehrsprachigkeit mit sich bringen und das sollen wir ausnutzen. Man soll nicht sagen Arbeitskräfte von außen, sondern Menschen die da sind. Man sollte da auch so weit gehen und die Gesetze so weit machen, dass jeder der in Österreich lebt muss auch einfach ein Recht auf Arbeit haben⁴²⁹.“

Magdalena Danner betont ebenfalls die institutionelle Öffnung, aber auch Antidiskriminierung und Antifaschismus Arbeit. Des weiteren ist sie für eine vermehrte Förderung der NGOs und eine Partizipation dieser. Außerdem würde sie weniger Ethnisierung begrüßen. *„Die Vereine sind wichtig und die Vereine sollen gefördert werden, aber bei der politischen Arbeit brauche ich diese Ethnisierung nicht⁴³⁰.“*

Ackerl will den öffentlichen Bereich MigrantInnen wirksamer gestalten *„Indem Migranten selbstverständliche Aktivitäten tun oder übernehmen. Es wäre z. B.: nicht schlecht, wenn der ORF jemanden aus dem Zuwandererbereich als Moderator hätte. So wie es bei den Deutschen eigentlich gang und gebe ist oder bei den Franzosen. Da wird man das auch bei uns zusammenbekommen, dass man die MigrantInnengruppe auch im Öffentlichen Leben berücksichtigt⁴³¹.“*

Müller möchte den Start für MigrantInnen erleichtern und ebenfalls die interkulturelle Öffnung fördern. *„Es wäre schon ganz wichtig, dass die Menschen zu Beginn gleich die Information haben. Da beginnen wir eh mit der Willkommensmappe. [...] Entsprechende Schulungen vielleicht für das Verwaltungspersonal. Aber auch auf Organisationsebene. Dann natürlich auch die Fragen der kommunalen Integration, dass man Gemeinden unterstützt und sie berät. Alles was so unter das Schlagwort interkulturelle Öffnung fällt und interkulturelle Konsistenz bedarf sicher noch mehr Engagement. Dann denke ich auch an eine Weiterentwicklung der MigrantInnen Selbstorganisationen, eben wo man schon begonnen hat aber was sicher noch eine Weiterentwicklung braucht. [...] Dass man die*

429 Interview 2, 11.2.2011.

430 Interview 3, 13.1.2011.

431 Interview 5, 27.1.2011.

Zielgruppe der MigrantInnen nicht als homogene Gruppe betrachtet, sondern als heterogene mit verschiedenen Bedürfnissen. Aber dass man nicht am Migrationshintergrund hängen bleibt, dass Migrationshintergrund nicht der einzige Faktor ist an dem man sich orientiert oder festschreibt. Ja und insgesamt denke ich mir, so übergeordnet in den Medien die Berichterstattung ist oft sehr schwankend, doch sehr emotionsgeladen und hysterisch. Dass es nach wie vor weniger Emotionalität und mehr Sachlichkeit in der Diskussion braucht. Dass wir Zuwanderung einfach als Tatsache annehmen müssen. Dass man noch dadurch auch gestärkt die vor allem auch die Bevölkerung sensibilisieren und aufklären muss. Und dass man auch Ernsthaftigkeit, Besonnenheit und Weitsicht in diesen Diskussionen braucht. Dass man die Fragen die man hat im Bereich Wohnraum und Bildung nicht dramatisiert und hysterisch wird, aber auch nicht schön redet. Sondern, dass man das auch pragmatisch angeht. Es ist so⁴³².“

Kenan Purek würde einerseits die Wohnraumverteilung und andererseits die Sprachförderung verändern. „Was mir sehr ungut auffällt, die Stadt Linz fördert bewusst oder unbewusst diese Ghettobildung. Das heißt, wenn da wer herkommt, wird geschaut wo man ihn hinstecken kann. Ich würde das ganze mehr verstreuen, nicht nur Auwiesen und Franckviertel. Wenn ich es aufteile, vermeide ich auf jeden Fall soziale Probleme. [...] Die deutsche Sprache ist sicher ein Grundstein und treibt die Integration an. Wenn ich nicht reden kann, und nur so mit Händen und Füßen deute, dann komme ich nicht sehr weit. Es muss ja nicht unbedingt ein WIFI Kurs sein. Heutzutage hat jeder Internet daheim und man könnte Internetkurse anbieten. [...] Ich finde es gut, wenn man Kinder in irgendeine Aktivität hineinsteckt. In irgendeinen Verein, sei es jetzt Turnverein oder Fußballverein. Das wäre wichtig, weil Kinder sind unter gleichgesinnten und haben ein gemeinsames Interesse. Solange man unter Menschen ist, ist es immer einfacher für Integration.“⁴³³.“

Auch Klitsch betont die Notwendigkeit, die Wohnraumverteilung zu verändern: „Die geografische Gegebenheiten, dass man die Leute nicht in einen Stadtteil zusammen quetscht. Das bringt eigentlich nichts. Das schafft Unmut, das schafft Vorurteile. Das schafft Aggression. Es ist nicht wirklich dienlich. Das heißt da ist die Stadt Linz sehr gefordert, dass sie schaut. Von der Wohnungsvergabe angefangen bis hin zum Schulsystem schauen dass die Menschen einfach ordentlich integrieren, geografisch

432 Interview 6, 25.2.2011.

433 Interview 7, 26.2.2011.

aufteilen⁴³⁴.“

A.B. sieht Probleme bei den Deutschkursen. *„Es gibt zum Beispiel Deutschkurse, die überschneiden sich mit den Arbeitszeiten, wie soll der Migrant diese dann besuchen? Vielleicht wäre es gut, die Kurse am Samstag/ Sonntag abzuhalten. Das hängt natürlich von dem Einzelnen ab, ob er die Sprache lernen will. Alle Broschüren würde ich auf jeden Fall nur auf Deutsch anbieten. Man sollte sich auf jeden Fall auf Deutsch fokussieren, denn anders geht es nicht“*⁴³⁵.“

Damir kritisiert die Handlungsweise der MigrantInnenvereine und meint, dass sie das Ziel verfehlen und Nicht- Mitglieder ausschließen. *„Das größte Problem, das ich sehe ist, dass diese ganzen Politiker, oder die die sich mit Migration beschäftigen, dass da schon was getan wird, die machen schon Programme und Projekte, die fördern auch die Vereine und alles, nur die Funktion der Vereine, was die dann in ihren Bevölkerungsgruppen weitergeben müssen. Die kommen bei der Bevölkerung nicht an. Alles was gemacht wird wird intern gemacht, und solange man nicht intern ist, wird man nie eine Information bekommen. Ob es eine Veranstaltung gibt, oder eine Förderung oder eine Beihilfe, alles was da raus kommt wird nicht weitergeleitet. Und die Politik sollte sich dann auch bemühen, wenn dann für die ganze Bevölkerung. Es sollte eine monatliche Zeitungsausgabe über die Neuerungen geben“*⁴³⁶.“

Almir meint, dass es durch Aufklärungsarbeit und einer sachlicheren medialen Berichterstattung zu einer Verbesserung der Situation für MigrantInnen in Linz kommen würde. *Es ist erforderlich viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Es gibt schon viele Projekte, die umgesetzt wurden. Das ist aber vielleicht auch kontraproduktiv, denn man hört den Satz oft: „Muss ich denn jetzt Migrant sein, um in Österreich Rechte zu haben?“ Da ist etwas falsch verstanden worden. Vor allem muss man die Medien ein bisschen einschränken. Wenn jemand irgendwo überfallen wird, heißt es immer: bosnischer Herkunft, türkischer Herkunft, es heißt aber nie französischer oder spanischer Herkunft. Man sollte hier objektiver schreiben.“*⁴³⁷

Polli sieht ein Potential in der Verbesserung der Situation, indem Sprachförderungen verbessert werden. Außerdem ist sie der Meinung, dass gemeinsame Sportveranstaltungen und Feste den MigrantInnen bei der Integration helfen. *„Man kann in*

434 Interview 8, 1.3.2011.

435 Interview 9, 1.3.2011.

436 Interview 10, 1.3.2011.

437 Interview 11, 1.3.2011.

den einzelnen Stadtteilen auch versuchen, dass man ein interkulturelles Fest macht. Man sollte die Sportvereine mehr integrieren, über Sport kann man viele erreichen⁴³⁸.“

10.1 Was müssten ÖsterreicherInnen verändern

Hier sollte abgeklärt werden, ob sich MigrantInnen bei der Integration leichter tun würden, wenn die ÖsterreicherInnen ihre Einstellung, ihr Verhalten etc. verändern würden. Auch hier sind sich die Befragten wieder Großteils einig.

Kenan meint *„Den Schritt müssen Migranten und Österreicher machen. Der Migrant muss zeigen, dass er das will, aber man kann nicht einfach sagen „mach mal“. Obwohl ich meine, der Migrant sollte schon mehr machen⁴³⁹.“*

Damir ist zwar grundsätzlich der Meinung, dass die ÖsterreicherInnen nichts tun müssen, doch meint er dass die Einladung zu bestimmten Festen, Feiern, Zeltfesten, und ähnlichem das Gefühl der Ausgrenzung verhindert.⁴⁴⁰

Almir ist hier ähnlicher Meinung. *„Freundschaften schließen. Ich kann auch nicht mit jedem, egal welcher Nationalität. Es gibt überall solche und solche. Man muss sich selbst eine Meinung bilden. Man darf sich nicht von anderen beeinflussen lassen. Man muss offen auf die Leute zu gehen, den Schritt wagen. Vielleicht ergibt sich eine Freundschaft, vielleicht auch nicht⁴⁴¹.“*

Nizvet ist der Ansicht, dass sich in erstere Linie die AusländerInnen integrieren sollten und die ÖsterreicherInnen nichts ändern müssen⁴⁴².

Auch Adnan ist ähnlicher Meinung. *„Die müssten, wenn jemand integriert ist und die Sprache kann, den so behandeln wie einen Österreicher. Aber wenn jemand da ist und die Sprache gar nicht kann und sich nicht integrieren will, da verstehe ich dann auch nicht, warum der Österreicher etwas ändern sollte. Es gibt Leute die wollen sich gar nicht integrieren, die leben halt in ihrem Kreis. Und die Österreicher sollen nicht zulassen, dass sie so arge Ghettos bilden. Die meisten Österreicher sind eh ziemlich verständnisvoll. Ich weiß nicht wie die Bosnier damit umgehen würden, wenn irgendwelche Fremden nach Bosnien kommen würden. Weiß ich nicht, ob sich die nicht mehr aufregen würden⁴⁴³.“*

438 Interview 15, 15.3.2011.

439 Interview 7, 26.2.2011.

440 Vgl. Interview 10, 1.3.2011.

441 Interview 11, 1.3.2011.

442 Vgl. Interview 13, 3.3.2011.

443 Interview 14, 4.3.2011.

11. Zusammenfassung

Der österreichische Umgang mit MigrantInnen hat sich seit dem 19. Jahrhundert schon mehrmals gewandelt. Von der Anwerbung der ArbeitsmigrantInnen, um den wirtschaftlichen Wachstum zu ermöglichen, bis zu restriktiven Maßnahmen, damit möglichst viele MigrantInnen Österreich wieder verlassen und der Anreiz für neue MigrantInnen sehr gering bleibt, hat die österreichische Migrationspolitik schon viele Phasen durchgemacht. Mittlerweile scheint die Existenz der MigrantInnen zwar akzeptiert zu werden, doch die rechtlichen Bestimmungen wirken sich auf die Integrationschancen der MigrantInnen nicht förderlich aus. Die gesetzliche Lage in Österreich trennt scharf zwischen ÖsterreicherInnen und AusländerInnen und erschwert, der zweiten Gruppe, durch restriktive Bestimmungen vor allem die Einreise, die Arbeit und die Teilnahme am politischen Leben. Vor allem MigrantInnen die nicht aus dem EU- Ausland kommen spüren diese Unterschiede deutlich. Trotz der rechtlichen Benachteiligung von AusländerInnen wird von allen MigrantInnen ein gewisses Maß an Integration erwartet. Doch wie gut sich MigrantInnen in Österreich integrieren können, hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab und kann nicht pauschal beantwortet werden.

Als wichtigsten ersten Schritt erwähnen viele AutorInnen sowie auch diejenigen, die im Zuge der Leitfadeninterviews befragt wurden, die Kenntnis der deutschen Sprache. Ohne entsprechende Sprachkenntnisse ist neben bestehenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt kaum Kontakt mit der Mehrheitsbevölkerung möglich, der aber als wichtige Hilfestellung zur Integration gilt. Doch das Erlernen der Sprache hängt nicht nur mit dem Willen und der Lernfähigkeit der MigrantInnen zusammen, sondern auch mit den angebotenen Maßnahmen und den Möglichkeiten diese mit dem Berufs- und Privatleben zu koordinieren. Trotzdem kommt man nicht herum, die Sprache zu beherrschen, die diese der Grundstein für jede Art der Integration ist. Mangelnde Sprachkenntnisse führen zu einer Exklusion vom Arbeitsmarkt, der Gesellschaft so wie vom Bildungssystem, was wiederum langfristige negative Folgen für diese MigrantInnen und auch für die österreichische Gesellschaft hat.

Ein Faktor, der beim Thema Integration nicht vernachlässigt werden darf, ist die österreichische Bevölkerung. Fremdenfeindlichkeit oder Vorurteile erschweren eine erfolgreiche Integration, da dadurch der Kontakt zwischen MigrantInnen und der

Mehrheitsbevölkerung weniger häufig stattfindet. Eine Maßnahme um eventuelle Vorurteile oder Fremdenfeindlichkeit abzubauen ist die von ExpertInnen bei den Interviews erwähnte interkulturelle Öffnung, weil einerseits eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema Integration in allen Institutionen zu einem besseren Verständnis dafür führt und andererseits durch den alltäglichen Kontakt mit MigrantInnen mit der Zeit Vorurteile abgebaut werden und MigrantInnen im öffentlichen Leben als selbstverständlich angesehen werden.

Zum Schluss soll festgehalten werden, dass im österreichischen Umgang mit MigrantInnen lange Zeit vieles verabsäumt wurde. Dies ist zum Einen auf Kosten der MigrantInnen passiert, die wenig Möglichkeiten hatten, sich in Österreich zurechtzufinden und zu integrieren, zum Anderen aber auch auf Kosten des Landes Österreich und seiner Bevölkerung, die mit den dadurch entstandenen Problemen konfrontiert waren. Die Einstellung Österreichs zu MigrantInnen ist sehr ambivalent und auch wenn mittlerweile Integrationsmaßnahmen begonnen wurden, lassen die rechtlichen Bedingungen für MigrantInnen in Österreich noch einiges an Verbesserungsmöglichkeiten offen. Auch der öffentliche Diskurs über Migration und Integration in Österreich ist durch Wahlkämpfe und Berichterstattung in den Medien alles andere als sachlich. Trotzdem ist man sich in Österreich mittlerweile darüber bewusst, dass es im Bereich Integration noch Aufholbedarf gibt. Die ersten Schritte in diese Richtung sind bereits geschehen.

Die Situation für MigrantInnen in Linz wurde mit Hilfe von 15 Interviews genauer betrachtet. Die Ergebnisse dieser Interviews und vor allem die Einigkeit zwischen ExpertInnen und MigrantInnen in vielen Punkten, hat mich überrascht. Die Befragten sind der Meinung, dass Linz zwar vieles in diesem Bereich versäumt hat, aber gerade dabei ist, dies zu ändern und mit gezielten Maßnahmen Integration fördert. Die befragten bosnischen MigrantInnen konnten bei ihrer eigenen Ankunft in Linz zwar keine speziellen Förderprogramme in Anspruch nehmen, schafften es aber trotzdem, vermutlich auch durch den intensiven Kontakt zu ÖsterreicherInnen, sich gut in die Gesellschaft zu integrieren. Die Maßnahmen, die die Stadt Linz mittlerweile für MigrantInnen anbietet beziehen sich hauptsächlich darauf wichtige Information für das alltägliche Leben in Linz zu vermitteln und das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern. Beides sind Faktoren, die die befragten MigrantInnen ebenfalls als wichtig befunden haben.

Bei der Frage nach Problemen, die durch Migration entstehen, sind sich die ExpertInnen jedoch nicht ganz einig. Während einerseits betont wird, dass die Bezeichnung „Migrations- Problem“ übertrieben sein und es sich dabei hauptsächlich um alltägliche zwischenmenschliche Probleme handle, kommt andererseits heraus, dass die Wohnraumverteilung und die damit geschaffenen „AusländerInnenviertel“ größere Bemühungen abverlangen, die Auswirkungen dieser AusländerInnenkonzentration auf beispielsweise Schulen und Kindergärten in den Griff zu bekommen.

Positiv überraschend waren die Antworten in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit. Sowohl die ExpertInnen als auch die bosnischen MigrantInnen haben in den meisten Fällen selbst noch keine Fremdenfeindlichkeit erlebt und beschreiben dies eher als Einzelfälle, die nicht häufig vorkommen. Auch ethnische Konflikte zwischen BosnierInnen, KroatInnen und SerbInnen, die sich wie ich anfangs vermutet habe, auch auf Linz ausgewirkt haben könnten, gibt es nur selten.

Wohingegen die Meinungen der Befragten auseinanderklaffen ist bei der Rolle der MigrantInnenvereine. Während diese von den ExpertInnen und den selbst in einem Verein aktiven MigrantInnen als wichtige Hilfestellung in Bezug auf Integration größtenteils gelobt werden, betonen jene, die in keinem Verein Mitglied sind, die Informationslücken die entstehen, da die Vereine hauptsächlich ihre Mitglieder über Informationen und Neuerungen in Kenntnis setzen.

Aufgefallen ist auch, dass sich die ExpertInnen nicht einig waren, ob sich bosnische MigrantInnen in Bezug auf ihre Integrationsfähigkeit von anderen MigrantInnen unterscheiden. Im Gegensatz dazu betonten die MigrantInnen, dass sie trotz ihrer bosnischen Herkunft in Österreich kaum auffallen und daher, vermuteten einige, bisher keine Probleme mit Fremdenfeindlichkeit erlebt haben.

Um die Möglichkeiten auf Integration zu verbessern wünschten sich einige MigrantInnen, dass ÖsterreicherInnen mit MigrantInnen Freundschaften schließen und sie ungeachtet ihres Migrationshintergrundes behandeln.

Das Thema Migration und Integration wird Linz und auch den Rest von Österreich mit Sicherheit noch länger beschäftigen. Auch wenn in Linz die ersten Schritte bereits unternommen wurden, um MigrantInnen willkommen zu heißen und ihnen Möglichkeiten bietet sich zu integrieren, werden noch viele weitere Maßnahmen folgen müssen, bis die dieses Thema für alle Beteiligten zufriedenstellend gelöst werden kann.

Literaturverzeichnis

Bade, Klaus J. (2000): Europa und die Migration am Ende des 20. Jahrhunderts. Akademievorlesung am 4. Juli 2000. Bericht aus den Sitzungen der Wissenschaften E. V., Hamburg, Jahrgang 18, Heft 5. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Bauböck, Rainer/ **Perching**, Bernhard (2006): VI.10 Migrations- und Integrationspolitik; in: Dachs (u.a.) (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz Verlag. 726- 742.

Bauer/ Werner (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung; abrufbar unter: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/8_Migration/zuwanderungnach_oesterreich.pdf, 10.11.2010, 15:10.

Biffl, Gudrun (2004): Der Einfluss der Zuwanderung auf Österreichs Wirtschaft in: **IOM** (International Organization for Migration) (2004): Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft. 17- 36.

Biffl, Gudrun (2007): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit: die Bedeutung von Einbürgerung, Herkunftsregion und Religionszugehörigkeit; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 265- 282.

Castles, Stephen/ **Miller**, Mark J. (2009): The Age Of Migration. International Population Movements In The Modern World. Forth Edition. Pargrave Macmillan. 20- 49.

Cinar, Dilek/ **Davy**, Ulrike/ **Waldrausch**, Harald (1999): Rechtliche Instrumente der Integration von Einwanderern im europäischen Vergleich; in: Fassmann, Heinz (Hg.): Abgrenzen, Ausgrenzen, Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Klagenfurt/ Drava Verlag. 43- 74.

Cinar, Dilek (2007): Integration vor Einbürgerung: die Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle

2005; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 41- 46.

Dornmayr, Helmut (1999) : Fremdenfeindlichkeit im lokalen Kontext. Eine vergleichende Untersuchung zweier Linzer Stadtteile; in: Fassmann, Heinz (Hg.): Abgrenzen, Ausgrenzen, Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Klagenfurt/ Drava Verlag. 129- 144.

Essner, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung (Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung 40), Mannheim, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50366.pdf>, 12.11.2010, 15:40.

Evrensel, Astrid/ **Höbart**, Cordula (2004): Migration im österreichischen roten Kreuz. Gesamtstudie. Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte.

Fassmann, Heinz/ **Münz**, Rainer/ **Seifert**, Wolfgang (1999): Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland und Österreich. Zuwanderung, berufliche Platzierung und Effekte der Aufenthaltsdauer; in: Fassmann, Heinz (Hg.): Abgrenzen, Ausgrenzen, Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Klagenfurt/ Drava Verlag. 95- 114.

Fassmann, Heinz (2007): Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert; in: Kraler, Albert/ Husa, Karl/ Bilger, Veronika/ Stacher, Irene (Hg.): Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850. Wien: Mandelbaum Verlag. 32- 53.

Friedl, Christa (2005): Jüngere Migrationsgeschichte Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Rolle/ Bedeutung Österreichs im internationalen Migrationsgeschehen. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. JKU Linz.

Friesel, Christian/ **Hamachers-Zuba**, Ursula/ **Polak**, Regina (2009): Die

ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990- 2008. Wien: Czernin Verlag. 257- 268.

Gruber, Marika (2010): Integrationspolitik in Kommunen. Herausforderungen, Chancen, Gestaltungsansätze. Wien: Springer Verlag.

Herzog- Punzenberger, Barbara/ **Unterwurzacher**, Anne (2009): B2: Migration- Interkulturalität- Mehrsprachigkeit. Erste Befunde für das österreichische Bildungswesen; Salzburg: Bifie Online Artikel., abrufbar unter: <http://www.bifie.at/print/buch/773/b/2>, 3.12.2010, 11:10.

Integrationsstelle OÖ Amt der oberösterreichischen Landesregierung (2008): Kurzfassung des Integrationsleitbildes OÖ- Schwerpunkte der oberösterreichischen Integrationspolitik. Broschüre. Online abrufbar unter: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/SO_IntegrationIst.pdf, 23.12.2010, 15:00.

IOM (International Organization for Migration) (2004): Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft, abrufbar unter: http://www.eurac.it/en/research/institutes/imr/Documents/pilotstudy_emn.pdf, 14.12.2010, 13:50.

Kraler, Albert (2007): Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte; in: Kraler, Albert/ Husa, Karl/ Bilger, Veronika/ Stacher, Irene (Hg.): Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850. Wien: Mandelbaum Verlag. 10- 31.

Kainz, Gudrun (2005): Als „Gast“ gekommen als „Ausländer“ geblieben. Der österreichische Umgang mit Zuwanderung und den Zugewanderten unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten. Dissertation eingereicht an der JKU Linz.

Kohlbacher, Josef/ **Reeger**, Ursula (2007): Wohnverhältnisse und Segregation; in:

Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001-2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 305- 327.

Land Oberösterreich: Willkommensmappe, abrufbar unter: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_willkommensmappe.pdf, 15.1.2011, 12:40.

Lebhart, Gustav/ Münz, Rainer (1999): Die Österreicher und ihre „Fremden“. Meinungen und Einstellungen zu Migration, ausländischer Bevölkerung und Ausländerpolitik; in: Fassmann, Heinz (Hg.): Abgrenzen, Ausgrenzen, Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Klagenfurt/ Drava Verlag. 15- 32.

Lebhart, Gustav/ Marik- Lebeck, Stephan (2007): Zuwanderung nach Österreich: aktuelle Trends; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 145- 163.

Lebhart, Gustav/ Marik- Lebeck, Stephan (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001-2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 165- 182.

Leibetseder, Bettina (2006): Integrationsbericht 2006 –eine Bestandsaufnahme der IST-Situation zur Erarbeitung des Integrationsleitbildes in Oberösterreich Linz, Juli 2006, 2. Fassung. Bearbeitung: Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität Linz. Grundlagen: Studierende der Lehrveranstaltung Projektmanagement und Projektbegleitung im Wintersemester 2005/06 geleitet von Josef Weidenholzer, Anna Dieplinger und Angela Wegscheider Herausgegeben vom Sozialressort des Landes Oberösterreichs.

Linz.at: AusländerInnen, abrufbar unter: http://www.linz.at/zahlen/040_BEVOELKERUNG/070_Auslaender/index.asp?style=print, 5.11.2010, 10:20.

Linz.at: Gesund in Linz Broschüre, abrufbar unter: <http://www.linz.at/soziales/5241.asp>,

12.1.2011, 14:20.

Linz.at: Integrationsbüro, abrufbar unter: <http://www.linz.at/soziales/5207.asp>, 27.1.2011, 14:30.

Linz.at: MigrantInnenCard, abrufbar unter: http://www.linz.at/images/MigrantInnenCard_05.pdf, 12.1.2011, 14:30.

Linz.at: Rucksack-Model, abrufbar unter: http://www.linz.at/presse/2010/201001_49561.asp, 13.2.2011, 18:20.

Mourau Permoser, Julia/ Rosenberger, Sieglinde (2009): Religious Citizenship as a Substitute for Immigrant Integration? The Governance of Diversity in Austria; in: Guild, Elspeth/ Groenendijk, Kees/ Carrera, Sergio (2009): Illiberal Liberal States. Immigration, Citizenship and Integration in the EU. Farnham: Ashgate. 149- 163.

Nowotny, Ingrid (2007): Das Ausländerbeschäftigungsgesetz: Die Regelung des Zugangs von AusländerInnen zum österreichischen Arbeitsmarkt; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 47- 73.

Polgar, Julia (2002): Faktoren zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Die integrative Wirkung von sozialen und institutionellen Netzwerken unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Institut für Soziologie. JKU Linz.

Potz, Richard (2007): Islam, Migration und Integration; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 337- 350.

Migrations-info.de: Länderprofil: USA, abzurufen unter: <http://www.migration->

info.de/mub_artikel.php?ld=040309, 13.12.2009, 19:20.

Rieger Günter (2004) Flüchtlinge/ Flüchtlingspolitik; in: Dieter/ Schultze, Rainer- Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 A-M. Theorien, Methoden, Begriffe. München: Verlag C.H. Beck. 240.

Schindlmayr, Thomas (2003): Sovereignty, Legal Regimes, and International Migration; in: International Migration. Vol. 41(2).109- 123.

Stelzer- Orthofer, Christine/ **Stadlmayr**, Martina/ **Siegl**, Katharina (2008): Armutsbericht Oberösterreich 2008. Migration und Integration. Erarbeitet von Studierende der Lehrveranstaltung „Armut und soziale Ausgrenzung“ im Sommersemester 2008. Linz: Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung.

Strasser, Sabine (2009): Bewegte Zugehörigkeit. Nationale Spannungen, Transnationale Praktiken und Transversale Politik. Wien: Verlag Turia+ Kant.

Schütz, Birgit (2004): 6. Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen: Unterstützungen und Einschränkungen, in: IOM (International Organization for Migration) (2004): Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft.54- 61.

Thienel, Rudolf (2007): Integration als rechtliche Querschnittsmaterie; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 83- 126.

Ullram, Peter (2009): Integration in Österreich. Einstellungen, Orientierungen, Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung. Studie der GfK Austria GmbH.

[UNHCR: Asyl in Österreich. Immer weniger Tschetschenen anerkannt.](#)

<http://www.unhcr.at/statistiken/einzelansicht/article/11/asyl-in-oesterreich-immer-mehr-antraege-von-irakern.html>, 10.2.2011, 16:30.

Verein Zebra: AsylwerberIn, abzurufen unter: <http://www.zebra.or.at/lexikon.php?show=a#asylwerber>, 15.11.2010, 15:50.

Vogl, Mathias (2007): Die jüngere Entwicklung im Bereich des Asyl und Fremdenrechts; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001-2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 19- 46.

Weigl, Andreas (2009): Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. Österreich- Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag.

Weiss, Hilde/ Unterwurzacher, Anne (2007): Soziale Mobilität durch Bildung? Bildungsbeteiligung von MigrantInnen; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. 2001- 2006. Klagenfurt: Drava Verlag. 227- 241.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung

1:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/einbuengerungen/022161.html,
10.2.2011, 12:20.

Interviews

Interview 1: Marie- Edwige Hartig, aufgezeichnet am 5. 1. 2011 in Linz.

Interview 2: Ana Martincevic aufgezeichnet am 11.1.2011 in Linz.

Interview 3: Magdalene Danner aufgezeichnet am 13.1.2011 in Linz.

Interview 4: Belmir Zec aufgezeichnet am 17.1.2011 in Linz.

Interview 5: Josef Ackerl aufgezeichnet am 27.1.2011 in Linz.

Interview 6: Renate Müller aufgezeichnet am 25. 2.2011 in Linz.

Interview 7: Kenan Purak aufgezeichnet am 26.2.2011 in Linz.

Interview 8: Ute Klitsch aufgezeichnet am 1.3.2011 in Linz.

Interview 9: A. B. (Name auf Wunsch unkenntlich gemacht) aufgezeichnet am 1.3.2011 in
Linz.

Interview 10: Damir Hamsic aufgenommen am 1.3.2011 in Linz,

Interview 11: Almir Balihodzic aufgenommen am 1.3.2011 in Linz.

Interview 12: Edin Gudic aufgenommen am 3.3.2011 in Linz.

Interview 13: Nisvet Valadzic aufgenommen am 3.3.2011 in Linz,

Interview 14: Adnan A. (Name wurde auf Wunsch unkenntlich gemacht) aufgenommen am
4.3.2011 in Linz.

Interview 15: Cornelia Polli aufgenommen am 15.3.2011 in Linz.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AIB	AusländerInnen- Integrationsbeirat
AHS	Allgemeinbildende höhere Schule
AsylG	Asylgesetz
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
EG	Europäische Gemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GRÜNE	Grüne Partei
GfK Austria	Institut für Marktforschung
HS	Hauptschule
IHS	Institut für Höhere Studien
IOM	International Organization for Migration
MIB	Migrations- und Integrationsbeirat
MIPEX	Migrant Integration Policy Index
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SORA	Institute for Social Research and Consulting
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UNO/ UN	United Nations
VGL	Vergleiche
WIFO	Wirtschaftsforschungsinstitut

Leitfaden der ExpertInnen- Interviews

Fragen zur Person:

Seit wann beschäftigen Sie sich mit Migration beziehungsweise arbeiten in diesem Bereich?

Wie sind sie zu diesem Bereich gekommen?

Was genau sind Ihre Aufgabengebiete im Bereich Migration beziehungsweise Ihre Kontaktpunkte mit MigrantInnen?

Fragen zum Thema Migration und Integration:

Wo liegt für MigrantInnen der Anreiz/ liegen die Gründe nach Linz zu migrieren?

Wie geht das Land die Stadt Linz Ihrer Ansicht nach mit MigrantInnen um?

Welche

Integrationsmaßnahmen verfolgt die Stadt Linz?

Geht Linz, im Vergleich mit dem Rest von Österreich, anders mit MigrantInnen um?

Gibt es in Linz spezielle Förderprogramme für MigrantInnen, wenn ja wie stark werden diese in Anspruch genommen?

Ergeben sich Probleme bzw. besondere Herausforderungen durch Migration in Linz und wenn ja, welche?

Welchen Stellenwert haben Ihrer Meinung nach MigrantInnenvereine?

Gibt es Probleme/ spezielle Herausforderungen durch Stadtteile und Bezirke, die einen sehr hohen Anteil an MigrantInnen aufweisen?

Gibt es in Bezug auf bosnische MigrantInnen besondere Auffälligkeiten oder Besonderheiten im Vergleich mit anderen MigrantInnen?

Was müsste in Bezug auf Migration und Integration in Linz noch verbessert werden?

Wie ist Ihre Prognose für die Migrations- und Integrationssituation in Linz in den kommenden Jahren?

Leitfaden der MigrantInnen- Interviews

Mit welchem Alter sind Sie nach Österreich migriert?

Warum war Linz die Zielstadt?

Welchem Staat fühlen Sie sich zugehörig?

Welche Erfahrungen konnten Sie als „AusländerIn“ in Linz machen?

Nach der persönlichen Einschätzung- wie integriert fühlen Sie sich?

Welche Hilfestellungen der Stadt Linz kennen Sie und was hat Ihnen beim Zurechtfinden in Linz geholfen?

Wie kam Ihnen der „Empfang“ in Linz vor?

Haben Sie in Linz Fremdenfeindlichkeit erlebt?

Gibt es spezielle Vorurteile gegenüber BosnierInnen die in den Köpfen der ÖsterreicherInnen verankert sind?

Werden ÖsterreicherInnen Ihrer Meinung nach anders behandelt als MigrantInnen? Falls ja wie?

Sind Sie Mitglied in einem ethnischen Verein bzw. dort aktiv? Warum (nicht)? Welche Vorteile erkennen Sie dadurch?

Haben Sie in Österreich Probleme mit KroatInnen und/ oder SerbInnen?

Welchen politischen Maßnahmen müssten Ihrer Meinung nach in Österreich getroffen werden, damit sich die Lage für MigrantInnen verbessert?

Welchen Schritt müssten ÖsterreicherInnen machen um Integration zu vereinfachen?

Abstract

Der österreichische Umgang mit MigrantInnen hat sich seit dem 2. Weltkrieg sehr stark gewandelt. Die Einstellung, dass MigrantInnen kurzzeitig in Österreich lebende Arbeitskräfte sind hat sich dahingehend geändert, dass mittlerweile versucht wird, Integration gezielt zu fördern.

Diese Arbeit hat das Ziel, darzustellen, welche Möglichkeiten es für die Einreise und die Integration in Österreich beziehungsweise in Linz gibt. Dazu werden neben einem theoretischen Teil und der kurzen Darstellung der internationalen Migrationsentwicklung, Veränderungen in der österreichischen Migrationsgeschichte, die rechtliche Lage für MigrantInnen, die Kennzeichen für Integration sowie Vorurteile der österreichischen Bevölkerung aufgezeigt.

Im letzten Teil wird mit 15 Leitfadeninterviews die Einstellung von ExpertInnen und bosnischen MigrantInnen in Bezug auf Migrations- und Integrationspolitik in Linz dargestellt. Durch die Interviews wurde ein Einblick aus 15 verschiedenen Blickwinkeln in die Migrationspolitik der Stadt Linz, ihren Maßnahmen um Integration zu fördern, den Probleme, die sich durch Migration in Linz ergeben, die Wichtigkeit von MigrantInnenvereine und die Situation der bosnischen MigrantInnen abgeklärt. Zum Schluss werden notwendige Maßnahmen um die Situation in Linz zu verbessern aus Sicht dieser Befragten dargestellt.

Curriculum Vitae

Angaben zur Person

Name: Brock Patricia

Geburtsdatum: 20.9.1986

Geburtsort: Linz

Wohnort: Linz

Staatsangehörigkeit: Österreich

Schulische Ausbildung

1993- 1996 Volksschule Puchenu

1996- 1997 Volksschule Lichtenberg

1997- 2005 BRG und WRG Körnerschule

WS 2005 Beginn des Studiums der Politikwissenschaft an der Universität Wien

SS 2005 Beginn des Studiums der Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität
Linz

Sprachkenntnisse

Deutsch (Muttersprache)

Englisch (in Wort und Schrift: fließend)

Französisch (in Wort und Schrift: mittelmäßig/ fließend)

Tschechisch (Niveau: B2)

Russisch (Niveau: B2)

Spanisch (Niveau B1)